

Sand im Getriebe 149

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.
PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

„Tut das Unnütze, singt die Lieder, die man aus eurem Mund nicht erwartet!“

Frieden

Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München: Verhandeln statt Schießen – Abrüsten statt Aufrüsten.....3

21. Internationale Münchner Friedenskonferenz, 17. - 19. Februar 2023.....5

Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg!
Erklärung der Initiative ‚Die Waffen nieder‘6
Ingeborg Schellmann:
Frieden in der Ukraine und in der Welt.....8

German Foreign Policy: Brasilien:
"Auf der Seite der Diplomatie"11
Fabian Scheidler: Naftali Bennett wollte den Frieden zwischen Ukraine und Russland:
Wer hat blockiert?.....12

Lieferung von Kampfpanzern ist brandgefährlich – Frieden muss verhandelt werden!....13
IPPNW-Aufruf: Waffenstillstand und Friedensverhandlungen für die Ukraine – jetzt!.....14
Manifest für Frieden.....15
Diether Dehm: AFD ist keine Friedenspartei! 15
Erklärung der bundesweiten Attac AG
Globalisierung und Krieg: Stoppt den Krieg.....16
Bündnis (Attac DE, DFG-VK, Friedenskooperative, VVN u. a. .m): Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!. .17

Anna Jikhareva: Grün, digital, neoliberal:
Die Ukraine als Versuchslabor.....17

Frankreich: Nein zur Rente mit 64

Attac Frankreich: Renten – Stoppen wir eine ungerechtfertigte und ungerechte Reform!...20

Sophie Binet, CGT: Diese Reform instrumentalisiert die Sache der Frauen.....21
Aufruf des **Gewerkschaftsbündnisses**.....24

Attac Frankreich: Einleitung zu der Broschüre „les bobards“ (= die Lügenmärchen).....25

Alternatiba: die drei wichtigsten ökologischen Gründe für eine Mobilisierung.....26

Vincent Gay: Die Verteidigung unseres Rentensystems, ein ökologischer und sozialer Kampf..27

Aufstand gegen Tories.....29

Klimagerechtigkeit

Völker des Südens:

Manifest für eine ökosoziale Energiewende. .30
Eduardo Gudynas:

Lateinamerika und die ökologische Krise.....32
Absolventen von Hochschulen: Abbiegen –

Aussteigen – Umsteigen – Desertieren.....34
Renate Dillmann: Räumung in **Lützerath:**

Grüne Erfolge, wohin man schaut.....36
Erklärung: Die Politik hat den Ernst der Lage nicht begriffen.....37

“End Fossil“-Besetzungen.....38
Gerd Bock: Klima-Buch von Greta Thunberg 38

Attac Österreich zur Energiepolitik: ECT;
EU-Industrie-Plan: Klimaschädliche Handels-

politik statt klimasozialer Globalisierung.....39

Attac DE: Axel Troost wird uns fehlen.....40
Gemeinsames Statement von Außenministerien

zur Lage im Nahen Osten, 14.02.2023.....40

Vorwort

Günter Eich Sand im Getriebe

Schlaft nicht,
während die
Ordner der Welt
Geschäftig sind!

Seid misstrauisch
gegen ihre Macht,
die sie vorgeben
für euch erwerben
zu müssen!

Wacht darüber,
dass Eure Herzen
nicht leer sind,
wenn mit der Leere
Eurer Herzen
gerechnet wird!

Tut das Unnütze,
singt die Lieder,
die man aus eurem Mund
nicht erwartet!

Seid unbequem,
seid Sand,
nicht das Öl
im Getriebe der Welt!"

(letzte Strophe vom Gedicht
„Wacht auf“, hier von
Fritz Stavenhagen rezitiert)

„Sicherheitskonferenz“ in München – wessen Sicherheit? „Es geht“, heißt es im *Aufruf zu Protesten* gegen diese Konferenz, „um die Sicherung der strategischen Vormachtstellung westlicher kapitalistischer Staaten und ihrer Konzerne, nicht um die Sicherheit der Menschen, weder hier noch anderswo auf der Welt.“ Zum Jahrestag des Einmarschs der russischen Armee in die Ukraine sollte es „absolute Priorität für Diplomatie, Verhandlungen und einen Kompromissfrieden“ geben (*Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg; Friedensmanifest; Wer hat blockiert?*) „Eine Verhandlungslösung fordern Staaten im Globalen Süden schon lange und mit steigender Intensität ein, Brasilien verstehe sich als ‚Land des Friedens‘ und lehne jede Beteiligung an dem Krieg ab“ (*German Foreign Policy*). Wir dokumentieren verschiedene *Friedensaufrufe*, auch die Warnung von *Anna Jikhareva*: „Die Ukraine als Versuchslabor“.

Die Reformpläne der französischen Regierung sind ungerecht und durch nichts gerechtfertigt (*Attac Frankreich*): Sie würden besonders Menschen mit geringem Einkommen und stark belastenden Berufen benachteiligen und die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern verstärken (*Sophie Binet, CGT*).

Abgelehnt wird der Rückgriff auf kapitalgedeckte Maßnahmen, vielmehr soll die Finanzierung durch Lohnerhöhungen und Besteuerung der Superreichen gewährleistet werden (*Vincent Gay*).

Umweltverbände rufen ebenfalls zu den Protesten auf, denn „die Erhöhung der Arbeitszeit, die diese Reform erzwingt, wird automatisch zu einer Steigerung der Produktion führen. Mehr zu produzieren bedeutet, die natürlichen Ressourcen und die Ökosysteme im Allgemeinen noch stärker auszubeuten.“ (*Alternatiba*). Über die Rentenfrage hinaus wird also um einen Gesellschaftsentwurf gestritten.

Völker des Südens prangern an, dass „die „saubere Energiewende“ des Nordens den Globalen Süden noch mehr unter Druck setzt, Kobalt und Lithium für die Produktion von Hightechbatterien, Balsaholz für Windturbinen, Land für große Solaranlagen und eine neue Infrastruktur für Wasserstoff-Megaprojekte abzugeben. Diese Dekarbonisierung der Reichen, die marktorientiert und exportorientiert ist, beruht auf einer neuen Phase der Umweltzerstörung im Globalen Süden. (*Manifest für eine ökosoziale Energiewende*). Gegen diese immensen Umweltzerstörungen gibt es einen vielfältigen Widerstand: Kampf um politische Entscheidungen (*Attac Österreich: Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag. Kritik am EU-Industrieplan*), Blockaden (*Lützerath, End Fossil*), lokale erbitterte und lang anhaltende Kämpfe, breite Aufklärung und kollektive Entscheidungen für anderen Lebensentwürfe (*Abbiegen – Aussteigen – Umsteigen – Desertieren*)

Die **Werkstatt für SiG149** enthält ergänzende Artikel. Das **SiG-Dossier „Leben in Zeiten des Corona-Virus“ – Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit** wird weitergeführt.



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.
Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen.

E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de – Der Rundbrief kann abonniert werden:

<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>. Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Bestellung in Deutschland per E-Mail an sig-abo@gmx.de. Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Redaktion dieser Nummer: Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber (alle: Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).
Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Frieden



Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München: Verhandeln statt Schießen - Abrüsten statt Aufrüsten

Wir mobilisieren gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz (SIKO - securityconference.org), die vom 17. bis 19. Februar 2023 in München stattfindet. Dort treffen sich Staats- und Regierungschefs sowie Politiker*innen mit Spitzenmilitärs, mit Vertreter*innen von Großkonzernen und der Rüstungsindustrie.^[01] Die NATO-Staaten geben dort den Ton an.^[02] Ihnen geht es um die Sicherung der strategischen Vormachtstellung westlicher kapitalistischer Staaten und ihrer Konzerne,^[03] nicht um die Sicherheit der Menschen, weder hier noch anderswo auf der Welt. Die SIKO dient vor allem dazu, sich über eine gemeinsame Strategie der NATO-Staaten gegen die Rivalen Russland und VR-China zu verständigen.^[04] Vor allem aber soll die Aufrüstung der NATO vorangetrieben und gerechtfertigt werden.

Gegen jeden Krieg

Im Gegensatz zu unseren Regierungen, die die Kriege der NATO-Staaten gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen etc. gerechtfertigt und unterstützt haben, treten wir kompromisslos gegen jede Anwendung militärischer Gewalt gegen andere Länder ein. Deshalb verurteilen wir den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundene Annexion ukrainischen Territoriums. Der Krieg hat bereits zu zehntausenden Toten und Verletzten,^[05] zu ungeheuren Zerstörungen und Millionen Geflüchteten geführt.^[06] Dieser Krieg droht immer weiter zu eskalieren und kann in einer Katastrophe mit dem Einsatz von Atomwaffen enden. Zur Vorgeschichte gehört: 2014 hatten die Verwaltungsbezirke Donezk und Lugansk im Donbas ihre Unabhängigkeit erklärt, weil sie den auf die Maidan-Proteste folgenden rechten Putsch nicht mitmachen wollten.^[07] Seitdem versucht die ukrainische Regierung, diese Gebiete mit militärischer Gewalt zurückzuerobern.^[08] Zur Vorgeschichte gehört insbesondere die massiv vorangetriebene NATO-Osterweiterung,^[09] die Aufkündigung aller gemeinsamer Rüstungsbegrenzungsabkommen durch die USA^{[10][11]} und die beab-

sichtigte Aufnahme der Ukraine in die NATO.^{[12][13]} Das alles wurde von Russland als zunehmende Bedrohung wahrgenommen.^[14] Von Russland geforderte Sicherheitsgarantien wurden von der NATO rundweg abgelehnt.^[15] Dieser von uns seit Jahren kritisierte Konfrontationskurs^[16] rechtfertigt auf keinen Fall den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden Wir treten ein:

- **Für einen sofortigen Waffenstillstand und für Verhandlungen!** Die einzige Alternative zum Krieg ist eine Verhandlungslösung. Immer mehr westliche Waffenlieferungen beenden nicht den Krieg, ebenso wenig wie die Fortsetzung der Kriegshandlungen Russlands.
- **Für gegenseitige Sicherheitsgarantien für Russland und die Ukraine.** Ein Beitritt der Ukraine in die NATO muss ausgeschlossen werden und Russland muss die territoriale Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine garantieren.
- **Für die Beendigung aller Wirtschaftssanktionen** Sie sorgen vor allem im Globalen Süden, aber auch in Europa und Russland für Armut, Hunger und Tod, während die Kriegstreiber meist unversehrt bleiben.
- **Wir sind solidarisch mit den Friedenskräften, den Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in Russland und der Ukraine.**

Stoppt die Aufrüstung Deutschlands und der NATO Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dient jetzt als Vorwand für ein gigantisches, seit langem geplantes Aufrüstungsprogramm.^[17] Die Militärausgaben Deutschlands sollen in den kommenden Jahren, zusammen mit dem jährlichen Anteil aus dem 100 Mrd. „Sondervermögen“ zur Aufrüstung der Bundeswehr, von 50,3 auf rund 70 bis 80 Mrd. Euro jährlich ansteigen. Deutschland katapultiert sich damit auf den dritten Platz bei den weltweiten Rüstungsausgaben.^[18]

Wir treten ein für Abrüstung und eine Politik der Entspannung. Wir fordern:

- **Statt Milliarden für die klimaschädliche Aufrüstung, Investitionen in den Klimaschutz, die UN-Flüchtlings- und Welthungerhilfe, in die Sozialsysteme, das öffentliche Verkehrs- und Gesundheitswesen in Bildung und Kultur.**
- **Für die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, den Austritt Deutschlands aus dem NATO-Kriegsbündnis und allen Militärstrukturen der EU**
- **Keine Anschaffung von bewaffneten Drohnen**
- **Keine US-Kampfflugzeuge für den Einsatz der in Deutschland stationierten Atomwaffen**
- **Schluss mit der deutschen Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und zum illegalen Drohnenkrieg, der über die US-Airbase Ramstein geführt wird.**
- **Für die Schließung aller US-Truppenstützpunkte und aller Kommandozentralen der USA und NATO in Deutschland**
- **Schluss mit der deutschen Beteiligung an der Atomkriegsstrategie der USA durch die sog. Nukleare Teilhabe. Die Bundesregierung muss dem UN-Atomwaffenverbotvertrag beitreten und die Stationierung der US-Atomwaffen in Büchel aufkündigen.**

Deutsche Rüstungsexporte verbieten

Deutschland liegt bei den Rüstungsexporten weltweit auf dem skandalösen vierten Rang.^{[19][20]} Kunden deutscher Waffenlieferanten sind diktatorische und kriegführende Staaten. Dazu gehört die Türkei, die einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt und völkerrechtswidrig nordsyrische Gebiete besetzt und bombardiert, um das demokratische, emanzipatorische Projekt in Rojava zu zerschlagen.^[21] Beliefert wird auch Saudi-Arabien für seine brutalen Angriffe gegen den Jemen.^[22]

Die todbringenden Geschäfte der Waffenhändler und Kriegspoliteure müssen unterbunden werden, ebenso die Lizenzvergabe und die Verlagerung der Rüstungsproduktion ins Ausland.

Internationale Zusammenarbeit statt Konfrontation

Weltweit haben die Militärausgaben inzwischen die astronomische Summe von 2.100 Mrd. Dollar erreicht.^[23] Davon entfallen allein 1.190 Mrd. Dollar auf die NATO-Staaten.^[24] Das sind 18-mal so viel wie die Ausgaben Russlands und 4-mal so viel wie die Chinas. Ein Bruchteil dieser Milliarden würde ausreichen, um den weltweiten Hunger zu beenden,^[25] allen Menschen medizinische Versorgung und den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Die gegenwärtigen und zukünftigen Krisen können nicht mit immer größeren Waffenarsenalen, nicht durch kapitalistische Konkurrenz und nicht durch Großmachtrivalität gelöst werden, sondern nur durch internationale Kooperation.^[26]

Um die größte Herausforderung unserer Zeit, die Klimakatastrophe aufzuhalten, sind internationale Kooperation und Investitionen in Billionenhöhe nötig.^[27] Doch selbst die

völlig unzureichenden Reparationszahlungen an die armen Länder des Südens für Klimaschäden werden nicht eingehalten.^[28]

Schluss mit der ökonomisch und militärisch erzwungenen Ausbeutung des globalen Südens!

Fluchtgründe beseitigen statt Flüchtende bekämpfen

Kriege, Klimawandel, Armut, politische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen treiben Millionen Menschen zur Flucht.^[29] Nur wenige von ihnen erhalten in Deutschland Schutz.^[30] Die Bundesregierung ist für die meisten dieser Fluchtgründe mitverantwortlich. Ungerechte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Sanktionen und Krieg zerstören die Lebensgrundlagen in den Ländern des Globalen Südens.^[31] Doch Deutschland und die EU schotten sich ab, treiben Flüchtende unter Missachtung der Menschenrechte illegal zurück^[32] und lassen jedes Jahr Tausende im Mittelmeer ertrinken.^[33] Damit finden wir uns nicht ab-
Schluss mit dieser zerstörerischen Politik!

Unsere Solidarität gehört allen Flüchtenden. Wir begrüßen die unkomplizierte Aufnahme der Menschen, die aus der Ukraine flüchten, fordern dies aber auch für alle anderen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen.^[34]

Frontex abschaffen, die Bekämpfung von Geflüchteten beenden! Kein Mensch ist illegal!

Geht mit uns auf die Straße für Abrüstung und gegen Kriegsvorbereitung, für weltweite soziale Gerechtigkeit, für Solidarität mit den Flüchtenden und für einen demokratischen, sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft. **Engagiert Euch – werdet aktiv**, denn Friedenspolitik, Abrüstung und konsequenten Klimaschutz wird es nur durch wachsenden gesellschaftlichen Druck und eine starke außerparlamentarische Bewegung geben.

**Kommt zur Demonstration
am Samstag, den 18. Februar 2023
um 13 Uhr in München am Stachus**

Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz
www.antisiko.de/antisiko-2023/aufruf-2023

Sachlichkeit ist uns wichtig, unsere Quellenangaben:

- [01] [Verkaufte der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Termine und Kontakte, Der Tagesspiegel \(17.02.2022\)](#)
- [02] [Münchner Sicherheitskonferenz: NATO und EU stehen Seite an Seite, BMVg \(19.02.2022\)](#)
- [03] [Die Nato hilft der Vormachtstellung der USA praktisch und ideell, SWP \(30.08.2018\)](#)
- [04] [Strategisches Konzept der NATO 2022, Auswärtiges Amt \(29.06.2022\)](#)
- [05] [Ukraine: More than 14,000 casualties to date, United Nations \(09.09.2022\)](#)
- [06] [Ukraine Refugees Situation, UNHCR](#)
- [07] [Report on the human rights situation in Ukraine, UNHCR \(15.06.2014\)](#)
- [08] [Dekret 117/2021 des Präsidenten der Ukraine \(24.03.2021\)](#)
- [09] [Jelzin bleibt bei striktem Nein zur NATO-Erweiterung, Tagesspiegel \(22.03.1997\)](#)
- [10] [Ende des INF-Vertrags, Auswärtiges Amt \(02.08.2019\)](#)
- [11] [USA kündigen ABM-Vertrag, Der Spiegel \(13.12.2001\)](#)
- [12] [Poroshenko: Ukraine Seeking NATO Membership Action Plan,](#)

Radio Free Europe (10.03.2018)

[13] [Ukraine schreibt Beitritt zur EU und Nato als Ziel in die Verfassung, Handelsblatt \(07.02.2019\)](#)

[14] [Putin will mit Biden über Sicherheitsgarantien reden, WELT \(06.12.2021\)](#)

[15] [Nato und USA beantworten Russlands Forderung, ZDF \(26.01.2022\)](#)

[16] [Aufruf 2016, Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz \(13.02.2016\)](#)

[17] [Mehr als 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr – für unsere Sicherheit, BMVg \(27.02.2022\)](#)

[18] [Wie viel Deutschland bereits für Waffen ausgibt, Frankfurter Rundschau \(27.04.2022\)](#)

[19] [Kirchen kritisieren neuen Rekordwert, evangelisch.de \(16.09.2022\)](#)

[20] [Lambrecht will Regeln für Rüstungsexporte lockern, Süddeutsche Zeitung \(12.09.2022\)](#)

[21] [Deutschland exportiert mehr Kriegswaffen, Frankfurter Allgemeine \(22.04.2022\)](#)

[22] [Eine „hochproblematische“ Entscheidung, Tagesschau \(06.10.2022\)](#)

[23] [Militärausgaben erreichen Rekordniveau, Süddeutsche Zeitung](#)

(25.04.2022)

[24] [Defence Expenditure of NATO Countries 2014-2022, NATO \(27.06.2022\)](#)

[25] [Historisches Versagen der G7 angesichts multipler Krisen, Oxfam Deutschland \(28.06.2022\)](#)

[26] [UN-Generalsekretär Guterres: Erklärung zum Tag der Vereinten Nationen \(24. Oktober 2022\)](#)

[27] [Menschheit vor Wahl zwischen Klimasolidarität und kollektivem Selbstmord, Stern \(07.11.2022\)](#)

[28] [Climate Finance and the USD 100 Billion Goal, Organisation for Economic Co-operation and Development](#)

[29] [Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht, UNHCR](#)

[30] [Anerkannt in Griechenland, abgelehnt in Deutschland, Pro Asyl \(12.04.2022\)](#)

[31] [Auch Deutschland hat Schuld an Flucht und Terror, Patrick Diekmann \(30.12.2020\)](#)

[32] [Schwarzbuch über Pushbacks: Gewalt statt Menschenrecht, taz \(09.12.2022\)](#)

[33] [Flüchtlingskrise Mittelmeer, UNHCR](#)

[34] [An den polnischen Grenzen herrscht Doppelmoral, Süddeutsche Zeitung \(02.04.2022\)](#)

IPPNW-[Pressemitteilung](#) vom 08. Februar 2023 - Münchner Sicherheitskonferenz instrumentalisiert das Leid der Ukrainer*innen / Umfrage zu Atomwaffeneinsatz im Ukrainekrieg
<https://www.no-to-nato.org/dokumente-und-materialien/>

21. Internationale Münchner Friedenskonferenz 17. - 19. Februar 2023

Frieden und Gerechtigkeit gestalten NEIN zum Krieg!

Veranstaltungsorte: München im Alten Rathausaal /
Hochschule für Philosophie



Die Abendveranstaltungen werden live gestreamt.
Mehr Infos: <https://friedenskonferenz.info>

Freitagabend, 17.02.2023 wird das Narrativ einer vermeintlichen „Zeitenwende“ und militärischer Notwendigkeiten hinterfragen: Wohin strebt eine Politik, die 100 Mrd. Euro ausgibt für Rüstung und Militär? Machen uns 100 Mrd. Euro und mindestens 2 % des BIP jährlich in Bundeswehr und Aufrüstung sicherer? Wird es jemals genug sein?
Clemens Ronnefeldt (Versöhnungsbund)

Sabine Gruber (ver.di)

Dr. Lars Pohlmeier (IPPNW) u. a.

sind Podiumsgäste, geben Inputs und beantworten Fragen.

Samstagsvormittag, 18.02.2023 in einem Workshop gehen Nele Anslinger und Jochen Neumann den Fragen nach: Wehrhaft ohne Waffen? Wie kann das gehen?

Samstagsabend 18.02.2023 ist den Kriegsinteressen und Kriegsnarrative in Afghanistan und der Ukraine gewidmet. Nur wenige Tage vor der Eskalation des Krieges in der Ukraine forderten wir auf der Münchner Friedenskonferenz im

Februar 2022 eine neue Ostpolitik. Andreas Zumach zeigte in seinem Referat 2022 „Auswege aus der Konfrontation mit Russland“ auf. Hat die Friedenskonferenz als Teil der deutschen Friedensbewegung den drohenden Krieg nicht sehen wollen?

Andreas Zumach, Journalist und Buchautor, wird Stellung beziehen zu den aktuellen Entwicklungen, den Initiativen zu Waffenstillstands- bzw. Friedensverhandlungen wie auch der Rolle von UNO und OSZE.

Dr. Fahim Amir wird zur Lage in Afghanistan sprechen: „Mit dem Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan endete die größte, teuerste und opferreichste Intervention des Bündnisses, darunter auch Deutschlands.“

Neben den Kriegsnarrativen im Ukraine - wie auch im Afghanistan-Krieg wird **Frau Prof. Dr. Claudia Paganini** Möglichkeiten eines Friedensjournalismus mit friedensjournalistischen Konzepten und konfliktsensitiver Berichterstattung aufzeigen.

Sonntagsmatinee, 19.02.2023: Punk-Rock-Lyrik Lesung und **am Abend** das Gebet der Religionen.

Den Frieden gewinnen - nicht den Krieg! Erklärung der Initiative *Die Waffen nieder*

zum Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine



**Die Waffen nieder –
NEIN zum Krieg!**

<https://nie-wieder-krieg.org/> ([PDF](#) ; Übersetzungen: [Englisch](#); [Französisch](#))

Mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 eskalierte der siebenjährige Krieg niedriger Intensität im Donbass - nach OSZE-Angaben mit 14.000 Toten, darunter 4.000 Zivilisten, zwei Drittel davon in den abtrünnigen Gebieten - zu einer neuen Qualität militärischer Gewaltanwendung. Der russische Einmarsch war ein gravierender Bruch des Völkerrechts und führte zu noch mehr Tod, Zerstörung, Elend und Kriegsverbrechen.

Doch statt die Chance für eine Beilegung durch Verhandlungen, die bis in den April 2022 hinein zunächst auch stattfanden, zu nutzen, wurde der Krieg auch zum „*Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO*“ eskaliert, wie es in den USA selbst Regierungsmitarbeiter offen sagen.¹

Dabei hatte schon die Resolution der UN-Vollversammlung vom 2. März, in der 141 Länder den Einmarsch verurteilten, die sofortige Beilegung des Konflikts „*durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel*“ gefordert und verlangt „*sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten*“ und ausdrücklich auch im NormandiefORMAT „*konstruktiv auf deren vollständige Durchführung hinzuwirken*.“ Die Aufforderung der Weltgemeinschaft wird jedoch von allen Kriegsbeteiligten ignoriert, auch wenn sie sich sonst gern auf UN-Beschlüsse beziehen - sofern sie zur eigenen Position passen.

Das Ende der Illusionen

Militärisch steckt Kiew in der Defensive und seine generelle Kriegsführungsfähigkeit schrumpft. Schon im November 2022 hatte der Chef des US-Generalstabs deshalb zu Verhandlungen geraten, weil er einen Sieg Kiews für unrealistisch hält. Er hat das jüngst in Ramstein wiederholt. Doch während Politik und Medien an der Siegesillusion festhielten, verschlechterte sich die Lage für Kiew. Das ist der Hintergrund für die jüngste Eskalation: die Lieferung von Kampfpanzern. Doch damit wird der Krieg nur verlängert. Zu gewinnen ist er nicht. Stattdessen ist das ein weiterer Schritt auf einer Rutschbahn: mit Kampfflugzeugen als nächstes, was Kiew dann auch prompt forderte; und dann weiter mit direkter Beteiligung von NATO-Truppen – und am Ende bis zur atomaren Eskalation? Die Ukraine würde als erste untergehen.

Die Anzahl der Ziviltoten beläuft sich im letzten Jahr nach UNO-Angaben auf über 7.000. Die Verluste bei Soldaten bewegen sich im sechsstelligen Bereich. Wer jetzt weiter

schießen lässt, statt zu verhandeln, muss sich fragen lassen, ob er noch mal 100.000, 200.000 oder gar mehr Menschen für unrealistische Kriegsziele sinnlos verheizen will. Wirkliche Solidarität mit der Ukraine bedeutet, sich dafür einzusetzen, dass das Sterben so schnell wie möglich aufhört.

It's Geopolitik– stupid!

Der entscheidende Grund, warum der Westen auf die militärische Karte setzt liegt darin, dass Washington die Chance wittert, Moskau in einem Abnutzungskrieg gründlich zu schwächen. Da die globale Dominanz der USA durch den Umbruch des internationalen Systems zu Ende geht, glaubt man, den Anspruch auf globale Führung - auch in der geopolitischen Rivalität gegenüber China - wieder zu festigen. Das liegt ganz auf der Linie, mit der die USA schon früh nach dem Kalten Krieg alles unternahm, den Aufstieg eines Rivalen vom Format der Sowjetunion zu verhindern. Das wichtigste Instrument war dabei die Ostexpansion der NATO, mit der Ukraine als „*unsinkbarem Flugzeugträger*“ vor Moskaus Haustür als Krönung.

Gleichzeitig wurde die ökonomische Westintegration der Ukraine per EU-Assoziierungsvertrag vorangetrieben, der ab 2007 verhandelt wurde – und die Abkopplung von Russland verlangte. Als ideologische Basis wurde der antirussische Nationalismus in Osteuropa angeheizt. In der Ukraine eskalierte das in den gewalttätigen Auseinandersetzungen 2014 auf dem Maidan, und in Reaktion darauf im Donbass, was dann zur Abspaltung der Krim und der Gebiete Donezk und Luhansk führte.

Inzwischen ist der Krieg zu einem Amalgam aus zwei Konflikten geworden:

- zum einen der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, wie er aus dem chaotischen Zerfall der Sowjetunion resultiert, und der schwer belastet ist von der widersprüchlichen Geschichte der Herausbildung einer ukrainischen Nation,
- zum anderen die schon lange bestehende Konfrontation zwischen den zwei größten Nuklearmächten.

Damit kommen die ebenso gefährlichen wie komplexen Probleme des nuklearen Gleichgewichts (des Schreckens) ins Spiel. Aus Moskauer Sicht birgt die militärische Westintegration der Ukraine die Gefahr eines Enthauptungsschlags gegen Moskau. Zumal die Rüstungskontrollabkommen aus dem Kalten Krieg alle gekündigt wurden, vom ABM-Vertrag noch unter Bush 2002 bis zum INF- und Open Sky-

1 So z.B. Hal Brands, Mitglied im *Foreign Affairs Board* des State Department. Washington Post, 1.5.2022

Vertrag unter Trump. Unabhängig von ihrer Triftigkeit ist die Moskauer Wahrnehmung deshalb ernst zu nehmen. Eine solche Furcht ist nicht durch Worte, sondern nur durch glaubwürdige Maßnahmen zu beschwichtigen. Aber Washington hat entsprechende Schritte, die Moskau im Dezember 2021 vorschlug, abgelehnt. Hinzu kommt, dass der Missbrauch völkerrechtlicher Verträge ebenfalls zu den Praktiken des Westens gehört, wie u.a. das Eingeständnis Merkels und François Hollandes zeigt, Minsk II nur abgeschlossen zu haben, um Zeit zur Aufrüstung Kiews zu schinden.

Vor diesem Hintergrund kann die Verantwortung für den Krieg - und das gilt erst recht, seitdem wir es mit einem Stellvertreterkrieg zu tun haben - nicht auf Russland allein reduziert werden. Die Verantwortung des Kremels verschwindet damit nicht. Auch in Russland breiten sich nationalistische Stimmungen aus und es kommt zur weiteren Verstärkung des autoritären Staates. Aber nur wer auf die lange Eskalationsgeschichte durch die Brille simpler Schwarz-Weiß-Feindbilder blickt, kann die Mitverantwortung Washingtons – und in dessen Schlepptau der EU – ausblenden.

In bellizistischem Fieber

Die politische Klasse und die Massenmedien kehren all diese Zusammenhänge unter den Teppich. Stattdessen sind sie regelrecht in ein bellizistisches Fieber verfallen. Deutschland ist de facto Kriegspartei und die Bundesregierung wurde Kriegsregierung. Die deutsche Außenministerin glaubte in dünklerhafter Selbstüberschätzung von wahrhaft wilhelminischer Größe, Russland „ruinieren“ zu können. Ihre Partei hat sich mittlerweile von einer Friedenspartei zum schärfsten Kriegstreiber im Bundestag entwickelt. Als es dann noch einige taktische Erfolge der Ukraine auf dem Schlachtfeld gab, deren strategische Bedeutung jedoch maßlos übertrieben wurden, entstand die Illusion, ein militärischer Sieg über Russland sei möglich.

Wer für einen Kompromissfrieden plädiert, wird als „Unterwerfungspazifist“ oder „Sekundär-Kriegsverbrecher“ beleidigt. Es entstand ein politisches Klima, wie es für die Heimatfront im Krieg typisch ist, mit einem massiven Konformitätsdruck, dem viele sich nicht zu entziehen wagen. Zum äußeren Feindbild tritt zunehmende Illiberalität im Inneren der Wagenburg. Meinungs- und Pressefreiheit erodieren, wie u.a. das Verbot von „Russia Today“ und „Sputnik“ zeigen.

Der Wirtschaftskrieg – ein Rohrkrepiere

Der Wirtschaftskrieg gegen Russland, der ebenfalls bereits 2014 begonnen hatte, nahm nach dem russischen Einmarsch zwar historisch beispiellose Ausmaße an. Aber ein Effekt

auf die russische Kriegsführung blieb aus. Zwar schrumpfte die russische Wirtschaft 2022 um drei Prozent, die der Ukraine aber um dreißig Prozent. Wie lange hält das Land einen solchen Abnutzungskriegs durch?

Gleichzeitig führen die Sanktion zu Kollateralschäden in der Weltwirtschaft. Der globale Süden ist besonders schwer betroffen. Sie verschlimmern Hunger und Armut, verstärken die Inflation, und verursachen kostspielige Turbulenzen auf den Weltmärkten. Es ist deshalb kein Wunder, dass der Globale Süden weder bereit ist, sich am Wirtschaftskrieg zu beteiligen, noch Russland zu isolieren. Das ist nicht sein Krieg.

Aber auch bei uns hat der Wirtschaftskrieg negative Effekte. Die Abkopplung vom russischen Erdgas verschärft die Energiekrise, was sozial schwächere Haushalte trifft und zu einem Exodus energieintensiver Industrien aus Deutschland führen kann. Rüstung und Militarisation gehen immer zu Lasten von sozialer Gerechtigkeit. Gleichzeitig sind mit Fracking-Gas aus den USA, das um bis zu 40% klimaschädlicher ist als russisches Erdgas, und mit dem Rückgriff auf Kohle alle CO₂-Reduktionssziele schon jetzt Makulatur.

Absolute Priorität für Diplomatie, Verhandlungen und einen Kompromissfrieden

Der Krieg absorbiert politische, emotionale, intellektuelle und materielle Ressourcen, die für den Kampf gegen Klimawandel, Umweltzerstörung und Armut zwingend benötigt werden. Die faktische Kriegsbeteiligung Deutschlands spaltet die Gesellschaft und insbesondere jene Sektoren, die sich für sozialen Fortschritt und den sozial-ökologischen Umbau einsetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung ihren Kriegskurs sofort beendet. Von deutschem Boden muss eine diplomatische Initiative ausgehen. Das will auch die Mehrheit der Bevölkerung. Wir brauchen einen Waffenstillstand und den Beginn von Verhandlungen, eingebettet in einen multilateralen Rahmen unter Beteiligung der UNO.

Am Ende muss ein Kompromissfrieden stehen, der den Weg in eine europäische Friedensarchitektur ebnet, die den Sicherheitsinteressen der Ukraine, Russlands und aller am Konflikt Beteiligten – Rechnung trägt und eine friedliche Zukunft für unseren Kontinent ermöglicht.

Der Text wurde verfasst von: Reiner Braun (International Peace Bureau), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisation), Ralf Krämer (Sozialistische Linke in der Partei Die Linke), Willi van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt), Christof Ostheimer (Bundesausschuss Friedensratschlag), Peter Wahl (Attac).

Angaben zu den Personen dienen nur zur Information.

**Hybrid-Veranstaltung am 19. Februar 2023, ab 11 Uhr:
„Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg!“**

Artikel in „Sand im Getriebe“ über die Ukraine:

2022: SiG 144, 145, 146, 147 und 148 ; 2013-2015: SiG 107, 109, 110, 111, 113, 114

Die Kriegsziele des Westens (GFP): Deutscher Diplomat fordert Einigung der NATO auf „westliche Kriegsziele“ in der Ukraine. Neue Quellen belegen: Der Westen verhinderte im Frühjahr 2022 ein rasches Kriegsende.

Frieden in der Ukraine und in der Welt

Zur RAND-Studie: US-Politik und der Verlauf des Russland-Ukraine-Konflikts

Befragt man so manchen Zeitgenossen nach einem Kommentar zum Ukraine Krieg, ist die erste Antwort die: Putin strebe nach russischer Großmacht, er habe das Völkerrecht gebrochen und sei für den Krieg verantwortlich.

Die Vorgeschichte scheint keine Rolle zu spielen. Kein Gedanke zum Minsk Abkommen und dem Bruch des Abkommens (1), kein Wort zum Krieg Kiew seit 9 Jahren (2), zu den 14000 Toten seitdem und allgemein absolute Unkenntnis von den Angeboten Putins an die NATO und die USA im Dezember 2021 für eine neutrale Ukraine (3). Kein Wort zu den hegemonialen Interessen der USA an der Ukraine.

Zbigniew Brzezinski scheint unbekannt zu sein und doch vertritt er ein noch heute geltendes politisches Credo der USA, die Ukraine als Tor zu Eurasien in den eigenen Einflussbereich zu bringen und zu halten.

1997 schrieb er in seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ (4): es gelte „im Hinblick auf Eurasien eine umfassende und in sich geschlossene Geostrategie zu entwerfen“. Die Vereinigten Staaten, die „einzige globale Supermacht“, müssten ihre Vorherrschaft auf dem „großen Schachbrett“ Eurasien sichern, um langfristig eine neue Weltordnung zu ermöglichen. Ziel war des Weiteren einen Zusammenschluss Deutschlands und Russlands zu unterbinden. Beide würden zusammen eine größere Wirkmacht in der Welt als die USA besitzen.

Amerikas Vorrangstellung in Eurasien sieht Brzezinski bedroht, falls sich die Staaten der ehemaligen Sowjetunion zusammenschließen und dem Westen eine Abfuhr erteilen.

Deshalb müsse das Aufkommen einer „dominierenden, gegnerischen Macht“ unbedingt verhindert werden. Die Ukraine sei dabei „der kritische Punkt“. Nur mit der Ukraine könne Russland zu einem eurasischen Reich werden und seine beherrschende Position am Schwarzen Meer behaupten.

Ohne die Ukraine seien die Russen gezwungen, ihre eigene politische und ethnische Identität zu überdenken,

Das Interesse der USA, Russland nieder zu halten und von Deutschland zu trennen, gilt noch heute. Es erklärt, warum alle Friedensbemühungen scheitern, die die Neutralität der Ukraine einschließen. So scheiterte auch das Istanbul Communiqué Ende März 2022 (5), das u.a. die Neutralität der Ukraine zum Gegenstand hatte. Russland und die Ukraine waren hierzu grundsätzlich bereit. Die USA und GB vertrauten Russland nicht. Und so scheiterten die Verhandlungen.

Dies sollte man sich vor Augen halten. Die Diskussion um die Ukraine ist in unseren offiziellen Medien auf Waffenlieferungen verengt und überdeckt die wahren Kriegsgründe und Ziele.

In deutscher Öffentlichkeit überwiegt immer noch die Kriegssprache. Der NATO Generalsekretär Jens Stoltenberg fordert Waffen für den Frieden (6). Vor ein paar Tagen titelte der Tagesspiegel: „Auch bei russischem Nuklearschlag: 89 % Ukrainer wollen unter allen Umständen

weiterkämpfen.“ (7) Die Umfrage ist jedoch pseudowissenschaftlich. Sie wurde nicht von einem unabhängigen Forschungsinstitut durchgeführt worden. Dennoch wird sie medial genutzt, um Kriegsstimmung zu verbreiten. (8)

Wer die Waffenlieferungen kritisiert und Verhandlungen will, wird diffamiert und kriminalisiert. (9)

Dennoch mehren sich die Friedensstimmen.

Erich Vad, Ex-Brigade-General und von 2006 bis 2013 der militärpolitische Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ex-General Harald Kujat und ebenso General **Mark A. Milley**, ranghöchster General der USA, sprechen sich gegen Waffenlieferungen und für Verhandlungen aus. (10)

Julian Nida-Rümelin (11), Mattias Kumm, deutsch-amerikanischer Rechtswissenschaftler und Hochschullehrer (12), Antje Vollmer, Theologin, ehemalige Vize-Präsidentin des BT und BT Abgeordnete der Bündnis90/die Grünen (13) wünschen Verhandlungen und keine Waffenlieferungen. Antje Vollmer rügt die Grünen, die die Menschenrechte radikalieren würden und so in idealistischer Absicht zu Menschenrechts-Bellizisten geworden seien.

Ex-Außenminister Henry Kissinger fordert Verhandlungen. (14)

Im April 2022 verfassten 28 Künstler, Wissenschaftler und Journalisten unter ihnen Alice Schwarzer einen öffentlichen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz. Sie fordern: keine Waffenlieferungen und unbedingt Verhandlungen. (15)

UN-Generalsekretär António Guterres warnt, „die Welt“ bewege sich „mit weit geöffneten Augen“ in einen „größeren Krieg“ hinein und fordert: „Wir müssen härter für den Frieden arbeiten – überall“. (16)

Das Aktionsbündnis gegen die Sicherheitskonferenz vom 17.-19.2.2023 in München fordert Ende der Waffenlieferungen und Verhandlungen für einen Frieden. Ebenso viele **Friedensorganisationen**, die DFG-VK, das Netzwerk Friedenskooperative, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und viele andere mehr, auch IMI, IPPNW und medico. (17)

Ähnlich der Aufruf aus dem Vatikan. „Keine Angst vor Friedensverhandlungen“ mit Jeffrey Sachs, US-amerikanischer Ökonom und Michael v.d. Schulenburg, ehemaliger deutscher Diplomat der OSZE und der UN. (18)

Und jetzt das **Manifest für den Frieden** von Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht. (19)

Selbst **RAND**, ein angesehener amerikanischer Thinktank aus dem militärischen Umfeld und der Rüstungsindustrie der USA fordert Verhandlungen. Die Studie rät zu Verhandlungen, weshalb man sie als eine Friedensschrift verstehen möchte. Bei näherer Betrachtung sind es jedoch nicht hehre Friedensziele sondern ist es eine reine Kosten-Nutzen-Analyse, die aus der Sicht der Interessen der USA die Verhandlungen rechtfertigen soll: Es handelt sich um eine Friedensschrift nicht frei von Zynismus.

Titel der Studie:
US-Politik und der Verlauf des Russland-Ukraine-Konflikts,

von Samuel Charap, Miranda Priebe

Die Studie stellt die Frage: Wie endet der Krieg? Sein Ende wird große Konsequenzen für die Vereinigten Staaten haben, so die Studie.

Einige Analysten gingen davon aus, dass die Ukraine siegen könnte, die russische Armee aus dem Land gedrängt werden würde und die Risiken eines russischen Atomwaffeneinsatzes oder eines Krieges mit der NATO überschaubar blieben. Russland wäre so geschwächt, dass es seinen Nachbarn nie wieder angreifen würde, ja sogar zu Reparationen verurteilt werden könnte.

Jedoch zeigten Studien zu vergangenen Konflikten und ein genauer Blick auf den Verlauf des aktuellen Kriegs, dass dieses optimistische Szenario unwahrscheinlich sei.

Aus US-amerikanischer Sicht stelle sich die Frage, wie sich verschiedene Kriegsverläufe auf die Interessen der USA auswirken würden und in welcher Weise der Kriegsverlauf beeinflusst werden könne, um den Interessen der USA gerecht zu werden.

1) Könnte Russland Atomwaffen einsetzen? Wie entschieden ist Putin?

Die Studie bejaht Putins Entschiedenheit. Er begann den Ukrainekrieg trotz massiver Drohungen aus dem Westen für den Fall eines russischen Einfalls in die Ukraine und trotz einiger Sanktionen nach der Annexion der Krim und der Besetzung des Donbass. Im September 2022 begann er mit der Mobilisierung von 300 000 Soldaten. Hinzu kämen die begrenzten konventionellen Fähigkeiten Russlands, was eine Verzweiflungstat im letzten Moment vor der endgültigen Niederlage wahrscheinlich mache, zumal Miniatur-Atomwaffen einen Einsatz begrenzt erscheinen lassen. Schließlich habe Putin in den letzten 25 Jahren eine autoritäre stabile soziale Ordnung aufgebaut, die ihm einen weitgehenden Entscheidungsspielraum gewährleiste und die über einen kriegerischen Einsatz im Ausland stabil gehalten werden könne.

Das Risiko eines Nukleareinsatzes sei jedenfalls viel größer als in Friedenszeiten. Die Folgen für die USA wären immens, denn die USA haben Vergeltung für den Fall des nuklearen Erstschlags Russlands angekündigt. Damit würden die USA gegen Russland in den Krieg eintreten.

Möglich wäre ein nuklearer Einsatz für taktische und operative Einsätze. Würde Russland gar militärische Gewinne mit dem begrenzten Einsatz von Atomwaffen erzielen, könnte dies andere Länder ermutigen, nukleare Waffen einzusetzen. Die transatlantische Einheit könnte zerbrechen. Die amerikanische Öffentlichkeit würde sehr wahrscheinlich aggressiv und kritisch reagieren.

Kurz gesagt, die Regierung Biden hat reichlich Grund, die Verhinderung des russischen Einsatzes von Atomwaffen zu einer obersten Priorität für die Vereinigten Staaten zu machen.

2) besteht eine mögliche Eskalation zu einem Russland-NATO-Konflikt?

Um das zu vermeiden, meinte General Mark Milley Vorsitzender des vereinigten Generalstabs der Streitkräfte der USA, 2021, dürfe es "keine aufgeheizte Auseinandersetzung zwischen dem US-Militär und der NATO mit Russland" geben und "der Krieg müsse innerhalb der geographischen Grenzen der Ukraine bleiben."

Die Gefahr drohe von NATO-Verbündeten, wenn sie Waffen und andere Hilfen und Hilfsgüter liefern, weil sie dann indirekt am Krieg beteiligt wären. Bedrohlich sei, dass die Ukraine an vier NATO-Mitgliedsstaaten auf dem Landweg angrenze und mit zwei anderen das Schwarze Meer teile. Das Ausmaß der indirekten Beteiligung der NATO-Verbündeten am Krieg sei atemberaubend. Andererseits könnte Russland NATO-Mitglieder zwingen, die alliierte Unterstützung für die Ukraine zu beenden. Das könnte auch für Waffenlieferungen gelten.

Die Vermeidung eines Russland-NATO Krieges bezeichnet General Milley als oberste Priorität der USA: Das US-Militär würde sofort in einen heißen Krieg mit einem Land verwickelt, das über das größte Atomwaffenarsenal der Welt verfügt.

3) Was bedeutet es, dass die Ukraine die Kontrolle über einige Teile der Ukraine verloren hat und vielleicht weitere verliert?

Die Gebiete, die Russland kontrolliere, enthalten wichtige Wirtschaftsgüter, wie zum Beispiel das Kernkraftwerk Saporischschja, das bis zu 20 Prozent der ukrainischen Stromerzeugungskapazität aus der Vorkriegszeit lieferte. Hinzukäme der Verlust der ukrainische Küste des Asowschen Meeres.

Die verlorenen Wirtschaftsgüter zu kompensieren hänge von der Produktivität des verbleibenden Landes ab. Hierzu brauche es Investitionen. Investoren wären angesichts des Risikos russischer Angriffe kaum zu gewinnen.

Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit könnte von US-Hilfe abhängig sein, was dann enorm wäre, wenn Russland die Schwarzmeerküste beherrschte, die Ukraine nur von Land umschlossen wäre und der Krieg andauerte.

4) Welche Wirkung hat die Dauer des Kriegs?

Wie lange dieser Krieg dauern wird, ist unklar.

Viele in den Vereinigten Staaten zögern, auf ein Ende des Konflikts zu einem Zeitpunkt zu drängen, an dem die Ukraine Schwung auf dem Schlachtfeld hat und das ukrainische Volk bereit zu sein scheint, die Kosten eines langen Krieges in Kauf zu nehmen.

Ein langwieriger Konflikt habe einige potenzielle Vorteile für die Vereinigten Staaten. Während der Krieg andauere, wären die russischen Streitkräfte weiterhin mit der Ukraine beschäftigt und könnten andere somit nicht bedrohen. Ein längerer Krieg würde die russischen Streitkräfte weiter schwächen. Andererseits sei der Krieg bereits so verheerend für die russische Macht gewesen, dass eine weitere schrittweise Schwächung für die Interessen der USA wohl nicht mehr so wichtig sei wie in den früheren Phasen des Konflikts.

Ein langer Krieg würde den Druck auf die europäischen Regierungen aufrechterhalten, ihre Energieabhängigkeit von Russland zu reduzieren und mehr für ihre Verteidigung auszugeben, was möglicherweise die US-Verteidigungslast in Europa auf lange Sicht verringern würde.

Aber auch hier sei es nicht sicher, ob die europäischen Länder diese Politik beibehalten würden.

Ein langer Krieg berge erhebliche Nachteile für die U.S.-Interessen. Ein längerer Krieg werde zu weiteren Verlusten von Menschenleben, Vertreibung und Leid für die ukrainische Zivilbevölkerung führen. Es läge im Interesse der USA, die humanitären Folgen für die Ukraine zu minimieren. Ein längerer Krieg schaffe das andauernde Risiko eines Atomkriegs und eines unmittelbaren Kriegs zwischen den USA und Russland, bzw. der NATO.

5) Formen der Kriegsbeendigung.

Drei mögliche Beendigungen werden in der Studie überlegt.

Angenommen: Absoluter Sieg Russlands

Selbst wenn Russland die Regionen Donbass, Luhansk, Krim einnehmen und halten würde, wäre das kaum ein absoluter Sieg; Ein solcher müsste einen grundlegenden Wandel im politischen System der Ukraine herbeiführen, wie z.B. die Absetzung von Präsident Selenskyj. Aber das ukrainische Regierungssystem der Ukraine sei jetzt fester verankert als vor dem Krieg und Russlands brutale Taktik habe selbst jene Ukrainer zurückgedrängt, die prorussische Sympathien hegten.

Angenommen: Die Ukraine siegt in jeder Hinsicht

Das erklärte Ziel von Präsident Selenskyj ist, das gesamte ukrainische Territorium zurückzuerobern, einschließlich der Krim und des Donbass.

Die vollständige Rückeroberung des Territoriums würde keinen absoluten Sieg darstellen. Sollte das ukrainische Militär die russischen Streitkräfte aus der Ukraine vertreiben, würde Russland weiterhin Krieg gegen das Territorium der Ukraine führen können.

Die russischen Bodentruppen könnten sich ohne weiteres neu formieren und eine weitere groß angelegte Offensive starten. Daher würde Kiew wahrscheinlich einen Regimewechsel in Moskau benötigen, um nicht unter der ständigen Bedrohung einer erneuten Invasion zu leben.

Das sei unwahrscheinlich. Es gäbe kaum historische Beweise dafür, dass ein Regimewechsel in Russland nach Misserfolgen auf dem Schlachtfeld folgen würde. Es gäbe keine Garantie, dass ein neuer russischer Führer eher bereit wäre, Frieden mit der Ukraine zu schließen als Putin. Schließlich würde ein Regimewechsel in Moskau die Intensität des Wettbewerbs zwischen den Vereinigten Staaten und Russland in anderen Fragen nicht verringern.

Da keine der beiden Seiten die Absicht oder die Fähigkeit zu haben scheint, absoluten Sieg zu erreichen, werde der Krieg höchstwahrscheinlich mit einer Art Verhandlungsergebnis enden.

Wie können Verhandlungen aussehen?

- **Angenommen man würde einen Waffenstillstand vereinbaren.** Eine solche Vereinbarung könnte sehr detailliert sein und zur Beendigung von Gewalt führen. Die territorialen Probleme wären jedoch ungelöst.

- Angenommen es gäbe eine politische Einigung.

Das wichtigste Ergebnis wäre die Rückkehr zu einigermaßen normalen Beziehungen zwischen den ehemaligen Kriegsparteien.

Wichtig sei auch, dass die Parteien vereinbaren könnten, dass sie sich über den Status bestimmter Gebiete nicht einig sind, auch wenn sie sich in anderen Fragen einigen.

Auswirkungen auf die USA

Den Interessen der USA sei – so die Studie – mit einer politischen Lösung besser gedient. Eine politische Einigung würde eine breitere regionale Stabilität mit sich bringen. Dies würde Konflikte in anderen Regionen an Russlands Peripherie verringern können, da sich Russlands Verhalten ändern würde.

Außerdem könnten die Vereinigten Staaten dann Ressourcen im Einklang mit den strategischen Prioritäten der USA verlagern, z.B. in den Osten zum Pazifik.

(I.S.) **Fazit:** Das sind rationale Überlegungen in den USA. Sie helfen die Gefahren, die gerade von den USA als der bestimmenden politischen Kraft im Ukraine-Krieg ausgehen, einzuschätzen. Es ist keine wirkliche Friedensschrift.

Wahre Friedensziele sind keine Frage der Kosten-Nutzen-Analyse. Sie sind vielmehr auf globale Sicherheit unter Einbeziehung aller, sind auf gegenseitigen Respekt elementarer Schutzbedürfnisse gerichtet und auf eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur. Und sie dienen dem gemeinsamen Kampf gegen existentielle Bedrohungen wie den Klimawandel, die Armut und den Hunger in der Welt.

(1) Clemens Ronnefeldt in [SiG 144](#)

(2) [SiG 113](#), [SiG 114](#)

(3) [Infosperber](#) , 16.12.2022

(4) [Monitor 2014](#) - "Eurasisches Schachbrett", Zbigniew Brzeziński. Die Ukraine, die NATO-Kriegsstrategie & Putins Krieg*

(5) [Tagesschau](#) 29.3.2022

(6) [Euronews](#) 14.2.2023

(7) [Tagesspiegel](#) , 7.2.2023

(8) Über die Autoren (Munich Security Report): [GFP](#)

(9) [Studie](#) der Otto-Brenner-Stiftung

(10) [infosperber](#)

(11) [ARD-Mediathek](#)

(12) Buch „Perspektiven nach dem Ukraine-Krieg“

(13) [die Welt](#), 15.11.2022; [Telepolis](#) 16.11.2022

(14) [Tagesspiegel](#) 18.1.2023

(15) [SiG 145](#), S. 24

(16) [Schattenblick](#) 7.2.2023

(17) Texte in diesem Heft und in [SiG 144-148](#)

(18) [SiG 148](#), Seiten 24-26, [SiG 147](#) (S. 28)

(19) in dieser Nummer, S. 15

German Foreign Policy

Brasilien: "Auf der Seite der Diplomatie"

Lula da Silva bemüht sich um Vermittlung im Ukraine-Krieg – gemeinsam mit anderen Staaten des Globalen Südens.

3.2.2023 - [German Foreign Policy](#) - Brasilien verstehe sich als "Land des Friedens" und lehne jede Beteiligung an dem Krieg ab, antwortete Präsident Luiz Inácio Lula da Silva am 30. Januar beim Besuch von Kanzler Olaf Scholz auf die Forderung Berlins, Kiew Munition für den Flugabwehrpanzer Gepard zur Verfügung zu stellen. Statt den Krieg immer nur mit weiteren Waffen zu befeuern, müsse eine Vermittlungsinitiative gestartet werden.

Lula urteilt, besonders China, aber auch Indien und Indonesien könnten dazu einen Beitrag leisten. Scholz unterstützt die Initiative aus dem Globalen Süden für eine Beendigung der Kämpfe nicht; am Montag erhob er vielmehr Einwände gegen sie. Dabei dringen immer mehr Regierungen besonders im Globalen Süden auf eine Verhandlungslösung [...]

Die Staaten Lateinamerikas hatten sich schon im vergangenen Jahr weitestgehend aus dem Ukraine-Krieg sowie aus dem Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland herausgehalten. Zwar hatten die meisten von ihnen in der Abstimmung der UN-Generalversammlung am 2. März den russischen Überfall auf die Ukraine "missbilligt", darunter alle drei Länder, die Bundeskanzler Olaf Scholz jetzt von Samstag bis Montag besuchte (Argentinien, Brasilien, Chile). Doch hatten sie jegliche weitere Parteinahme in dem Konflikt vermieden.

Der Staatenbund Mercosur etwa weigerte sich, den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf seinem Gipfeltreffen am 21. Juli in Asunción öffentlichkeitswirksam aufzutreten zu lassen.

Bereits zuvor war in Chile der ultrarechte Partido Republicano mit dem Versuch gescheitert, Selenskyj eine Rede vor dem chilenischen Parlament zu ermöglichen. Im Juli teilte Selenskyj mit, er habe mit dem damaligen brasilianischen Präsidenten Jair Messias Bolsonaro telefoniert; dieser habe ihm versichert, Brasilien werde in dem Konflikt weiterhin Neutralität bewahren.³ Letzteres belegt, dass die Weigerung, Partei für die Ukraine zu ergreifen, in Brasilien klar den staatlichen Interessen entspricht und nicht von der Zugehörigkeit zu einer politischen Strömung abhängig ist.

Keine Kriegsbeteiligung

Brasilien hat im Jahr 2013 insgesamt 34 Gepard-Panzer gekauft, um damit große Veranstaltungen wie die Fußball-WM 2014 gegen Angriffe aus der Luft, insbesondere mit Drohnen, zu schützen. [...] Laut einem Bericht der Tageszeitung Folha de São Paulo ist die Entscheidung, einer aktuellen Bitte der deutschen Regierung um Munitionslieferungen nicht zu entsprechen, am 20. Januar auf einem Treffen von Regierungspolitikern und Militärs gefallen.⁶ "Brasilien ist ein Land des Friedens", erklärte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva am Montag; deswegen wolle es "keinerlei Beteiligung an diesem Krieg – auch nicht indirekt".⁷

Keine Waffen

[...] Die US-Regierung übt zur Zeit massiven Druck auf mehrere Staaten Lateinamerikas aus, Waffen aus sowjeti-

scher bzw. russischer Produktion, die sich in ihrem Besitz befinden, der Ukraine zukommen zu lassen.⁸ Vor Brasilien haben bereits weitere Staaten des Subkontinents das Ansinnen öffentlich zurückgewiesen.

So teilte zum Beispiel **Kolumbiens Präsident Gustavo Petro** in der vergangenen Woche mit: "Keine russische Waffe, die Kolumbien gekauft hat, wird im bewaffneten Konflikt in der Ukraine eingesetzt werden."⁹ Petro fügte hinzu, Lateinamerika solle sich, anstatt Kriegsgerät zu liefern, um Frieden bemühen. **Argentinien's Präsident Alberto Fernández** erklärte am Samstag bei einer gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz durchgeführten Pressekonferenz: "Argentinien und Lateinamerika denken nicht daran, Waffen zu schicken".¹⁰ Der **mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador** wiederum übte offene Kritik an der Entscheidung der Bundesregierung, Kiew Kampfpanzer zu liefern – eine klare Bestätigung, dass aus Mexiko trotz allen US-Drucks keinerlei Waffenhilfe, sondern Unterstützung für Vermittlungsversuche zu erwarten ist.¹¹

"Frieden diskutieren"

Beim Besuch von Kanzler Scholz ist Brasiliens Präsident Lula am Montag einen Schritt weiter gegangen und hat sich offen dafür ausgesprochen, endlich eine Vermittlungsinitiative zur Beendigung des Ukraine-Kriegs zu starten. Man müsse rasch "eine Gruppe von Ländern an den grünen Tisch bringen", um über "Frieden zwischen Russland und der Ukraine zu diskutieren", erklärte Lula. Brasilien sei ohne weiteres "bereit, einen Beitrag zu leisten".¹²

Eine Verhandlungslösung fordern Staaten im Globalen Süden schon lange und mit steigender Intensität ein. Im September etwa hatte **Indiens** Außenminister Subrahmanyam Jaishankar bekräftigt, sein Land stehe "auf der Seite" derer, die "Dialog und Diplomatie als den einzigen Weg aus dem Krieg" forderten.¹³ Die **Türkei** verhandelt schon lange und zum Teil – so etwa bei der Vermittlung einer Einigung über Getreidelieferungen über das Schwarze Meer – mit klarem Erfolg. Erst am 31.1. hat **Ägyptens** Außenminister Sameh Shoukry bestätigt, auch sein Land setze seine "Bemühungen bei der Suche nach diplomatischen Lösungen" für den Krieg fort.¹⁴ Am 1.2. hat zudem **Israels** Premierminister Benjamin Netanjahu erklärt, grundsätzlich zur Vermittlung zwischen beiden Kriegsparteien bereit zu sein.¹⁵ Damit wird vor allem im Globalen Süden ein **Gegenpol** gegen das westliche – explizit auch deutsche – Bestreben erkennbar, Russland eine klare Kriegsniederlage zuzufügen und diesem Ziel jedes Bemühen um Frieden unterzuordnen. Eine russische Kriegsniederlage wäre aus Sicht des Westens ein bedeutender Schritt bei der Verteidigung seiner überkommenen globalen Dominanz.

³ Selenskyj tells Brazil's Bolsonaro: "You can't be somewhere in the middle" on Russia-Ukraine war. edition.cnn.com 20.07.2022.

⁶ Alexander Schmitt: Zoff vor Scholz-Besuch: Brasilien lehnt Lieferung von Panzermunition an die Ukraine ab. rnd.de 28.01.2023.

⁷ Lula verweigert Scholz Panzer-Munition für die Ukraine. faz.net 31.01.2023.

8. S. dazu Die Weltordnung und ihre Profiteure.
 9. Colombia Refuses To Donate Russian Weaponry To Ukraine. tele-english.net 25.01.2023.
 10. Pressekonferenz von Bundeskanzler Scholz und dem argentinischen Präsidenten Alberto Ángel Fernández am 28. Januar 2023 in Buenos Aires.
 11. Erich Saumeth: Colombia, Brasil, México y Argentina rechazan el pedido de EEUU de transferir armamento a Ucrania. infodefensa.com 30.01.2023.

12. Pressekonferenz von Bundeskanzler Scholz und dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva am 30. Januar 2023 in Brasília.
 13. Russia's Allies China and India call for negotiations to end Ukraine war. theguardian.com 24.09.2022.
 14. Lavrov praises Egypt's 'balanced stance' after FM Shoukry delivers Blinken message on Ukraine crisis. english.ahram.org.eg 31.01.2023.
 15. Israeli premier says willing to mediate between Ukraine and Russia, if asked. arabnews.com 01.02.2023.

Nicole Deitelhoff : **Verhandlungen unter Feinden - Warum im Ukraine-Krieg Gespräche unbedingt geboten sind** [Die Blätter Dezember 2022](#)

Fabian Scheidler

Naftali Bennett wollte den Frieden zwischen Ukraine und Russland: Wer hat blockiert?

Der Waffenstillstand war angeblich zum Greifen nahe.

06.02.2023 - In den ersten Wochen nach der russischen Invasion in der Ukraine arbeitete der damalige israelische Premierminister Naftali Bennett hinter den Kulissen intensiv an Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau. Sein Ziel war ein Waffenstillstandsabkommen. Nun hat er in einem Videointerview erstmals ausführlich über den Ablauf und das Ende der Verhandlungen gesprochen.

Ein Waffenstillstand sei damals, so Bennett, in greifbarer Nähe gewesen, beide Seiten waren zu erheblichen Zugeständnissen bereit. Doch vor allem Großbritannien und die USA hätten den Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt.

Hindernisse für einen Waffenstillstand aus dem Weg geräumt

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe ihn, Bennett, nach Ausbruch des Krieges gebeten, Wladimir Putin zu kontaktieren. So stehe es auch in den Protokollen. In der damaligen Phase des Krieges, als die russische Armee vor Kiew stand, habe Selenskyj um sein Überleben gefürchtet. Bennett habe anschließend mit US-Präsident Joe Biden gesprochen und gesagt, er könne eine „Pipeline“ für den Kontakt zum Kreml sein. Es folgte eine Reihe von Telefongesprächen sowohl mit dem russischen Präsidenten als auch mit Selenskyj. Bennett sei Vertrauen von beiden Seiten entgegengebracht worden. Entwürfe für zentrale Punkte eines Waffenstillstands wurden ausgetauscht. Zugleich verhandelten im belarussischen Gomel ukrainische und russische Delegationen.

Am 5. März 2022 flog Bennett dann auf Einladung Putins in einem privaten, vom israelischen Geheimdienst bereitgestellten Jet nach Moskau. In dem Gespräch im Kreml habe Putin, so Bennett, einige substanzielle Zugeständnisse gemacht, insbesondere habe er auf sein ursprüngliches Kriegsziel einer Demilitarisierung der Ukraine verzichtet. Bennett fragte Putin, ob er vorhabe, Selenskyj zu töten. Putin sicherte ihm ausdrücklich zu, das nicht zu tun. Auf seiner Rückreise rief Bennett Selenskyj an und teilte ihm das Ergebnis mit. Der ukrainische Präsident erklärte sich im Gegenzug bereit, auf einen Nato-Beitritt zu verzichten – eine Position, die er kurze Zeit später auch öffentlich wiederholte. Damit war eines der entscheidenden Hindernisse für einen Waffenstillstand aus dem Weg geräumt.

Scholz und Macron waren eher pragmatisch eingestellt
 Auch andere Themen wie die Zukunft des Donbass und der Krim sowie Sicherheitsgarantien für die Ukraine seien in diesen Tagen Gegenstand von intensiven Gesprächen gewesen. Bennett wörtlich: „Ich hatte damals den Eindruck, dass beide Seiten großes Interesse an einem Waffenstillstand hatten.“

Bennett flog daraufhin zunächst nach Deutschland, um mit Bundeskanzler Scholz zu sprechen, anschließend unterrichtete er den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den britischen Premier Boris Johnson sowie die amerikanische Regierung. Boris Johnson habe damals die „aggressive“ Position vertreten, dass „man Putin weiter bekämpfen müsse“, wogegen Scholz und Macron eher pragmatisch eingestellt waren. In der US-Regierung seien beide Positionen vertreten gewesen.

Welche Position hat die deutsche Regierung eingenommen?

In den folgenden Tagen habe es weitere intensive Diplomatie mit den Kriegsparteien gegeben. Bennett habe seine Bemühungen dabei „bis ins kleinste Detail mit den USA, Deutschland und Frankreich abgestimmt“. Auf die Frage, ob die westlichen Verbündeten die Initiative letztlich blockiert hätten, antwortete Bennett: „Im Grunde genommen, ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten unrecht.“ Sein Fazit: „Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten.“ Ob die Entscheidung des Westens, den Verhandlungsprozess zu beenden, langfristig richtig sei, könne er nicht beurteilen.

Die Aussagen von Bennett werfen, sollten sie zutreffend sein, einige grundsätzliche Fragen auf. Warum haben die Nato-Staaten damals einen Waffenstillstand blockiert? Welche Position hat die deutsche Regierung eingenommen? Und kommt dem Westen womöglich eine Mitschuld an der folgenden Eskalation des Krieges zu? Damals, im März 2022, waren einige Tausend Menschen im Krieg gestorben. Seither sind mehr als 200.000 Tote zu beklagen. Vielleicht hätte das verhindert werden können.

[Berliner Zeitung](#)

www.fabian-scheidler.de

Lieferung von Kampfpanzern ist brandgefährlich - Frieden muss verhandelt werden!

Statement des Netzwerks Friedenskooperative vom 25. Januar 2023

Das Netzwerk Friedenskooperative hält die Entscheidung der Bundesregierung, Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern, für brandgefährlich. Fest steht nach wie vor, dass der Krieg in der Ukraine nicht auf dem Schlachtfeld entschieden werden kann – Frieden muss verhandelt werden! Auch oder gerade in Zeiten des Krieges müssen unbedingt diplomatische Kanäle offengehalten und auch genutzt werden. Denn jeder weitere Tag bedeutet mehr Tote und jede*r Tote ist eine*r zu viel. Wenn schon eine solch gefährliche Entscheidung getroffen wurde, muss diese mit Verhandlungsiniciativen in Richtung Russland und Ausstiegsszenarien verknüpft werden.

Gerade weil die Gefahr der Ausweitung des Krieges enorm ist und die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Atomwaffen weiter wächst – wie auch die erst gestern neu gestellte Weltuntergangsuhr zeigt – ruft das Netzwerk Friedenskooperative auf, besonnen zu reagieren und den **Wunsch nach Frieden in Aktivitäten auf der Straße zu verwandeln: Dazu bietet sich der 24. Februar 2023 an, der Jahrestag des Überfalls Russlands auf die Ukraine.**

Besorgt zeigt sich das Netzwerk Friedenskooperative über die weiter zunehmende Verhärtung der Fronten in den Debatten rund um den Ukraine-Krieg. Es ist berechtigt, wenn sich Menschen besorgt zeigen über immer weitere Waffenlieferungen und sich fragen, was nach den Kampfpanzern kommt. Die Ablehnung immer weiterer Waffenlieferungen an die Ukraine entspricht der Auffassung eines großen Teils der Menschen in Deutschland, die ernst zu nehmen ist. Trotz allem eint uns, dass wir alle ein Ende des Krieges erreichen wollen! Nur unsere Vorstellungen, wie das erreicht werden kann, unterscheiden uns. Letztlich ist klar: Frieden ist der Sieg, den wir brauchen!

Die Friedensbewegung ruft zu Aktionen am Jahrestag des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, dem 24. Februar 2023, auf. Informationen dazu werden [hier gesammelt](#).

<https://www.friedenskooperative.de/>

[ISW München: Das siebte fette Jahr der Weltrüstungsindustrie - Analyse](#)

<https://www.ohne-ruestung-leben.de>

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>

Vor welchen Aufgaben steht die Friedensbewegung

Eine aktuelle Bilanz für eine Debatte in der Friedensbewegung von Thomas Rödl

Am 26. Januar 2023 sprach Thomas Rödl, Sprecher und Geschäftsführer des bayerischen Landesverbands der DFG-VK im Buchladen „Neuer Weg“ in Würzburg über die aktuellen Aufgaben der Friedensbewegung. Die Veranstaltung wurde von der DFG-VK Gruppe Würzburg, attac Würzburg sowie dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk organisiert. [Video](#)

Als zentrale Aufgabe der Friedensbewegung nennt Rödl die Beendigung des Krieges in der Ukraine. Dies muss geschehen, indem der deutsche Anteil am Krieg – sowohl historisch als auch aktuell – analysiert und klar benannt wird. Solch eine Analyse führt zu der Erkenntnis, dass Deutschland und seine NATO-Partner das Eskalationspotential im Tauziehen um die Ukraine zumindest in Kauf genommen und in einigen Fällen bewusst vorangetrieben haben. Das galt zumindest seitdem die NATO 2008 die Perspektive eines ukrainischen NATO-Beitritts eröffnete. Es gilt auch heute noch, wie die Lieferung schwerer Waffen in das Kriegsgebiet Ukraine belegen. Mit dieser Erkenntnis wiederum muss politischer Druck in der Bevölkerung aufgebaut werden, um die deutsche Bundesregierung zu einer Kehrtwende in ihrer Kriegspolitik zu zwingen und sie dazu zu bewegen, die Waffenlieferungen einzustellen und auf Verhandlungen zu drängen. Weiterhin sagte Rödl, dass es einer ressourcenstarken pazifistischen Organisation bedarf, um diese Aufgaben zu bewältigen. Quelle: <https://dfg-vk-bayern.de/thomas-roedl-aufgaben-der-friedensbewegung> ; [Themensammlung](#) zum Krieg in der Ukraine

Broschüre zur Tagung der Attac-BAG Globalisierung und Krieg „Wege zum Frieden“

Es liegen die zentralen Beiträge dieser Tagung im September letzten Jahres in Frankfurt/M als Publikation gedruckt vor, die über den Attac-webshop bezogen werden kann: <https://shop.attac.de> – gegen Portokosten.

Ausgewiesene Fachleute analysierten Hintergründe, Folgen und zu befürchtende Konsequenzen des russischen Angriffskriegs: **Michael von der Schulenburg**, langjährig in UN-Friedensmissionen in vielen Ländern engagiert; **Peter Wahl**, Mitgründer von Attac, Publizist und politischer Analytiker; **Francisco Mari**, bei „Brot für die Welt“ mit den globalen Ernährungskrisen nicht zuletzt in Folge von Kriegen und Finanzspekulationen befasst; **Lucas Zeise**, publizistischer Kommentator der kapitalistischen Ökonomie und weitere profilierte Kritiker der globalen Kriegstreiberei. Nicht nur dieser Krieg ist ein Verbrechen – und birgt die Drohung einer globalen Katastrophe in sich. Mit dem Wissen aus unserer Tagung und dieser Dokumentation wollen wir zur Aufklärung beitragen und damit den Druck für einen Waffenstillstand jetzt und Verhandlungslösungen verstärken.

Österreich: Friedensforscher zum Krieg in der Ukraine:

<http://abfang.org/friedenswege/frieden-in-der-ukraine/>

<https://www.medico.de/blog/ein-weltweites-kriegsregime-droht-18900>

[Videos der Rosa-Luxemburg-Konferenz, 14.1.2023](#)

IPPNW-Aufruf

Waffenstillstand und Friedensverhandlungen für die Ukraine - jetzt! Mit Aktionen zum Jahrestag des russischen Angriffskrieges

Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg, der täglich ungeheures Leid, Tod und Zerstörung in der in der Ukraine verursacht. Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, kommen mehr Menschen ums Leben, fliehen oder werden körperlich verletzt oder psychisch traumatisiert. Mit jedem Tag entfesselt sich die Kriegslogik weiter.

Jeder Kriegstag verschärft zudem das Risiko des Einsatzes von Atomwaffen, auch als Folge von Missverständnissen oder Unfällen. Die Praxis der nuklearen Abschreckung kann in einer angespannten Lage wie dem Ukrainekrieg in eine Eskalationsspirale münden bis hin zum Atomkrieg. Mit der Fortführung des Krieges wird zudem eine atomare Katastrophe durch Artilleriebeschuss der Atomkraftwerke von Saporischschja in Kauf genommen.

Wir Ärztinnen und Ärzte stehen für das Leben und wollen Leid verhindern. Wir stehen den Opfern dieses Krieges mit allen zivilen Mitteln bei und unterstützen diejenigen, die die Logik des Krieges ablehnen und sich für Gewaltlosigkeit entscheiden - wie beispielsweise Deserteure und Kriegsdienstverweigerer.

Der völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands in die Ukraine hat sich zu einem globalen Konflikt zwischen den Militärblöcken mit dramatischen Folgen für das Leben und die Zukunft des ukrainischen und des russischen Volkes sowie für ganz Europa entwickelt. Darüber hinaus sind Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Armut Folgen für die mittelbar Betroffenen, vor allem im Globalen Süden.

Die Verantwortung für den Krieg trägt die russische Regierung. Die NATO-Staaten haben durch die Osterweiterung, die Aufkündigung von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen sowie eigene Verstöße gegen das Völkerrecht eine Mitverantwortung für die seit den 90er-Jahren zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der NATO.

Die massive Aufrüstung auf allen Seiten muss ein Ende finden. Waffenlieferungen können den Krieg nicht beenden. Wir brauchen jetzt einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen für ein Ende des Krieges. Er hat auf beiden Sei-

ten bereits inakzeptabel viele Opfer gekostet. Daher müssen alle Mittel und Wege der Diplomatie eingesetzt werden, um die Kriegsparteien für einen gerechten Frieden an den Verhandlungstisch zu bringen.

Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg.

- Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen im Sinne von friedenslogischem Denken unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen. Dazu sind weitere diplomatische Initiativen durch die deutsche Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und andere notwendig.
- Wir fordern von der russischen Regierung, die Bombardierung ziviler Ziele und ziviler Infrastruktur in der Ukraine sofort einzustellen. Sie stellen einen Verstoß gegen die Genfer Konvention dar.
- Wir fordern die Atommächte Russland und die USA sowie die NATO auf, in einer verbindlichen Erklärung auf einen Einsatz von Atomwaffen im Ukrainekrieg zu verzichten.
- Wir fordern von der Bundesregierung - unabhängig von der völkerrechtlichen Verantwortung für den Krieg - Brücken zu bauen, damit ein Waffenstillstand ermöglicht wird, der die Grundlage für eine diplomatische Lösung bildet.
- Die Bundesregierung muss alles zu tun, um einen Atomkrieg zu verhindern. Dazu gehört das Ende der nuklearen Teilhabe sowie ein deutscher Beitritt zum Atomwaffenvertragsvertrag.

Werdet aktiv für eine friedlichere Welt!

Die IPPNW ruft für das Wochenende vom 24. bis zum 26. Februar 2023 zu gewaltfreien und vielfältigen Protesten auf. Die Gewaltspirale muss durchbrochen werden: Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, ein Ende des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung lehnen wir ab. Wir können den Kampf gegen die Klimakrise nur gewinnen, wenn wir international zusammenarbeiten statt global aufzurüsten.

[IPPNW](#)

Peace now – Menschenkette

Für Frieden, Gerechtigkeit und Klimaschutz

Freitag 24.02.23 um 15 - 17 Uhr

Eine 50 km lange Menschenkette vom Friedenssaal Münster zum Friedenssaal Osnabrück gemeinsam für den Frieden! <https://www.friedenskette23.de/>

Studie der Otto-Brenner-Stiftung zu Berichterstattung deutscher „Leitmedien“ über Ukraine-Krieg: Tendenziös, einseitig und oft „sehr einheitlich“

Ein [Artikel](#) von Florian Warweg - Wissenschaftler der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie der Ludwig-Maximilians-Universität München haben erstmals auf breiter Datenbasis die Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg analysiert. Dafür wurden 4.300 Beiträge aus acht deutschen „Leitmedien“ mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

(Vor-)Kriegspropaganda – von [Erhard Crome](#)

Der Kampf zwischen den USA und China um die Hegemonie in der Welt

**Vortrag und Diskussion mit Renate Dillmann /
Freitag, 10. Februar 2023**

Veranstaltung der BAG Globalisierung und Krieg
in Würzburg

Die Vereinigten Staaten haben nun einen neuen „Kalten Krieg“ gegen China begonnen; auch Politiker in Deutschland (und der EU) sprechen von einem „Systemgegner“. Warum ist das so? Wo liegen die Gründe dafür, dass auch von dieser Seite her ein neuer Weltkrieg droht?

[Video](#) ; [Audio](#)

Webseite: <https://www.renatedillmann.de/>

Buch von Renate Dillmann : "China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht"

Manifest für Frieden

Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht

haben diese Petition gestartet: <https://www.change.org/p/manifestfuerfrieden-aufstandfuerfrieden>

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine. Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass „wir“ einen „Krieg gegen Russland“ führen. Im Ernst?

Präsident Selenskyj macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch Kampfjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe – um Russland auf ganzer Linie zu besiegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampfjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch

siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort! Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören! Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: „Schaden vom deutschen Volk wenden“. Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.

25. Februar 2023, 14Uhr:

Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin

Dem «Spiegel» sagte S. Wagenknecht, dass die Unterstützung Chrupallas nur bei all denen Begeisterung ausgelöst habe, die den Krieg in der Ukraine mit Panzern und Kampfjets bis zum letzten Ukrainer fortsetzen möchten. «Dieser Versuch, unsere Friedensinitiative zu diffamieren, ist leicht durchschaubar. Wir haben mit der Auswahl unserer Erstunterzeichner deutlich gemacht, mit wem wir zusammenarbeiten und von wem wir uns Unterstützung erhoffen – und von wem eben auch nicht.»

(NZZ)

„Frieden ist das scheinbar Unmögliche, das trotzdem versucht werden muss. Die Forderung, sich darum zu bemühen, sollte immer wieder laut erhoben werden. Sie wird nicht dadurch entwertet, dass Rechtspopulisten von der AfD als Trittbrettfahrer aufspringen.“ (Wolfgang Hübner, ND 12.2.2023)

Diether Dehm: AfD ist keine Friedenspartei!

12.2.2023 - [...] Die Hälfte der AfD-Bundestagsfraktion hatte ja den 100 Milliarden für die Bundeswehr am 3.6.22 zugestimmt. Laut „junge Welt“ vom 9. Februar hat jetzt Alice Weidel den Bundestag aufgefordert, dass dieses »Sondervermögen« verwendet werde, um »die Bundeswehr zu ertüchtigen« (die Weidel andernorts für „verweichlicht“ erklärt hatte). Wachsende Teile der AfD wollen also keinerlei Rückbau der Ausrüstung, sondern eher einen Nachbau der Wehrmacht. (Das ist so rechtsreaktionär, wie Steuerhinterziehungsmodelle für Superreiche in Panama-Briefkasten-Firmen zu verteidigen, was die AfD im Dezember-Plenum 2017 tat).

Wenn nun Alice Weidel sagt, der Ukraine-Krieg sei „nicht der unsere“: was

wäre denn dann „ihr“ Krieg? ntv hat das nicht gefragt, aber Weidels Formulierung genüsslich mit einer ähnlich lautenden von Amira Muhamed Ali vermischt. Obwohl bei Linken, Kommunistinnen und sonstiger Friedensbewegung in deren Tradition festgeschrieben ist: die Gegnerschaft zu sämtlichen früheren Kriegen von deutschem Boden aus, 1914 und 1939, sowie die der NATO, des Pentagon und der von deutschen Konzernen dominierten EU als Vassall des US-Imperialismus in Jugoslawien und Afghanistan. Wenn sich hingegen jetzt die AfD-Spitze aktuellsten Kriegs- und Krisen-Unmut unter den bräunlichen Nagel reißt, ist das auch Folge linker Prinzipienlosigkeit. Aber damit wird es umso mehr demokratisches Gebot der Stunde,

sich von Weidel & Co verständlich und scharf abzugrenzen.

Meloni zeigt zudem gerade, wie hohl ihre (und auch Weidels) Rhetorik beschaffen war. Gegen die Fluchtursachen Krieg, NATO und EU-Militarismus, denen sich die Postfaschistin jetzt, angekommen an der Spitze Italiens, anbietet. Um gleichzeitig den Krieg gegen Flüchtlinge und das Elend der italienischen Werktätigen noch zu verschärfen.

Quelle: [nachdenkseiten](#)

**„Streitkraft Bundeswehr“:
Die AfD in der Tradition
des deutschen Militarismus**

[Vortrag](#) beim 26. Friedensratschlag 2019
des Netzwerks Friedenskooperative

Erklärung der bundesweiten Attac Arbeitsgruppe ‚Globalisierung und Krieg‘ Stoppt den Krieg

Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen jetzt!

7. Februar 2023 - [Flyer](#) -

Jeder Kriegstag in der Ukraine bringt mehr Tote und mehr Zerstörung. Die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen NATO und Russland wächst mit jedem Kriegstag bis zur Ausweitung zu einem Atomkrieg.

Wir fordern:

- Stopp der Eskalationsspirale. Diplomatie und Verhandlungen müssen wieder im Mittelpunkt der Politik stehen! Die Bundesregierung muss gemeinsam mit anderen internationalen Akteuren eine große diplomatische Offensive für Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen starten
- NEIN zur Logik des Krieges – JA zur Sprache des Friedens! Friedenslogik denkt von dem Ziel her, Frieden zu schaffen. Das bedeutet eine Krisendiplomatie auf Augenhöhe und die Bereitschaft zu Kompromissen.
- Keine Waffenlieferungen! Waffenlieferungen eskalieren und verlängern Kriege.
- Schluss mit der Sanktionspolitik! Nicht Oligarchen oder

Regierungen leiden darunter, sondern Menschen und andere Lebewesen weltweit.

- Neue Gespräche zur Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle zwischen USA und Russland!
- NEIN zum 100 Milliarden Aufrüstungspaket! JA zu einem Paket für Klima, Soziales, Gesundheit und Bildung!
- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland! Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung!
- Keine Abwälzung von durch Krieg und Sanktionen verursachte Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie auf die ohnehin wirtschaftlich Benachteiligten!
- Asyl für alle Kriegsdienstverweiger*innen - aus Russland, der Ukraine oder von anderswo!

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dieser Krieg hat eine lange Vorgeschichte. Dazu gehören die NATO-Osterweiterung und die Pläne zur Aufnahme der Ukraine in die NATO. Russland befürchtet dadurch eine Stationierung von US-Atomraketen in der Ukraine, die Moskau in 5 Minuten treffen könnten.

Erklärung der DFG-VK Bayern zum einjährigen Krieg in der Ukraine

3.2.2023 <https://www.no-militar.org/index.php?ID=49> [...] **Es gibt keinen gerechten Krieg!** [...]

Ziviler Widerstand - Nach Meinung der DFG-VK Bayern sollte der militärische Widerstand beendet und die Souveränität der Ukraine mit politischen, zivilen und gewaltfreien Mitteln verteidigt werden. Das schützt die Bevölkerung in der Ukraine und verhindert die weitere Zerstörung von Städten und der Infrastruktur. Wir erklären uns solidarisch mit allen BürgerInnen in Russland und der Ukraine, die friedlich gegen den Krieg ihrer Regierungen protestieren, und die sich dem Krieg durch Verweigerung entziehen wollen.

Für die Unterstützung von KriegsgegnerInnen und DeserteurInnen - Wir fordern die Bundesregierung auf, allen Flüchtenden, KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen, Asyl anzubieten und zu gewähren. Ukrainische und russische StaatsbürgerInnen, die sich dem Krieg entziehen wollen, müssen in Deutschland unbürokratisch Zuflucht erhalten.

Wir verurteilen die politische Verfolgung von KriegsgegnerInnen in Russland und der Ukraine. [...]

Geflüchtete Aufnehmen – gleiches Recht für alle.

Wir begrüßen die Politik der offenen Grenzen für Flüchtlinge aus der Ukraine. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Flüchtlinge, egal aus welchen Regionen der Erde, Schutz und Zuflucht erhalten.

Gegen Maßnahmen zur Verlängerung des Krieges

Wir wenden uns gegen die Lieferung von Waffen an die Ukraine!

[...] Durch die Waffenlieferungen werden Deutschland und die NATO schrittweise zu direkten Kriegsgegnern der atomar bewaffneten russischen Armee. So kann der derzeit noch begrenzte Krieg zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland eskalieren, mit der großen Gefahr, in einem Dritten Weltkrieg mit Atomwaffen zu enden.

Gegen Aufrüstung und Eskalation - Wir wenden uns gegen das 100-Milliarden-Euro-Waffenprogramm der BRD und die Erhöhung der jährlichen Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. [...] Wir wenden uns gegen die Beschaffung der F35-Kampfflugzeuge und gegen die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe. [...] Wir wenden uns gegen die Aufnahme neuer Staaten in die NATO, denn der Expansionskurs der NATO hat die Neutralität der Ukraine in Frage gestellt und trug zur Konfrontation mit Russland bei. Ebenso wenden wir uns gegen die Aufnahme der Ukraine in die EU, da diese zu einer Militärmacht entwickelt wird, die mit der NATO zusammenarbeitet.

Für zielgerichtete Sanktionen - Wir setzen uns für zielgerichtete Sanktionen ein, die die Fähigkeit der Kriegsparteien zur Kriegsführung unmittelbar beeinträchtigen, aber keine unverhältnismäßigen oder unabsehbaren Kollateralschäden aufseiten der Zivilbevölkerung verursachen. [...] Wir wenden uns gegen ein Öl- und Gas- Embargo, das in der Konsequenz die ökologischen Kosten unserer Energieversorgung erhöht (Fracking, Verflüssigung von Gas, Transport über die Ozeane), und von dem nur eine Handvoll multinationaler Energiekonzerne sowie die Oligarchen in den USA, Katar, usw. profitieren.

Für eine neue Entspannungspolitik - [...] Wir treten ein für eine Friedenskonferenz im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Sicherheit ist neu zu denken und in eine zivile Außenpolitik umzusetzen. Nur gemeinsam kann die Menschheit in Frieden überleben. Feindbilder müssen abgebaut und Vertrauen muss wiederhergestellt werden. Alle vermutlichen Kriegsverbrechen sind zu untersuchen und die Verantwortlichen sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof anzuklagen.

Bündnis (Attac DE, DFG-VK, Friedenskooperative, VVN u. a. m.) Stoppt das Töten in der Ukraine - für Waffenstillstand und Verhandlungen!

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der seit dem 24. Februar 2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt hat.

Abertausende von weiteren Menschen drohen diesem Krieg zum Opfer zu fallen. Der Schatten eines Atomkrieges liegt über der Welt. Dieser Krieg, wie alle anderen, konterkariert außerdem den Kampf gegen die Klimakrise. Es ist die Verantwortung und Pflicht der Staaten und Völker, der Gewalt Einhalt zu gebieten.

Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Wir erkennen ihr Recht auf Selbstverteidigung an. Wir stehen an der Seite derer, die die Logik des Krieges durchbrechen wollen, zum Beispiel durch zivilen Widerstand, gewaltfreie Aktionen, Desertion oder Kriegsdienstverweigerung. Alle Menschen, die sich dem Krieg entziehen möchten, müssen Schutz durch humanitäre Visa und Asyl finden.

Wir fordern:

- diplomatische Initiativen durch die deutsche Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und andere
- einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen
- den Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine
- alles zu tun, um einen Atomkrieg zu verhindern und den UN-Atomwaffenverbotsvertrag voranzutreiben sowie
- den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, um keine weitere Finanzierung des Krieges zu ermöglichen und die Klimakatastrophe abzuwenden.

Krieg bedeutet Tod, Gewalt, Flucht, Vergewaltigung und Folter für die unmittelbar Betroffenen. Er bedeutet auch Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Armut für die mittelbar Betroffenen, vor allem im Globalen Süden. Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben, militärische "Sondervermögen", Drohungen und weitere Eskalation dürfen keine Antworten darauf sein.

Und schließlich ist es auch hier, wie in jedem Krieg, essentiell, dass wir uns die Anteile westlicher Politik am Unfrieden bewusst machen, sie verurteilen und ihnen entgegenwirken. Die viel zu oft konfrontative Politik der NATO, die unfaire Wirtschafts-, Energie- und Handelspolitik und vor allem die massive Aufrüstung auf allen Seiten müssen ein Ende finden.

Sicherheit und Frieden für alle können nur gemeinsam und nicht gegeneinander erreicht werden. Das Völkerrecht muss dabei höher stehen als die Machtinteressen einzelner Staaten.

Stoppt das Töten in der Ukraine! Für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!



Werdet aktiv für eine friedlichere Welt!

Wir rufen für das Wochenende vom 24. bis zum 26. Februar 2023 zu gewaltfreien und vielfältigen Protesten für das Durchbrechen der Gewaltspirale, für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, gegen den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine und gegen das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung auf, mit dem Deutschland bald einen der größten Rüstungsetats der Welt hätte.

Wir sind ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und sind solidarisch mit allen Menschen, die sich gegen Krieg einsetzen. Wir laden alle Menschen ein, die sich gegen den Krieg und gegen Aufrüstung einsetzen möchten! Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen, die wissenschaftsfeindlich sind, die Journalist*innen angreifen, sowie Menschen und Gruppen, die Verschwörungsmythen anhängen und/oder diskriminierende Botschaften und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Sexismus verbreiten, eine Absage.

Weitere Infos unter www.stoppt-das-toeten.de.

Anna Jikhareva

Grün, digital, neoliberal: Die Ukraine als Versuchslabor

[...]Über den Wiederaufbau des kriegsversehrten Landes wurde Anfang Juli 2022 auf der „Ukraine Recovery Conference“ [2] am Luganer See in der Schweiz verhandelt. [...] zuverlässiger Partner fürs, dessen Vertreter*innen (des internationalen Kapitals) – vom Chemieriesen Novartis und dem Agrarkonzern Syngenta über die globalen Techkonzerne bis zu Beratungsfirmen wie PWC oder McKinsey – waren in großer Zahl nach Lugano gereist [...]

In Lugano gab EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekannt, die EU werde eine „Koordinationsplattform“ einsetzen, an der sich neben Staaten auch internationale Organisationen und private Kapitalgeber beteiligen können. „Den Lead haben wird aber die Ukraine“, versprach von der Leyen. Klar ist allerdings, dass sich das

Land, dem der Kandidatenstatus für den EU-Beitritt nur wenige Tage vor der Konferenz offiziell zugesprochen worden war, mit seinen westlichen Partnern sehr eng abstimmen muss – es ist schlicht finanziell abhängig. [...]

Zur Sprache kam auch das von Selenskyj angedachte Patentsystem: Einzelne Staaten, Gemeinden, aber auch Unternehmen sollen sich Projekte oder Regionen in der Ukraine aussuchen, deren Wiederaufbau sie dann finanzieren. Etwas konkreter wurde es dafür in einzelnen Bereichen, etwa bei der Energieversorgung. [...] Neben dem Ausbau der Kernenergie, den die ukrainische Atombehörde Energoatom gemeinsam mit dem US-Konzern Westinghouse vorantreiben will, soll der Anteil der erneuerbaren Energien steigen, sagte Energieminister Herman Haluschtschenko in Lugano: „Mein Ziel ist es, alle davon zu überzeugen, dass sich die

Ukraine als Versuchslabor für die besten neuen Technologien im Energiesektor eignet.“ Er verglich die Situation mit Rüstungskonzernen: Auch die würden in der Ukraine die Effizienz ihrer neusten Waffen zeigen wollen.[3]

Am Projekt „Recovery“ [...] war in Kiew zwei Monate lang gearbeitet worden. Gemäß der ukrainischen Ausgabe des Wirtschaftsmagazins „Forbes“ zählte dabei ausgerechnet Francis Fukuyama, der nach dem Zerfall der Sowjetunion das „Ende der Geschichte“ ausgerufen hatte, zu den prominentesten Berater*innen.[4] Ausgearbeitet wurde der Text laut „Forbes“ vom Reform Delivery Office, einem Expert*innengremium, das seit 2016 besteht, von der EU-Kommission und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mitfinanziert wird und dazu gedacht ist, die Regierung bei ihren Reformbestrebungen zu unterstützen. Eingeflossen sind aber wohl auch Überlegungen einer Gruppe namhafter internationaler Ökonomen wie dem US-Amerikaner Kenneth Rogoff, die im April eine „Blaupause für den Wiederaufbau“[5] mit einem ganzen Repertoire an Liberalisierungsmaßnahmen präsentierten. Flexiblere Arbeitsverträge und neue Arbeitsgesetze, großflächige Privatisierungsbestrebungen und die bevorzugte Vergabe von Krediten an den Exportsektor – einige dieser Empfehlungen der Expert*innen finden sich nicht nur in den Lugano-Prinzipien, sondern sind bereits Teil diverser aktueller Gesetzesprojekte. Die Sicht der Beschäftigten, die das Ziel dieser Maß [...] Repräsentant*innen ukrainischer Gewerkschaften suchte man auf der Konferenz vergeblich.

Deregulierung im Schatten des Krieges

Kürzungen, Sparmaßnahmen und eine neoliberale Agenda statt sozialer Gerechtigkeit: Diese Richtung hatte Kiew schon vor Jahren eingeschlagen. 2019 etwa hatte der damalige Premierminister Oleksi Hontscharuk ein neues Arbeitsgesetz angekündigt. [...] 2021 wurde bekannt, dass das britische Außenministerium Workshops organisiert hatte, in dem es dem ukrainischen Wirtschaftsministerium erklärte, wie sich die Wähler*innen am besten vom Nutzen neoliberaler Arbeitsgesetze überzeugen lassen.[7] Die Arbeitenden in der Ukraine gehören seit Kriegsausbruch nun allerdings zu jenen, die unter den brutalen Angriffen der russischen Armee am meisten leiden: Gemäß ukrainischen Angaben gehen 80 Prozent der Todesfälle am Arbeitsplatz auf diese zurück. Und laut Schätzungen der ILO haben der Krieg und seine Folgen rund 30 Prozent aller Arbeitsplätze vernichtet. [8] Dennoch wurden ihre Rechte durch die auf die Aggression folgende Ausrufung des Kriegsrechts eingeschränkt: Zurzeit sind Streiks verboten, das Arbeitsinspektorat kann etwaige Verstöße nicht mehr dokumentieren, weil es seine Besuche in den Betrieben eingestellt hat. Im öffentlichen Sektor können viele Löhne nicht mehr gezahlt werden, Hunderttausende, wenn nicht Millionen haben wegen der russischen Angriffe ihre Jobs verloren. In dieser Situation bleibt den Gewerkschaften für den Schutz ihrer Mitglieder nur wenig Raum.

Hinzu kommen Arbeitsmarktreformen, die zuvor unter anderem am Protest der Gewerkschaften gescheitert waren, nach Kriegsbeginn aber wieder aus der Schublade geholt wurden. [...] Nur wenige Wochen nach dem russischen An-

griff verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das unter anderem den Kündigungsschutz lockert und die maximale Arbeitszeit auf 60 Stunden pro Woche erhöht. Der größte Angriff auf die Rechte der ukrainischen Beschäftigten aber erfolgte am 19. Juli: Zum einen wurden sogenannte Nullstundenverträge erlaubt – eine radikale Form von Arbeit auf Abruf, bei der kein Anspruch auf eine Mindestarbeitszeit besteht und nur real erbrachte Leistungen vergütet werden. Zum anderen verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur „Vereinfachung der Arbeitsbeziehungen in kleinen und mittleren Unternehmen“, was rund 70 Prozent aller Angestellten betrifft. Sie werden künftig nicht mehr von den noch aus der Sowjetzeit stammenden nationalen Arbeitsgesetzen geschützt. Statt Kollektivverträgen sollen die Beschäftigten fortan individuelle Verträge mit ihren Arbeitgeber*innen abschließen, in denen dann jeweils auch Arbeitsbedingungen und Löhne definiert werden können.

[...] „Ultraliberale Zugeständnisse an die Arbeitgeber werden den Rückgang des Lebensstandards nur beschleunigen, nicht aber den Aufschwung der Wirtschaft fördern“, schreibt etwa die linke Basisorganisation Sozialnyi Ruch (Soziale Bewegung).[9] Kritik am Gesetz über die Individualverträge kam auch von der ILO, dem Sozial- und Wirtschaftsausschuss der UNO und europäischen Gewerkschaften. Letztere befürchten, es könnte „internationale Arbeitsstandards verletzen“. Anfang August richteten ukrainische Gewerkschaften deshalb einen Appell an den Präsidenten: [10] Das Gesetz werde zu Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führen, befürchten sie, weil die Arbeitgeber*innen unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit sowie unterschiedliche Bedingungen in Bezug auf Urlaubsregelungen oder Wochenendarbeit festsetzen könnten. Entsprechend breche das Gesetz das in der ukrainischen Verfassung festgelegte Recht auf Arbeit. Die Gewerkschaften riefen Selenskyj dazu auf, sein Veto gegen das Gesetz einzulegen. Genutzt hat der Widerstand allerdings kaum. [...]

[2] Ukraine Recovery Conference, Recovery Plan, www.urc2022.com/urc2022-recovery-plan.

[3] „Alle müssen heizen können“, www.woz.ch, 7.7.2022.

[4] Сергей Шевчук и Ольга Гордиенко, Операция «Лугано». Правительство представит украинский «план Маршалла» в Швейцарии. Кто и как пишет программу восстановления, www.forbes.ua, 29.6.2022.

[5] Center for Economic Policy Research, A Blueprint for the Reconstruction of Ukraine, www.cepr.org, 8.4.2022.

[7] Leaked documents show UK government supports anti-union labour reform Ukraine - undermining European Union policy, [Dokument von epsu](http://Dokument.von.epsu) 10.11.2021.

[8] ILO response to the Ukraine crisis, www.ilo.org.

[9] Трудова реформа стає ще небезпечнішою, www.rev.org.ua, 30.6.2022.

[10] Joint [Appeal by Ukrainian Trade Unions](http://Appeal.by.Ukrainian.Trade.Unions) Against Attack on Workers Rights, www.ukrainsolidaritycampaign.org, 5.8.2022.

[12] Anna Jikhareva und Kaspar Surber, Ein Staat als Start-up, www.woz.ch, 7.7.2022.

Aus: »Blätter« 9/2022, S. 99-104

German Foreign Policy Im Schatten des Krieges:

Kritik am antidemokratischen Umbau der Ukraine wächst im In- und Ausland: Mediengesetz hebt Medienfreiheit aus, Arbeiterrechte werden gestrichen, Kirche könnte verboten werden.

Frankreich

„Rente mit 64? Wir sagen nein!“



„Mit 64 Jahren sind schon 1/4 der Arbeiter tot!“

Foto: <https://www.cgt.fr/actualites/france/retraite/mobilisation/une-journee-historique-pour-lancer-la-lutte-contre-la-reforme-des-retraites>

In Deutschland und vielen anderen Ländern Europas arbeiten Regierungen seit Jahren daran, soziale Errungenschaften zum Nutzen des Kapitals abzubauen und zum Beispiel die Rentensysteme für die Betroffenen zu verschlechtern oder, besser gesagt, zu ruinieren. Der erste Versuch einer Rentenreform in Frankreich scheiterte 2019/20 am Widerstand weiter Teile der Bevölkerung („Sand im Getriebe“ [Nr. 135](#)).

Der zweite Versuch wurde vor kurzem gestartet und stößt auf noch größeren Widerstand.

Die Reform sieht unter anderem eine Erhöhung des Rentenalters von 62 auf 64 Jahre und eine unterbrechungsfreie Beitragszeit von mindestens 43 Jahren vor. Schon jetzt können viele Menschen wegen fehlender Beitragsjahre erst mit 67 Jahren in Rente gehen. Die angestrebten Veränderungen bedeuten demnach für viele Menschen eine massive Verschlechterung, sie sind „ungerechtfertigt und ungerecht“ (Attac Frankreich).

Am 19. und 31. Januar sowie am 7. und 11. Februar 2023 fanden in Frankreich Aktionstage statt, an denen sich verschiedenen Angaben zufolge 1,5 bis 2 Millionen Menschen beteiligten.

Die nächsten Aktionstage sind für den 16. Februar und 7. März 2023 geplant.

Alle Gewerkschaften kämpfen geschlossen gegen die Reform und rufen zu Streiks auf, von denen Verkehrsbetriebe, Schulen, Raffinerien und Energiekonzerne betroffen sind. Umfragen zufolge wird die Reform von 70 bis 80 Prozent der Befragten abgelehnt. Auch [Attac Frankreich](#) beteiligt sich an den Protesten.

Es wird zu **Spenden** für die Streikkasse gerufen.

Die SiG-Redaktion wird zeitnah berichten.

SiG-Dokumentation; Dossier bei Labournet

Vortrag „Starke Bewegungen und breite Bündnisse in Frankreich“ (2021) - [Willi Hajek](#) über Frankreich

Renten: Stoppen wir eine ungerechtfertigte und ungerechte Reform!

Die Regierung will die Verschiebung des gesetzlichen Rentenalters von 62 auf 64 Jahre mit einer Verlängerung der Beitragszeit auf 43 Jahre in einem beschleunigten Rhythmus von drei Monaten pro Jahr durchsetzen, unter dem Vorwand, dass das Rentensystem in Zukunft aus dem Gleichgewicht geraten wird und dass wir länger leben.

Diese Reform ist ungerechtfertigt, da es keinen finanziellen Notstand gibt und das Rentensystem nicht in Gefahr ist, wie der Bericht des Conseil d'Orientation des Retraites (COR) deutlich zeigt. Außerdem hat sich die Zeit im Ruhestand, auch wenn man etwas länger lebt, durch die Auswirkungen früherer Renten-„Reformen“ bereits um ein Jahr verkürzt.

Diese Reform ist ungerecht, denn sie wird die unteren Bevölkerungsschichten, die eine geringere Lebenserwartung haben, früher zu arbeiten begonnen haben und Berufe mit nicht anerkannter Härte ausüben, mit voller Wucht treffen. Sie wird die Zeit der Prekarität für viele ältere Menschen, die Schwierigkeiten haben, vor ihrer Pensionierung eine neue Arbeit zu finden verlängern und die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern verstärken. Sie wird zu einer weiteren Senkung der Renten führen.

Diese Reform ist undemokratisch, da Macron kein Mandat hat, sie durchzusetzen, denn während seiner Präsidentschaftskampagne 2022 waren drei Viertel der Franzosen (77 Prozent) der Meinung, dass die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre aus seinem Programm gestrichen werden sollte ... und Anfang Januar 2023 waren 80 Prozent gegen die Rente mit 64 Jahren.

Diese Reform ist eine Entscheidung für Ungerechtigkeit und sozialen Rückschritt, da es keine finanzielle Notwendigkeit dazu gibt. In Wirklichkeit wird bei den Renten gespart, um die Finanzierungslücke zu schließen, die durch die Steuergeschenke an die Reichsten entstanden ist!

Die Stärkung unseres Rentensystems setzt fortschrittliche Maßnahmen voraus: Erhöhung der Löhne, die durch die Inflation unter Druck geraten, kürzere Arbeitszeiten, eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen, eine bessere Berücksichtigung von Härtefällen und eine schrittweise Erhöhung der Beiträge.

Gemeinsam unterstützen wir ein anderes gesellschaftliches Projekt, das für Emanzipation, Gerechtigkeit und Solidarität steht: Lasst uns alle kürzer arbeiten, um besser zu leben!



„Weniger Profite, mehr Superrenten“

https://france.attac.org/IMG/pdf/tract_retraite_01_23_03.pdf

Analyse „Renten: weniger lange arbeiten, um besser zu leben!“

Das 1945 geschaffene umlagefinanzierte Rentensystem war ein großer sozialer Fortschritt, da es die Solidarität zwischen den Generationen bekräftigte und es den Menschen nach ihrem Berufsleben ermöglichte, schrittweise aus der Armut herauszukommen. Im Vergleich zu anderen Ländern bietet unser System mehr Schutz, da es den Rentnern im Durchschnitt einen Lebensstandard sichert, der dem der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht.

Aber seit Jahren arbeiten die aufeinanderfolgenden Regierungen akribisch daran, unser Rentensystem zu zerschlagen: Rentenkürzungen, Abbau der umlagefinanzierten Alterssicherung und Förderung privater Alternativen, d. h. des kapitalgedeckten Systems. Um dies zu erreichen, spielen sie die Karte der Dramatisierung des Defizits im Tonfall der ange-

kündigten Katastrophe. No alternative! Man müsste die Renten senken... um sie zu retten!

Die Defizite bedrohen jedoch keineswegs den Fortbestand des Systems, und sie sind auch nicht auf eine Ausgabenerhöhung zurückzuführen (Teil 1).

Heute versucht die Regierung von Emmanuel Macron, die finanzielle Notlage zu instrumentalisieren, um eine ungerechte Entscheidung zu rechtfertigen: die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre (Teil 2).

Eine solche Maßnahme würde zu den Wirkungen früherer Reformen, die das Rentensystem verschlechtert haben, noch hinzukommen (Teil 3).

Es gibt jedoch andere Optionen, um gerechte und nachhaltige Renten zu gewährleisten! (Teil 4)

Vollständiger Text in der [SiG-Dokumentation](#)

Sophie Binet, CGT

Diese Reform instrumentalisiert die Sache der Frauen

Seit der Vorstellung ihres Rentenreformprojekts behauptet die Regierung, dass es für Frauen von großem Nutzen wäre. Sophie Binet, eine führende Vertreterin des Gewerkschaftsbundes CGT und Leiterin des Kollektivs "Femmes-Mixité" innerhalb des Gewerkschaftsbundes, weist diese Argumentation Punkt für Punkt zurück.

Pierre Jequier-Zalc - 18. Januar 2023

<https://www.politis.fr/articles/2023/01/retraites-cette-reforme-instrumentalise-la-cause-des-femmes/>

Die Frauen. Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der geplanten Rentenreform am 10. Januar 2023 posante Élisabeth Borne diese Worte viermal aus. Immer mit demselben Ziel: die Idee zu propagieren, dass ihr Projekt den Frauen zugute kommen wird, die im Durchschnitt immer noch weitaus niedrigere Renten als Männer beziehen. Für Politis dekonstruiert Sophie Binet diese Argumentation und zeigt Wege auf, wie eine – diesmal wirklich – feministische Rentenreform aussehen könnte.

Heute sind die Rentenunterschiede zwischen Frauen und Männern immer noch sehr groß: 40 Prozent bei den eigenen Renten und 28 Prozent, wenn man die Witwen- und Witwerrenten mit einbezieht. Wie lässt sich ein solches Gefälle erklären?

Es ist das Ergebnis eines Zusammenwirkens mehrerer Faktoren. Dazu zählt natürlich die Lohnungleichheit. Die Berechnung des Rentenbetrags erfolgt auf der Grundlage der Beitragsdauer und des eingezahlten Betrags. Frauen zahlen jedoch einen geringeren Betrag ein als Männer, da sie im Durchschnitt 28 Prozent weniger verdienen.

Ihre Erwerbstätigkeitszeiten sind auch kürzer, weshalb sich die Rentenreform der Regierung negativ auf sie auswirken wird. Denn alle Reformen, die auf eine Verlängerung der Arbeitszeiten hinauslaufen, benachteiligen Frauen, da sie häufiger unvollständige Erwerbstätigkeitszeiten haben. Heute gehen 40 Prozent der Frauen mit einer zu geringen Beitragszeit in den Ruhestand.

Die Regierung versichert, dass sich diese Kluft verringern wird, insbesondere dank der Erhöhung des Mindestrentes um 100 Euro ...

Diese Erhöhung wird nur einen winzigen Teil des Problems lösen. Es sei daran erinnert, dass die Erhöhung des Mindestbeitrags seit 2003 gesetzlich vorgesehen ist ... ohne umgesetzt worden zu sein. Ich möchte hinzufügen, dass 1200 Euro brutto nur 100 Euro über der Armutsgrenze liegen. Dieser Betrag ist an eine vollständige Erwerbstätigkeitszeit gekoppelt. Und von den Rentnern, die weniger als 1000 Euro Rente beziehen, erfüllen 83 Prozent diese Bedingungen nicht, vor allem Frauen. Der Nutzen dieser Maßnahme ist für die Rentner*innen also marginal.

Gehen deshalb viele Frauen erst mit 67 Jahren und dem Alter, in dem der Abschlag aufgehoben wird, in Rente?

Genau. Dies ist bei 20 Prozent der Frauen der Fall. Das ist das Schlimme am Diskurs der Regierung: Man sollte sich darüber freuen, dass Frauen mit 67 Jahren in Rente gehen. Elisabeth Borne sagt uns hinter vorgehaltener Hand, dass die Regierung dieses Alter auf 69 oder 70 Jahre hätte verschieben können ... Toll, und warum nicht 80 Jahre?

Es ist ein Rückschritt, dass heute 20 Prozent der Frauen gezwungen sind, bis 67 zu arbeiten, weil sie keine vollständige Erwerbstätigkeitszeit vorweisen können. Die Zahl der Frauen, die bis 67 warten müssen, wird sogar noch steigen, da auch die Zahl der geforderten Beitragsjahre schneller steigt als erwartet. Das ist nicht einmal ein Status quo, sondern eine Verschlechterung.

Élisabeth Borne hat angekündigt, dass Elternzeit künftig bei Anrechnungszeiten berücksichtigt wird. Ist das nicht ein sozialer Fortschritt?

Das bedeutet in Wahrheit: „Ich gebe mit der einen Hand, was ich mit der anderen wieder nehme.“ Elternzeit wird mit bis zu vier Quartalen, also einem Jahr, als Anrechnungszeit berücksichtigt. Das ist aber genau das, was die neue Regelung an geforderter Zeit hinzufügt. Darüber hinaus wird das gesetzliche Rentenalter für diese Regelung um zwei Jahre angehoben. Nein, das ist wirklich kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt für lange Erwerbstätigkeitszeiten.

Auf ihrer Pressekonferenz betonte die Premierministerin mehrmals, dass die geplante Rentenreform der Regierung für Frauen von Vorteil sein würde. Wie haben Sie diese Argumentation aufgenommen?

Das ist eine Instrumentalisierung der Sache der Frauen. Da die feministischen Kämpfe große Fortschritte erzielt haben – und das ist gut so –, gibt es eine zunehmende Tendenz zum „Feminismus-Washing“, bei dem man glauben machen will, dass Maßnahmen, die entweder neutral oder schädlich für Frauen sind, in Wirklichkeit für sie vorteilhaft sind. Das ist nicht neu.

Bereits bei der vorangegangenen Rentenreform 2019 war Édouard Philippe auf sehr provokante Weise so vorgegangen: Er hatte erklärt, dass Frauen die großen Gewinnerinnen seiner Reform sein würden – was völlig falsch war und damals gründlich widerlegt wurde.

Diese Provokation war ein weiterer Motor für die Mobilisierung gewesen. Sie hatte die Rosies-Bewegung sowie den feministischen Streik am 8. März 2020 ausgelöst, der als „Mobilisierung der großen Gewinnerinnen“ bezeichnet

wurde, um die Regierung bei ihrem eigenen Spiel zu erwischen. Dies hatte der Mobilisierung eine sehr feministische Dimension verliehen.

Sind Frauen die großen Verliererinnen dieser Reform?

Es geht nicht darum, einen Wettbewerb der am stärksten Benachteiligten zu veranstalten, sondern zu sagen, dass diese Reform die Ungleichheiten in keiner Weise korrigiert, weder bei den Löhnen noch den Renten. Und dass sie die Situation der Frauen verschlechtern wird. Die Zahlen sind eindeutig: Von den 1950 geborenen Rentnerinnen und Rentnern war ein Drittel im Jahr vor ihrer Rente nicht mehr erwerbstätig – das gilt für 37 Prozent der Frauen und 28 Prozent der Männer.

Zwischen 55 und 65 Jahren erlebt man häufig, dass die Eltern pflegebedürftig werden, und man braucht Zeit, um sich um sie zu kümmern. Frauen, denen diese Aufgabe am häufigsten zufällt, wissen, dass sie, wenn sie nicht in Rente gehen, gezwungen sind, ihre Erwerbstätigkeit einzuschränken, um damit fertig zu werden.

Um dies zu korrigieren, hat die Regierung die Einführung eines „Seniorenindex“ nach dem Vorbild des 2018 eingeführten Index für berufliche Gleichstellung angekündigt, der die Unternehmen dazu verpflichtet, diesen Indikator für das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern in ihren Reihen zu veröffentlichen. Kann man mit einigen Jahren Abstand sagen, dass dieses Instrument wirksam ist?

Die Bilanz des Index für berufliche Gleichstellung ist katastrophal. Er hat keine Veränderung des Lohngefälles bewirkt, das immer noch bei 28 Prozent liegt. Dieser Indikator wurde maßgeschneidert, damit die Unternehmen fast vollständig den Sanktionen entgehen: 92 Prozent von ihnen weisen mehr als 75 von 100 Punkten auf. Ich möchte noch hinzufügen, dass die Problematik der älteren Beschäftigten mit der Problematik der besonderen Belastungen am Arbeitsplatz verwoben ist ...

Die Regierung hat angekündigt, dass sie bei einigen Kriterien für die besonderen Belastungen am Arbeitsplatz, die 2017 mit dem Amtsantritt von Emmanuel Macron zurückgenommen wurden, einige Änderungen vornehmen wird. Geht dies in die richtige Richtung?

Das ist sehr unklar. Keines der 2017 herausgenommenen Kriterien (anstrengende Körperhaltungen, Tragen schwerer Lasten, mechanische Vibrationen und chemische Risiken) wurde wieder in das persönliche Präventionskonto (C2P) aufgenommen. Für einige dieser Kriterien wird auf Branchenverhandlungen verwiesen. In seiner jetzigen Form ändert das Gesetz jedoch nichts an den vier Kriterien, die damals herausgenommen wurden, und nur die sehr hohen Gefährdungen werden berücksichtigt. Das Ergebnis: Das C2P kommt nur sehr wenigen Personen zugute, in Höhe von nur einigen Tausend Frühverrentungen. Und nur 25 Prozent der Begünstigten sind Frauen.

Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür?

Die gewählten Kriterien diskriminieren Frauen indirekt, da sie einen Teil der Belastungen in frauendominierten Berufen verschweigen, wie zum Beispiel das häufige Tragen schwerer Lasten. Die mit der Arbeit mit Menschen verbundene Belastung wird heruntergespielt: Wenn es darum geht, Menschen zu tragen oder ständig im Lärm von Kindern zu arbeiten, werden diese Belastungsfaktoren nicht im selben Maß berücksichtigt wie das Tragen von Materialien oder der Lärm von Maschinen.

Ein Teil der Belastungen in frauendominierten Berufen entfällt im Übrigen auf emotionale Belastungen. Frauenberufe haben sehr häufig mit Menschen zu tun, mit Menschen, die leiden, zum Beispiel im Bereich der Pflege und der Betreuung. Eine Krankenschwester hat eine um sieben Jahre geringere Lebenserwartung als der Rest der Frauen.

Seit etwa zehn Jahren ist ein relativer Rückgang der Arbeitsunfälle im Industriesektor zu verzeichnen, weil die Kämpfe es ermöglicht haben, die Prävention gegen Belastungen in diesen Sektoren teilweise zu verbessern. Im Gegensatz dazu explodieren die Arbeitsunfälle in den feminisierten Sektoren, insbesondere in den personenbezogenen Dienstleistungen. Und diese Explosion bleibt völlig außerhalb des Radars.

Welche wirksamen Maßnahmen würden es Ihrer Meinung nach ermöglichen, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern im Hinblick auf die Rente tatsächlich zu verringern?

Das erste Ziel, die Grundlage von allem, ist die Lohngleichheit. Die berufliche Gleichstellung würde die Ungleichheit bei der Rente verringern. Ein weiterer Vorteil ist, dass dadurch etwa 40 Jahre lang jährlich etwa sechs Milliarden Euro an zusätzlichen Rentenbeiträgen gezahlt würden. Das ist genau der Zeitraum, für den uns die Regierung eine finanzielle Katastrophe ankündigt. Lohngleichheit herzustellen ist einfach: Man muss nur die Unternehmen bestrafen, die diskriminieren.

Das zweite Ziel ist die Bekämpfung von Teilzeitarbeit. 2014 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Teilzeitarbeit mit weniger als 24 Stunden verbietet, aber es ist aufgrund der vielen Ausnahmeregelungen überhaupt nicht wirksam. Es muss ein abschreckendes System von Zusatzbeiträgen für alle Teilzeitbeschäftigten eingeführt werden, das Geld in die Kassen spült und den Frauen auf diesen Stellen den Zugang zu sozialen Rechten (Arbeitslosengeld, Rente ...) auf Vollzeitbasis ermöglicht.

Außerdem müssen Frauenberufe, die bei gleichwertiger Qualifikation schlechter bezahlt werden, aufgewertet werden. Um dies zu erreichen, ist die öffentliche Hand nicht hilflos: Viele dieser Arbeitsplätze befinden sich in ihrem Bereich, ein Großteil im öffentlichen Dienst, ein anderer in der Privatwirtschaft, aber mit Unternehmen – zum Beispiel privaten Pflegeheimen –, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Der Staat verfügt über direkte Handlungshebel. Es ist falsch zu sagen, dass der Staat nichts tun kann und dass es allein Sache der sozialen Akteure ist, die Frage zu regeln.

Was ist mit der Frage der Zeit und der Arbeitszeit?

Die Zeit von Frauen ist nicht die gleiche wie die Zeit von Männern. Frauen übernehmen immer noch 80 Prozent der Hausarbeit, und das spielt auf allen Ebenen eine Rolle: bei Teilzeitarbeit ebenso wie bei Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn, um ein Kind zu bekommen oder sich um eine pflegebedürftige ältere Person zu kümmern. Wir sagen, dass eine feministische Politik nicht darin besteht, die berufliche Laufbahn von Frauen an die von Männern anzugleichen. Schon jetzt ist die erforderliche Erwerbstätigkeitsdauer für Letztere manchmal unerreichbar: 32 Prozent gehen mit einer unvollständigen Erwerbstätigkeitsdauer in den Ruhestand!

Der Horizont kann also nicht die Verlängerung der Arbeitszeit sein, sondern im Gegenteil deren Verkürzung, die Frauen den Zugang zu einer Vollzeitstelle erleichtern und Männern mehr Zeit geben würde, sich um ihre Kinder und ihre Familie zu kümmern. Die letzte große feministische Reform des Arbeitsrechts war die 35-Stunden-Woche – auch wenn sich die häusliche Arbeitsteilung dadurch nicht wesentlich verbessert hat.

Dazu bedarf es gesellschaftlicher Reformen und einer Vergesellschaftung dieser Aufgaben. In der CGT setzen wir uns dafür ein, mit der 32-Stunden-Woche einen Schritt weiterzugehen. Darüber hinaus müssten die Mindestrenten angehoben werden. Derzeit erhalten 37 Prozent der Rentnerinnen und 15 Prozent der Rentner weniger als 900 Euro Nettorente.

Anfang Januar ergab eine Ifop-Umfrage für Politis, dass Frauen weitaus häufiger (um 14 Punkte) als Männer eine Rückkehr zum Rentenalter 60 befürworten. Wie erklären Sie sich das?

Das überrascht mich überhaupt nicht, denn Frauen sind ab 55 Jahren sehr herausgefordert, sich um pflegebedürftige ältere Menschen und Enkelkinder zu kümmern. Man muss aufhören zu sagen, dass Rentner*innen Kosten für unsere Gesellschaft verursachen. 40 Prozent der Kinder unter drei Jahren werden weder von einer Kindertagesstätte noch von einer Tagesmutter betreut. Diese Kinder werden sehr oft von den Großmüttern betreut. Das wird sich wahrscheinlich auch beim Streik am Donnerstag zeigen: Da viele Schulen geschlossen sein werden, müssen die Großeltern arbeiten.

In der Umfrage wurde auch festgestellt, dass Frauen viel entschlossener als Männer sind, sich dieser Reform zu widersetzen. Kann man mit einer eher weiblichen sozialen Bewegung rechnen, wenn auch die Vertretungen dieser Art der Mobilisierung immer noch eher männlich geprägt sind?

1995 interagierte die Bewegung gegen den Juppé-Plan mit der sehr starken Mobilisierung am für den Tag gegen sexistische und sexuelle Gewalt am 25. November 1995. Im Jahr

2010 war es das erste Mal, dass feministische Argumente im Rahmen einer Mobilisierung gegen die Renten so offen zutage traten. 2019, gegen die Reform von Édouard Philippe, geht man einen Schritt weiter mit den Rosies und der Demonstration am 8. März 2020, dem letzte Aktionstag, bevor die Regierung ihre Reform aufgibt. Es ist deutlich zu erkennen, dass diese feministischen Belange in den sozialen Bewegungen immer mehr integriert, sichtbar und aufgegriffen werden.

Die Tatsache, dass Frauen gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sind, ist nicht neu. Die Frage ist also nicht, ob sie präsent sind, sondern ob sie innerhalb der Mobilisierung sichtbar sind. Die am stärksten organisierten Bereiche mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad sind größtenteils männerdominierte Bereiche. Umgekehrt wirkt sich die Tatsache, dass 30 Prozent der Frauen in Teilzeit arbeiten, auch auf ihre Mobilisierungsmöglichkeiten aus.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in einer einschränkenden Sicht auf den Streik, die meiner Meinung nach falsch ist, da sie eine Form des Stellvertreterstreiks nährt, der nur dann wirksam wäre, wenn er das Produktionssystem blockiert. Da sich die Frauen eher auf den Dienstleistungssektor konzentrieren, werden sie die Auswirkungen ihres Streiks manchmal minimieren wollen.

Ein letzter Punkt erschwert ihre Mobilisierung. Da Frauenberufe einen sehr starken sozialen Zweck erfüllen, ist eine Art von Schuldgefühl zu beobachten, wenn sie streiken. Und das ist real! Wenn man einen Tag lang nicht arbeitet, wer kümmert sich dann um die Menschen, für die man verantwortlich ist? Eine Produktionslinie anzuhalten, bringt niemanden um. Die Betreuung von Kindern, Menschen in sozialen Schwierigkeiten oder älteren Menschen einzustellen, kann schwerwiegende Folgen haben. Es gibt also eine sehr starke Bremse aufgrund der Bedeutung ihres Berufs und ihrer Aufgabe.

Nach dem Treffen der Gewerkschaften zur Ankündigung des ersten Mobilisierungstages waren auf dem Foto der verschiedenen Gewerkschaftsvertretungen fast ausschließlich Männer zu sehen. Ist das nicht problematisch für die Sichtbarkeit von Frauen in sozialen Kämpfen?

Man darf die Bedeutung der Identifikation nicht herunterspielen. Deshalb ist die inklusive Schreibweise keine Spielerei, deshalb ist die Präsenz von Frauen in den Führungsetagen der Gewerkschaften nicht nur eine Frage des Images. Wenn man, wie die CGT, eine Klassen- und Massengewerkschaft sein will, die den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital organisiert, muss man in der Lage sein, Frauen und Männer gleichermaßen zu organisieren, und ihnen daher den vollen Platz in der Organisation einräumen.

Die Geschlechterfrage ist zentral, sonst werden die Frauen – die Hälfte der Bevölkerung – die Vergessenen bleiben.

Lunapark Nr.59:

200 Jahre Kapitalismus – was fliegt uns als nächstes um die Ohren?

Das Gewerkschaftsbündnis ruft zur Fortsetzung des Kampfes und zur Rücknahme des Projekts auf



[...] Diese Reform ist inakzeptabel und richtet sich gegen die Interessen der Bevölkerung. Sie täuscht sich nicht, denn noch bevor es auf die Straße ging, hatten bereits mehr als 600.000 Menschen die gewerkschaftsübergreifende Petition unterzeichnet.

Die Beschäftigten streben danach, bei guter Gesundheit und mit einem Rentenniveau, das ein Leben in Würde ermöglicht, in den Ruhestand zu gehen. Die Botschaft ist ganz klar: Die Regierung muss sowohl auf das Renteneintrittsalter 64 als auch auf die beschleunigte Erhöhung der Beitragsdauer verzichten.

Es gibt andere Lösungen, die leider mit einem Handstreich vom Tisch gewischt wurden.

Alle Gewerkschaften bekräftigen ihre Ablehnung der Reform und ihre Entschlossenheit, ein gerechtes Rentensystem zu schaffen, das auch durch eine andere Verteilung des Wohlstands finanziert wird.

Um diese erste massive Mobilisierung zu stärken und dauerhaft zu verankern, rufen die Gewerkschaften bereits jetzt

<https://syndicollectif.fr/lintersyndicale-appelle-a-continuer-la-lutte-et-au-retrait-du-projet/>

zu einem Tag des Streiks und der branchenübergreifenden Demonstration auf.

Die Gewerkschaften rufen die Bevölkerung zu einer massenhaften Unterzeichnung der [Petition](#) auf und zu einer Vervielfachung der Aktionen und Initiativen überall im Land, in den Betrieben und Dienststellen, an den Studienorten, auch durch Streiks, insbesondere um den 23. Januar herum, dem Tag, an dem das Gesetz im Ministerrat vorgestellt werden soll.

Sie rufen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Jugendlichen dazu auf, Vollversammlungen vorzubereiten, um über die Fortsetzung der Mobilisierung zu beraten. Und während die Regierung die Gewerkschaften dazu aufruft, verantwortungsvoll zu handeln und das Land nicht zu blockieren, bekräftigen wir, dass sie allein für diese Situation verantwortlich ist und sein wird, da neun von zehn Beschäftigten diese ungerechte und brutale Reform ablehnen. Wir sind vereint und entschlossen, die Rücknahme der geplanten Rentenreform zu erreichen [...]

Aktions- und Streiktage am 19. und 31. Januar, 7. und 11. Februar 2023

Nächste Aktionstage: 16. Februar und 7. März 2023:

<https://syndicollectif.fr/lintersyndicale-prete-a-durcir-le-mouvement/>



Fotos und kurze Berichte: [attac Frankreich 19.1.2023](#)

Attac Deutschland solidarisch mit dem Widerstand gegen Rentenpläne der französischen Regierung – [News 1.2.2023](#)

BAG Europa von Attac DE: [Solidaritätsadresse](#) an Gewerkschaften und Attac FR



<https://caisse-solidarite.fr/>

Streikkasse

damit wir die finanzielle Solidarität bis zum 7. März, dem Beginn der wiederkehrenden Streiks und der Blockade der Wirtschaft, effektiv organisieren können.

Die Kasse wird von Gewerkschaftsmitgliedern, Vereinen, u. a. m. getragen. Sie unterstützt die gewerkschaftlich organisierten UND nicht gewerkschaftlich organisierten Streikende.

Attac Frankreich

Einleitung zu der Broschüre „les bobards“ (= die Lügenmärchen)

Ambroise Croizat, einer der Hauptakteure beim Aufbau des Systems der sozialen Sicherheit ab 1945, sagte der Zeitung Libération: „**Der Ruhestand darf nicht mehr das Vorzimmer des Todes sein, sondern eine neue Etappe des Lebens.**“

Was uns Emmanuel Macron mit seiner neuen Rentenreform vorschlägt, ist, immer länger zu arbeiten, indem das gesetzliche Rentenalter angehoben wird (65 Jahre oder 64 Jahre mit einer beschleunigten Verlängerung der Beitragsjahre für eine abschlagsfreie Altersrente).

Der „neue Lebensabschnitt“ rückt immer weiter in die Ferne, obwohl eine gerechtere Verteilung des Wohlstands es ermöglichen würde, die Löhne zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen und so ein Beitragsvolumen zu erzielen, das zum Gleichgewicht im Rentensystem beiträgt. Das Renteneintrittsalter zu erhöhen ist dann nicht mehr notwendig!

Im Gegensatz zu dem mit den Reformen seit Ende der 1980er Jahre verkündeten Ziel, das Rentensystem

finanziell im Gleichgewicht zu halten, sprengte die Reform, die Präsident Macron 2019 durchsetzen wollte, die Architektur des Systems (Berechnung der Renten nach den Jahresbeiträgen in den Grundsystemen, Pluralität der Rentensysteme, starke Verringerung der Solidarität usw.), indem sie auf eine universelle Rente nach Punkten umgestellt werden sollte.

Während seiner Kampagne 2017 sagte Emmanuel Macron: „Das Rentenproblem ist kein Finanzierungsproblem mehr“, und zur Rechtfertigung der Reform wurden also die Argumente der Gerechtigkeit und der Transparenz vorgebracht. Der starke Widerstand gegen die daraus resultierenden Rentenkürzungen sowie die Corona-Pandemie haben dieser Reform den Garaus gemacht. (1)

Im Jahr 2022 ist zur Rechtfertigung der geplanten Anhebung des gesetzlichen Rentenalters von Gerechtigkeit nicht mehr die Rede. Mehrere Argumente wurden abwechselnd von Emmanuel Macron und seiner Regierung vorgebracht. Zunächst wurde das Gespenst der finanziellen Gefährdung des Rentensystems benannt.

Dann wurde die Reform mit den Einsparungen gerechtfertigt, die zur Finanzierung anderer Projekte (Bildung, Gesundheit, Energiewende) oder zur Verbesserung der Renten, insbesondere der kleinen Renten, verwendet werden können.

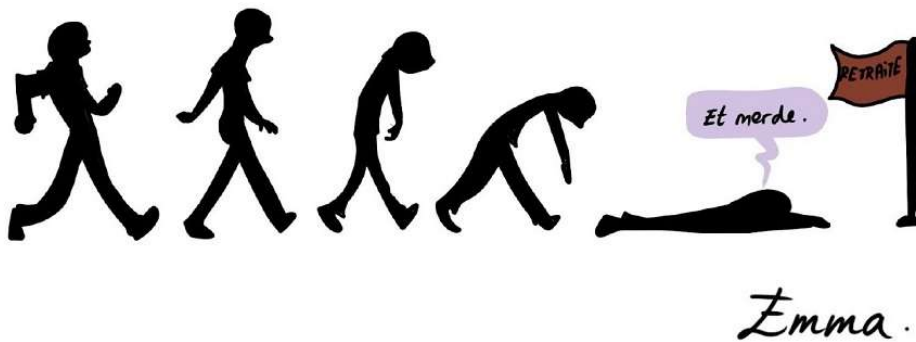
Schließlich wurde das Argument „Wir haben nicht mehr die Mittel, um das Rentendefizit zu finanzieren“ immer wieder hervorgeholt.

Die Weigerung der Regierung, die Beiträge oder Steuern zu erhöhen, zeigt deutlich, dass das Ziel der Reform nicht ein ausgeglichenes Rentensystem ist, sondern die Senkung der Renten und damit der Staatsausgaben.

Um die bittere Pille der Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters und/oder der beschleunigten Verlängerung der Beitragsdauer für eine Vollrente zu versüßen, wird eine bessere Berücksichtigung von Härtefällen und langen Erwerbstätigkeitszeiten sowie eine Geste zugunsten von Kleinrenten angekündigt, mit der die Mindestrente auf 1100 Euro für eine vollständige Erwerbstätigkeitszeit angehoben werden soll. Die Bindung der Renten an die Inflation soll ebenfalls wieder aufgenommen werden.

Macrons Arbeitsgesetz von 2017 schloss jedoch die Berücksichtigung von vier wichtigen Härtefaktoren (manuelle Handhabung von Lasten, anstrengende Körperhaltungen, mechanische Vibrationen und gefährliche chemische Arbeitsstoffe) aus.

Was das Versprechen von 1100 Euro betrifft, so liegt es unter dem im Gesetz von 2003 für 2008 festgelegten Ziel einer Mindestrente von 85 Prozent des SMIC-Nettoeinkommens (bei vollständiger Erwerbstätigkeitszeit), also 1129,70 Euro im Jahr 2022! Minister Dussopt muss dies bemerkt haben, denn er spricht nun davon, „über 1100 Euro hinauszugehen“! Darüber hinaus betrifft diese Ankündigung weder die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner noch die kleinsten Renten, die aus unvollständigen Erwerbstätigkeitszeiten resultieren, von denen in erster Linie Frauen betroffen sind. Was ist das Versprechen wert, die Renten wieder an die Inflation anzupassen, wenn die Rentenerhöhung im Juli 2022 unter der Preissteigerung liegt? Diese Versprechungen sind daher irreführend. Darüber hinaus ist die Abschaffung der Sonderregelungen immer noch im Visier. Da 70 Prozent der Franzosen gegen die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters sind, versuchen Macron und seine Regierung, die Reform mit Lügengeschichten durchzusetzen.



(1) Berichte dazu in SiG 135; zu früheren sozialen Kämpfen und zur Kritik an Macrons Politik: SiG 125, 128, 130, 131,132

[Link zur Broschüre von Attac Frankreich](#)

----- Sand im Getriebe **Nr. 149** 16.Februar 2023 Seite **25** -----

Alternatiba

Die drei wichtigsten ökologischen Gründe für eine Mobilisierung gegen die Rentenreform

Die von der Regierung vorgelegte Rentenreform verstärkt nicht nur die Zunahme sozialer Ungleichheiten, sondern ist auch ein klimaschädliches Projekt und steht im Widerspruch zum Gang der Geschichte. Wir fordern ihre Rücknahme und rufen dazu auf, sich massiv der allgemeinen Mobilisierung am Donnerstag, den 19. Januar 2023, und allen folgenden Tagen anzuschließen!

Hier sind die drei wichtigsten ökologischen Gründe, warum Sie mit uns auf die Straße gehen sollten!

1. Diese Reform folgt einer produktivistischen Logik, die uns in eine Sackgasse führt

Die Erhöhung der Arbeitszeit, die diese Reform erzwingt, wird automatisch zu einer Steigerung der Produktion führen. Mehr zu produzieren bedeutet, die natürlichen Ressourcen und die Ökosysteme im Allgemeinen noch stärker auszubeuten, und das widerspricht dem, was die Wissenschaftler des IPCC empfehlen!

Vor dem Hintergrund der Klimakrise ist es absolut dringend und notwendig, eine globale Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern und unser Verhältnis zur Arbeit generell zu überdenken. [<https://et-si.alternatiba.eu/travailler/>]

2. Diese Reform schwächt arme Bevölkerungsgruppen noch mehr

Eine Verlängerung der Arbeitszeit durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters bedeutet eine Verkürzung der Lebenszeit bei guter Gesundheit. Mit 65 Jahren sind 23 Prozent der Ärmsten bereits tot! [[64anscestnon](#)]

Und im Gegensatz zu dem, was uns die Regierung glauben machen will, besteht auch die Gefahr, dass diese Reform zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit für Menschen am Ende ihres Berufslebens führt und sie für weitere Jahre in eine Abwärtsspirale des verzweifelten Wartens auf die Rente verstrickt.

Angesichts der Auswirkungen des Klimawandels sind nicht alle Menschen gleich. Gerade ältere Menschen gehören zu den am stärksten gefährdeten Gruppen. Anstatt den schwächeren Menschen dabei zu helfen, sich an die aktuelle Klimakrise anzupassen, wird die Reform sie noch mehr gefähr-

Forderungen – nicht nur der Gewerkschaft CGT:
15 Euro/Stunde
32 Stunden-Woche
Rente mit 60 Jahren



den und ihre Fähigkeit, mit der Krise umzugehen, weiter einschränken. [[notreaffaireatous](#)]

3. Diese Reform fördert die kapitalgedeckte Altersvorsorge.

Durch die Schwächung der künftigen Renten wird diese Reform die Reichsten dazu ermutigen, individuelle Zusatzrenten aufzubauen, um ihre Renten aus der umlagefinanzierten Rente zu ergänzen. Diese Art der kapitalgedeckten Altersvorsorge erfolgt hauptsächlich durch Immobilien- oder Finanzanlagen, die sehr oft bei großen multinationalen Banken oder privaten Pensionskassen getätigt werden, die massiv die fossile Energieindustrie und die umweltschädlichsten Projekte auf der ganzen Welt finanzieren.

[[Amis de la terre](#)]

Anstatt es also weiter zu zerschlagen, ist es zwingend notwendig, das Rentensystem zu konsolidieren, um den Rückgriff auf private Ansparverfahren und die Finanzierung fossiler Energien einzuschränken.

Für den Fall, dass der Wille der Regierung darin besteht, Einsparungen vorzunehmen, um die Stärkung unserer Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit gegenüber ökologischen Krisen zu finanzieren, hat der Bürgerkonvent für das Klima (convention citoyenne pour le climat) bereits starke Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit [vorgeschlagen](#) (Einführung von Steuern auf bestimmte umweltschädliche Produkte, [hier](#) und [hier](#), oder eine ihren Gewinnen entsprechende [Beteiligung](#) der Unternehmen an den kollektiven Anstrengungen), um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Aus all diesen Gründen lehnen wir diese Reform entschieden ab und fordern, dass sie ohne Zugeständnisse schlicht und einfach abgeschafft wird. Gehen wir alle gegen diese ungerechte und klimaschädliche Reform auf die Straße!

Weitere klimapolitische Argumente gegen diese Reform können Sie auch in zwei Texten nachlesen, die auf Reporter veröffentlicht wurden ([hier](#) und [hier](#)).

Quelle: [Alternatiba](#)

Vincent Gay

Die Verteidigung unseres Rentensystems, ein ökologischer und sozialer Kampf

Montag, 30. Januar 2023

Während alle Gewerkschaften gegen Emmanuel Macrons Rentengegenreform sind, kommt die Unterstützung für die Mobilisierungen der Beschäftigten auch aus anderen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere von Umweltverbänden und -bündnissen, von Greenpeace (1) bis zu „Soulèvements de la Terre“ – „Aufstände der Erde“ – (2).

Für die Vereinigung Attac, die seit langem versucht, eine Allianz zwischen Ökologie und Sozialem zu fördern, und sich immer stark gegen die Zerstörung der umlagefinanzierten Rente eingesetzt hat, ist diese Unterstützung eine sehr gute Nachricht. Sie zeugt von einer willkommenen Ausweitung der Mobilisierung!

Wie alle Gegenreformen seit den 1990er Jahren ist auch die von der Regierung Emmanuel Macrons eingeleitete Reform keine einfache Anpassung der Regeln des Rentensystems. Sie entwirft ein Gesellschaftsprojekt, das auf längere Arbeitszeiten und eine stärkere Ausbeutung der Natur abzielt. Die Frage der Klimakrise ist in den Reihen der Demonstranten und im kollektiven Bewusstsein zunehmend präsent. Es geht also darum, die Mobilisierung gegen Emmanuel Macrons Vorhaben zu einem ökologischen und sozialen Kampf zu machen, im Namen der zwei Dimensionen desselben antiproduktivistischen Imperativs, der Verteidigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Verteidigung des Lebens. Einige Argumente für diese Marschrichtung werden hier vorgestellt.

Eine produktivistische Logik

Da der Anteil der Rentnerinnen und Rentner an der Bevölkerung steigt, muss der Anteil des Reichtums, der für die Renten aufgewendet wird, steigen, wenn man ein akzeptables Rentenniveau aufrechterhalten will. Die Regierung weigert sich jedoch, diesen Anteil zu erhöhen, der auf willkürliche 14 Prozent des BIP festgelegt wurde. Daher werden nur zwei Optionen in Betracht gezogen: entweder das Rentenniveau zu senken oder das BIP zu erhöhen oder etwas von beidem.

Das Wirtschaftswachstum wird dann zu einer Variablen zur Aufrechterhaltung des Rentenniveaus. Dabei sind die ökologischen Schäden bekannt, die durch die Besessenheit vom Wirtschaftswachstum und damit von der Güterproduktion im 20. Jahrhundert und bis heute angerichtet wurden, was der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) 2022 noch einmal unterstrichen hat. (3)

Diese Ausrichtung kehrt jeder Perspektive der Genügsamkeit und der Verringerung der Entnahme und Schädigung natürlicher Ressourcen den Rücken. Die Ausrichtung der Regierung bleibt in einer produktivistischen Logik gefangen, in der die Zunahme der Arbeit als Ware ein wichtiges Ziel bleibt, obwohl es dringend notwendig ist, auf eine Ver-

kürzung der Arbeitsdauer hinzuarbeiten und das Verhältnis zur Arbeit im Kontext der Klimakrise zu überdenken.

Mehr arbeiten, um immer mehr auszubeuten

Die Erhöhung der Arbeitsdauer wird in erster Linie die am stärksten prekarierten Beschäftigten und diejenigen mit den beschwerlichsten Berufen belasten. Während die Lebenszeit, die bei guter Gesundheit verbracht wird, sinkt (66 Jahre für Frauen, 64 Jahre für Männer), wird die Erhöhung des Renteneintrittsalters einen Großteil der Bevölkerung schwächen, insbesondere wenn sie körperlich anstrengende Berufe ausüben oder mit gefährlichen Substanzen arbeiten oder den Witterungsbedingungen direkt ausgesetzt sind. Bei früheren Hitzewellen hat sich gezeigt, dass Arbeiter im Baugewerbe oder in anderen im Freien ausgeübten Berufen, die den Körper bereits belasten, stark unter den steigenden Temperaturen leiden. Die Situation dieser Arbeitnehmer wird sich mit zunehmendem Alter verschlechtern, wodurch die Lebenszeit, die sie bei guter Gesundheit verbringen, weiter sinken könnte. Folglich sollte die Arbeitszeit in den Jahren vor dem Ruhestand verkürzt werden, um zu verhindern, dass sich die Arbeitnehmer in den letzten Jahren ihres Arbeitslebens verschleifen. Ebenso ist es notwendig, die Anerkennung von Belastungen und Berufskrankheiten zu verbessern, ganz im Gegensatz zu den Macron-Verordnungen von 2017, die vier Faktoren aus dem Belastungskonto gestrichen haben (schwere Lasten, anstrengende Körperhaltungen, mechanische Vibrationen und chemische Risiken).



„Mit dieser Reform werden die Kanalarbeiter auf der Arbeit krepieren! [Reporterre](#)“

Die Verlängerung der Arbeitszeit steht im Widerspruch zu dem Ziel, die Arbeitszeiten aufzuteilen und zu verkürzen. Nun ist die Zivilisation, die die Ausbeutung der lebendigen Arbeit zum Kern hat, dieselbe, die sich auf die Ausbeutung der Natur gestützt hat. Wie die Alliance Ecologique et Sociale (4), an der Attac beteiligt ist, betont, sollte die Dring-

lichkeit jedoch beim ökologischen Übergang liegen und nicht bei der Zerschlagung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn bei den Arbeits- und Rentenreformen stellt sich die grundlegende Frage der Gesellschaftsordnung.

Soll die Lohnarbeit ständig ausgeweitet werden, selbst auf die Gefahr hin, dass sich die Lebenszeit, die bei guter Gesundheit verbracht wird, verkürzt? Oder soll nach einem Arbeitsleben eine Befreiung von der Arbeit gefördert werden, die aus dem Ruhestand ein wesentliches Moment innerhalb der Gesellschaft macht? Lange Zeit war der Ruhestand eine kurze Ruhephase zwischen dem Ende der Erwerbstätigkeit und dem Tod. Später, mit der Rente mit 60 und der Verlängerung der Lebenszeit, wurde er dann zu einem sehr wichtigen Lebensabschnitt zugunsten des Engagements an der Seite anderer, für seine Angehörigen, in Vereinen, insbesondere im Dienste des Schutzes der Ökosysteme, für die Solidarität etc.

Dass Menschen zwei weitere Jahre bis zur Erschöpfung arbeiten sollen, führt zur Einengung solcher Möglichkeiten, wo heute ein Viertel der 65-Jährigen Mitglied in einem oder mehreren Vereinen ist.

Zukunftsinvestitionen nicht zu finden

Eines der Argumente der Regierung ist, dass bei den Renten gespart werden müsse, um in Projekte zum allgemeinen Wohl zu investieren, insbesondere in den ökologischen Übergang. Die gesamte Politik Emmanuel Macrons zeigt jedoch, dass die Investitionen zur Erhaltung der Ökosysteme und zur Förderung der ökologischen Wende bei weitem nicht ausreichen. Beispielsweise bestand das Konjunkturprogramm von 2020 vor allem aus einer Unterstützung der Unternehmen, einschließlich der größten, von denen nicht alle Liquiditätsprobleme hatten, in Höhe von 20 Milliarden Euro, einem Fünftel des Programms, das für die Senkung der „Produktionsabgaben“ verwendet wurden.

Diese Steuersenkung war bereits vor der Covid-Krise in der Planung und ist eine schon lange bestehende Forderung des MEDEF. Diese Hilfen sind an keinerlei soziale oder ökologische Auflagen geknüpft. Und von den 100 Milliarden Euro betreffen nur etwa zehn Milliarden Euro soziale und ökologische Belange (im Gesundheitswesen und bei der thermischen Sanierung von Wohnungen).

Was die sogenannte Wende in der Landwirtschaft betrifft, so betrug die Haushaltsanstrengung nur vier Prozent der Gesamtfinanzierung. Seit 2020 hat die Regierung diesen Kurs beibehalten und jede steuerliche Maßnahme abgelehnt, die der ökologischen Wende förderlich wäre, insbesondere eine Steuer auf Superprofite.

Der bevorstehende Raubzug der Finanzwelt bei den Renten

Der Angriff auf das umlagefinanzierte Rentensystem wird den Rückgriff auf kapitalgedeckte Maßnahmen fördern, um die fehlenden Einnahmen zu kompensieren. Zwar werden

diese Maßnahmen heute von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kaum genutzt, aber die Steuererleichterungen sollen uns dazu bringen, sie in Anspruch zu nehmen (Anstieg der kapitalgedeckten Renten um 20 Prozent zwischen der Verabschiedung des PACTE-Gesetzes von 2019 und heute).

Abgesehen davon, dass ein solches System ungleich (es ist nicht für jeden Geldbeutel zugänglich) und riskant ist, weil es auf nicht immer zuverlässigen Investitionen beruht, begünstigt es die Finanzierung umweltschädlicher Industrien. Laut der NGO Reclaim Finance hat keiner der großen Akteure in diesem Bereich der Finanzierung der Altersvorsorge (Amundi, BNP Paribas AM, Crédit Agricole Assurances, Generali, AXA IM) den fossilen Industrien den Rücken gekehrt.

Die kapitalgedeckte Altersvorsorge ist besonders stark in Ländern, in denen solidarische Rentensysteme (wie das Umlageverfahren) schwach sind und die Finanzialisierung der Altersvorsorge entwickelt ist. Der Fall von **BlackRock** ist symptomatisch für diesen Trend: Zwei Drittel seiner Vermögenswerte sollen mit Ansparungen für den Ruhestand verbunden sein, und über 85 Milliarden US-Dollar an Investitionen waren 2021 für Unternehmen im Kohlesektor bestimmt.

Eben dieses Unternehmen hat die französische Regierung seit 2017 mit offenen Armen empfangen. Und selbst wenn es sich um Investitionen in grüne Finanzen handelte, könnte es sich nur um eine Täuschung handeln; eine Untersuchung von Le Monde im November letzten Jahres zeigt, dass fast die Hälfte der „supergrünen“ Fonds in fossile Energien oder die Luftfahrt investiert.

Schlussfolgerung

Die sehr starke Mobilisierung gegen eine neue Rentenreform verdeutlicht das gemeinsame Bewusstsein, dass wir es mit einem Gesellschaftsprojekt zu tun haben, das den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Rücken kehrt und Teil eines zerstörerischen Projekts für den Planeten ist.

Ein solches Projekt erfordert Widerstand und Alternativen, die einen Ausstieg aus dem Produktivismus ermöglichen, wofür ein anderer Ansatz für das Rentensystem verteidigt werden muss, der auf einer starken Verringerung der Ungleichheiten und dem Ziel einer lebenslangen Arbeitszeitverkürzung (sowohl wöchentlich als auch am Ende des Berufslebens) beruht, um der permanenten Steigerung der Produktion ein Ende zu setzen.

- (1) <https://www.greenpeace.fr/reforme-des-retraites-pourquoi-question-ecologie/>
- (2) <https://lessoulevementsdelaterre.org/blog/les-soulevements-de-la-terre-contre-la-reforme-des-retraites>
- (3) <https://ipbes.net/>, <https://www.de-ipbes.de/>
- (4) <https://alliance-ecologique-sociale.org/>

Aufstand gegen Tories

Massenstreiks in Großbritannien: Lehrer, Lokführer, Beamte und viele andere legen im Kampf um höhere Löhne die Arbeit nieder

Von Dieter Reinisch
2.2.2023 – Es war der größte Streiktag in Großbritannien seit mehr als einem Jahrzehnt: Am 1. Februar haben landesweit Hunderttausende Lehrkräfte, Lokführer und Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Kampf um höhere Löhne ihre Arbeit niedergelegt. Gleichzeitig organisierte der Gewerkschaftsverband TUC einen Aktionstag gegen das Antistreikgesetz. Mit diesem Gesetz, das am Mittwoch in dritter Lesung vom Unterhaus angenommen wurde und nun weiter im House of Lords diskutiert wird, will die konservative Regierung in Zukunft Arbeiter zwingen, Streikposten zu verlassen. Weigern sie sich, dies zu tun, droht die Kündigung.

In einer Aussendung schrieb der TUC am Morgen des Aktionstags: »Da die Krise der Lebenskosten weiterhin Beschäftigte überall trifft, müssen wir in der Lage sein, zusammenzustehen und zu streiken, wenn es nötig ist.« Anstatt die Inflationskrise anzugehen, greife Premierminister Rishi Sunak »unsere grundlegendsten Rechte an«, so der Gewerkschaftsverband, der die Kampagne weiterführen will, bis das Gesetz zurückgezogen wird. Klagen vom TUC und einigen Einzelgewerkschaften sind bereits in Vorbereitung, doch entgegen einer ersten Stellungnahme vom Januar plant der TUC nun vermehrt Proteste: »Die Kampagne zum Schutz unseres Streikrechts endet nicht hier. Es ist noch Zeit, dieses Gesetz abzuschaffen. Aber das geht nur, wenn wir auf die Straße gehen.«

In den vergangenen Wochen hatten mehrere Einzelgewerkschaften den TUC zu mehr Militanz gedrängt. So hatte die Feuerwehrgewerkschaft FBU bereits am 9. Januar einen Generalstreik gefordert, um das Vorhaben zu Fall zu bringen. Die Feuerwehrleute sind vom Antistreikgesetz als eine von sechs Berufsgruppen direkt betroffen. In den kommenden Wochen werden sie deshalb erstmals seit 2003 streiken. Insgesamt gingen am Mittwoch mindestens eine halbe Million Arbeiter in den Ausstand, darunter bis zu 200.000 Lehrer und über 100.000 Mitglieder der Beamtengewerkschaft PCS in Ministerien und an den Grenzkontrollen. Laut Lehrgewerkschaft NEU waren 85 Prozent der Schulen sowie alle Universitäten, bei denen 70.000 Angestellte die Arbeit niederlegten, von der Arbeitsniederlegung betroffen. Außerdem fanden in ganz Großbritannien mehr als 80 Kundgebungen gegen das Antistreikgesetz statt.

Neben den Streiks der Lehrer führten insbesondere die Arbeitsniederlegungen der Lokführer zu erheblichen Beeinträchtigungen des Alltags. Bei den letzten Streiks der Lokführergewerkschaft ASLEF fielen über 90 Prozent der Verbindungen aus. Nach gescheiterten Verhandlungen sei eine Einigung nun »weiter entfernt als noch zu Beginn«, erklärte ASLEF-Generalsekretär Mick Whelan am Mittwoch gegenüber *PA News*. Auch die RMT-Lokführer schlossen sich den Arbeitskampfmaßnahmen an, wodurch alle Bahngesellschaften in England und die meisten in Wales und Schottland von den Streiks betroffen waren.

Die Aktionen werden in den kommenden Tagen mit derselben Intensität weitergehen. Am 6. und 7. Februar wird etwa im Gesundheitssystem NHS die Arbeit niedergelegt. In der ersten Februarwoche werden über 1,5 Millionen Menschen an den Arbeitskämpfen teilnehmen.

Derweil steigt in der Bevölkerung die Zustimmung für die Streiks. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov, die die *New York Times* am Mittwoch veröffentlichte, unterstützt die Mehrheit der Briten die kämpfenden Arbeiter. 66 Prozent befürworten sogar die geplanten Streiks im Gesundheitswesen. - [Jungewelt](#)

„Am Dienstagmorgen meldete der britische Ölkonzern BP, dass er im zweiten Quartal dieses Jahres einen Gewinn von fast sieben Milliarden Pfund (8,3 Milliarden Euro) gemacht hat; es ist der höchste Profit seit 14 Jahren. Wenig später berichtete das Forschungsinstitut National Institute of Economic and Social Research, dass die Inflation in Großbritannien noch vor Jahresende elf Prozent erreichen werde – nächstes Jahr werde die Teuerung in »astronomische Höhen« klettern. Millionen der ärmsten Haushalte werden davon am stärksten getroffen werden, schreibt das Institut. Dies ist der Hintergrund, vor dem die derzeitige Streikwelle in Großbritannien zu verstehen ist: Exorbitante Profite auf der einen Seite, eine tiefe und sich verschlimmernde soziale Krise auf der anderen...“

Peter Stäuber vom 05.08.2022 im ND online:

In Großbritannien ereignete sich ein Überfall auf ein Asylbewerberhotel in Knowsley/Liverpool

London. Nach Zusammenstoßen vor einer Unterkunft für Asylsuchende in Merseyside im Nordwesten Englands hat die Polizei 15 Menschen festgenommen, darunter einen Jugendlichen. Nach Polizeiangaben war ein rechter Mob vor ein Hotel gezogen, in dem Asylsuchende untergebracht sind, und dort mit Gegendemonstranten zusammengestoßen. Ausgelöst worden sei der Aufmarsch durch rassistische Falschmeldungen in sozialen Medien. Die Rechten hätten Feuerwerkskörper auf Polizisten geworfen und ein Polizeiauto angezündet. Drei Personen seien leicht verletzt worden, darunter ein Polizist. (AFP/[jW](#))

Dazu der Gewerkschafter und Sozialdemokrat

Jeremy Corbyn auf Twitter @jeremycorbyn vom 11. Feb. 23 - Die schrecklichen rechtsextremen Ausschreitungen in Knowsley zeigen, was passiert, wenn die Regierung vor einer "Invasion" warnt und Flüchtlinge dämonisiert.

Und es ist das, was passiert, wenn diese Rhetorik nicht als der abscheuliche Hass herausgefordert wird, der sie ist. Meine Gedanken sind bei diesen verängstigten Seelen, die nur versuchen zu überleben.

(Mehr über Großbritannien Ende März in SiG 150)

Klimagerechtigkeit

Völker des Südens

Manifest für eine ökosoziale Energiewende

Ein Appell an Regierungen, Institutionen und unsere Brüder und Schwestern

Über zwei Jahre nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie - und nun parallel zu den katastrophalen Folgen der russischen Invasion in der Ukraine - ist eine "neue Normalität" entstanden. Dieser neue globale Status quo spiegelt eine Verschärfung verschiedener Krisen wider: soziale, wirtschaftliche, politische, ökologische, biomedizinische und geopolitische Krisen.

Der ökologische Zusammenbruch rückt näher. Der Alltag wird immer stärker militarisiert. Der Zugang zu guten Lebensmitteln, sauberem Wasser und erschwinglicher Gesundheitsversorgung wird immer mehr eingeschränkt. Immer mehr Regierungen sind autokratisch geworden. Die Reichen sind noch reicher geworden, die Mächtigen noch mächtiger, und die unregulierte Technologie hat diese Trends nur noch beschleunigt.

Die Triebkräfte dieses ungerechten Status quo - Kapitalismus, Patriarchat, Kolonialismus und verschiedene Fundamentalismen - verschlimmern die Situation. Deshalb müssen wir dringend neue Visionen für einen ökosozialen Übergang und eine Transformation diskutieren und umsetzen, die geschlechtergerecht, regenerativ und menschennah sind, die zugleich lokal und international sind.

In diesem Manifest für eine ökosoziale Energiewende der Völker des Südens halten wir fest, dass sich die Probleme des globalen - geopolitischen - Südens von denen des globalen Nordens und der Schwellenländer wie China unterscheiden. Das **Machtungleichgewicht zwischen diesen beiden Welten besteht nicht nur aufgrund eines kolonialen Erbes fort, sondern hat sich aufgrund eines neokolonialen Energiemodells noch vertieft.** Vor dem Hintergrund des Klimawandels, des ständig steigenden Energiebedarfs und des Verlusts der biologischen Vielfalt haben die kapitalistischen Zentren den Druck erhöht, natürliche Reichtümer abzubauen und sich auf billige Arbeitskräfte aus den Ländern an der Peripherie zu stützen. Nicht nur, dass das bekannte Paradigma der Rohstoffgewinnung immer noch gilt, auch die ökologischen Schulden des Nordens gegenüber dem Süden steigen.

Das Neue an dieser Situation ist die "saubere Energiewende" des Nordens, die den globalen Süden noch mehr unter Druck setzt, Kobalt und Lithium für die Produktion von Hightech-Batterien, Balsaholz für Windturbinen, Land für große Solaranlagen und eine neue Infrastruktur für Wasserstoff-Megaprojekte abzugeben. Diese Dekarbonisierung der Reichen, die marktorientiert und exportorientiert ist, beruht auf einer neuen Phase der Umweltzerstörung im Globalen Süden, die das Leben von Millionen von Frauen, Männern und Kindern beeinträchtigt, ganz zu schweigen von nicht-menschlichem Leben. Frauen, vor allem in Agrargesellschaften, sind mit am stärksten betroffen. Auf diese Weise ist der Globale Süden einmal mehr zu einer Opferzone ge-

worden, zu einem Korb mit angeblich unerschöpflichen Ressourcen für die Länder des Nordens.

Eine Priorität des globalen Nordens war es, die globalen Versorgungsketten zu sichern, insbesondere bei kritischen Rohstoffen, und zu verhindern, dass bestimmte Länder wie China den Zugang monopolisieren. So setzten sich die G7-Handelsminister kürzlich für eine verantwortungsvolle, nachhaltige und transparente Lieferkette für kritische Mineralien durch internationale Zusammenarbeit, Politik und Finanzwelt ein, einschließlich der Erleichterung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen durch die WTO. Der Globale Norden hat auf mehr Handels- und Investitionsabkommen mit dem Globalen Süden gedrängt, um seinen Bedarf an Ressourcen zu decken, insbesondere an solchen, die für eine "saubere Energiewende" erforderlich sind. Diese Abkommen, mit denen Handels- und Investitionshemmnisse abgebaut werden sollen, schützen und stärken die Macht und die Rechte von Unternehmen, indem sie Staaten potenziellen Klagen im Rahmen von Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS) aussetzen. Der globale Norden nutzt diese Abkommen, um die "saubere Energiewende" zu kontrollieren und einen neuen Kolonialismus zu schaffen.

Die Regierungen des Südens sind in der Zwischenzeit in eine Schuldenfalle getappt und haben sich Geld geliehen, um Industrien und eine groß angelegte Landwirtschaft zur Versorgung des Nordens aufzubauen. Um diese Schulden zurückzuzahlen, sahen sich die Regierungen gezwungen, noch mehr Ressourcen aus dem Boden zu holen, wodurch ein Teufelskreis der Ungleichheit entstand. Heute hat die unerschütterliche Zielsetzung, sich von fossilen Brennstoffen zu verabschieden, ohne den Verbrauch im Norden nennenswert zu senken, den Druck zur Ausbeutung dieser natürlichen Ressourcen nur noch erhöht. Darüber hinaus hat der Norden, während er seine eigene Energiewende vorantreibt, nur ein Lippenbekenntnis zu seiner Verantwortung für die Bewältigung seiner historischen und wachsenden ökologischen Schuld gegenüber dem Süden abgelegt.

Geringfügige Veränderungen in der Energiestruktur reichen nicht aus. Das gesamte Energiesystem muss umgestaltet werden, von der Produktion und Verteilung bis hin zu Verbrauch und Abfall. Es reicht nicht aus, Autos mit Verbrennungsmotor durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen, sondern das gesamte Verkehrsmodell muss geändert werden, indem der Energieverbrauch gesenkt und nachhaltige Optionen gefördert werden.

Also müssen die Beziehungen nicht nur zwischen den Ländern des Zentrums und der Peripherie, sondern auch innerhalb der Länder zwischen den Eliten und der Bevölkerung gerechter werden. Korrupte Eliten im globalen Süden haben ebenfalls an diesem ungerechten System mitgewirkt, indem

sie von der Rohstoffgewinnung profitierten, Menschenrechts- und Umweltaktivisten unterdrückten und die wirtschaftliche Ungleichheit aufrechterhielten.

Die Lösungen für diese miteinander verknüpften Krisen sind nicht nur technischer Natur, sondern vor allem politischer Natur.

Als Aktivist*innen, Intellektuelle und Organisationen aus verschiedenen Ländern des Südens rufen wir die Akteure des Wandels in verschiedenen Teilen der Welt auf, sich für einen radikalen, demokratischen, geschlechtergerechten, regenerativen und menschnahen ökosozialen Übergang einzusetzen, der sowohl den Energiesektor als auch die Industrie und die Landwirtschaft, die von großen Energiemengen abhängen, verändert. Nach Ansicht der verschiedenen Bewegungen für Klimagerechtigkeit ist "der Übergang unvermeidlich, aber die Gerechtigkeit leider nicht".

Wir haben noch Zeit, einen gerechten und demokratischen Übergang einzuleiten. Wir können uns vom neoliberalen Wirtschaftssystem befreien, indem wir einen Weg einschlagen, der das Leben schützt, soziale Gerechtigkeit mit Umweltgerechtigkeit verbindet, egalitäre und demokratische Werte mit einer widerstandsfähigen, ganzheitlichen Sozialpolitik zusammenbringt und das ökologische Gleichgewicht wiederherstellt, das für einen gesunden Planeten notwendig ist. Doch dafür brauchen wir mehr politische Phantasie und mehr utopische Visionen einer anderen Gesellschaft, die sozial gerecht ist und den Planeten als unser gemeinsames Haus respektvoll behandelt.

Die Energiewende sollte Teil einer umfassenden Vision sein, die die radikale Ungleichheit bei der Verteilung der Energieressourcen beseitigt und die Energiedemokratie vorantreibt. Sie sollte die großen Institutionen – die industrielle Landwirtschaft, die riesigen Energiekonzerne – sowie marktwirtschaftliche Lösungen beiseite stellen. Stattdessen muss sie die Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaft und sozialer Organisationen stärken.

Deshalb stellen wir die folgenden 8 Forderungen:

- 1.** Wir warnen davor, dass eine Energiewende, die von unternehmerischen Megaprojekten geleitet wird, die aus dem Globalen Norden kommen und von zahlreichen Regierungen im Süden akzeptiert werden, die Ausdehnung der Opferzonen im gesamten Globalen Süden, das Fortbestehen des kolonialen Erbes, des Patriarchats und der Schuldenfalle mit sich bringt. Energie ist ein elementares und unveräußerliches Menschenrecht, und Energiedemokratie sollte unser Ziel sein.
- 2.** Wir rufen die Völker des Südens auf, falsche Lösungen abzulehnen, die mit neuen Formen des Energiekolonialismus einhergehen, jetzt im Namen eines grünen Übergangs. Wir rufen ausdrücklich dazu auf, die politische Koordination zwischen den Völkern des Südens fortzusetzen und gleichzeitig strategische Allianzen mit kritischen Sektoren im Norden anzustreben.
- 3.** Um die verheerenden Folgen der Klimakrise abzumildern und einen gerechten und menschnahen ökosozialen Übergang voranzutreiben, fordern wir die Begleichung der ökologischen Schuld. Dies bedeutet angesichts der ungeheuren

Verantwortung des globalen Nordens für die Klimakrise und den ökologischen Zusammenbruch die wirksame Umsetzung eines Systems der Entschädigung für den globalen Süden. Dieses System sollte einen beträchtlichen Transfer von Geldern und geeigneter Technologie beinhalten und die Annullierung der Staatsschulden für die Länder des Südens vorsehen. Wir unterstützen Entschädigungen für Verluste und Schäden, die indigene Völker, gefährdete Gruppen und lokale Gemeinschaften durch Bergbau, Großstaudämme und schmutzige Energieprojekte erlitten haben.

4. Wir lehnen die Ausweitung der Grenzen bei der Gewinnung von fossilen Rohstoffen in unseren Ländern – durch Fracking und Offshore-Projekte – ab und weisen den heuchlerischen Diskurs der Europäischen Union zurück, die kürzlich Erdgas und Atomenergie zu "sauberen Energien" erklärt hat. Wie bereits 2007 in der Yasuni-Initiative in Ecuador vorgeschlagen und heute von vielen sozialen Bereichen und Organisationen unterstützt, befürworten wir den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und die Schaffung der sozialen und arbeitsrechtlichen Bedingungen, die für die Abkehr vom Extraktivismus und den Übergang zu einer Zukunft ohne fossile Brennstoffe erforderlich sind.

5. Ebenso lehnen wir "grünen Kolonialismus" in Form von Landraub für die Installation von Solar- und Windparks, den wahllosen Abbau essentieller Mineralien und die Förderung technologischer "Lösungen" wie blauer oder grauer Wasserstoff ab. Abschottung, Ausgrenzung, Gewalt, Übergriffe und Verschanzung haben die vergangenen und aktuellen Nord-Süd-Energiebeziehungen charakterisiert und sind in einer Zeit ökosozialer Übergänge nicht akzeptabel.

6. Wir fordern einen echten Schutz der Umwelt- und der Menschenrechtsverteidiger, insbesondere der indigenen Völker und der Frauen, die sich an vorderster Front gegen den Extraktivismus wehren.

7. Die Beseitigung der Energiearmut in den Ländern des Südens sollte zu unseren grundlegenden Zielen gehören – ebenso wie die Energiearmut in Teilen des Globalen Nordens – durch alternative, dezentralisierte, gerecht verteilte Projekte für erneuerbare Energien, die den Gemeinschaften selbst gehören und von ihnen betrieben werden.

8. Wir prangern internationale Handelsabkommen an, die Länder bestrafen, die die Förderung fossiler Brennstoffe einschränken wollen. Wir müssen die Anwendung von Handels- und Investitionsabkommen stoppen, die von multinationalen Konzernen kontrolliert werden und die letztlich eine weitere Rohstoffgewinnung fördern und einen neuen Kolonialismus stärken.

Unsere ökosoziale Alternative basiert auf zahllosen Kämpfen, Strategien, Vorschlägen und gemeinschaftsbasierten Initiativen. Unser Manifest knüpft an die gelebten Erfahrungen und kritischen Perspektiven indigener Völker und anderer lokaler Gemeinschaften, Frauen und Jugendlicher im gesamten Globalen Süden an. Es ist inspiriert von der Arbeit an den Rechten der Natur, buen vivir, vivir sabroso, sumac kawsay, ubuntu, swaraj, den Gemeingütern, der solidarischen Ökonomie, der Agrarökologie, der Ernährungssouveränität, dem Post-Extraktivismus, dem Pluriversum, der Autonomie und der Energiesouveränität. Vor allem rufen wir zu einem radikalen, demokratischen, menschnahen, ge-

schlechtergerechten, regenerativen und umfassenden ökologischen Übergang auf.

In Anlehnung an den [Ökosozialen und Interkulturellen Pakt des Südens](#) schlägt dieses Manifest eine dynamische Plattform vor, die Sie einlädt, sich unserem gemeinsamen Kampf für den Wandel anzuschließen, indem Sie dazu beitragen, kollektive Visionen und kollektive Lösungen zu schaffen.

Wir laden Sie ein, dieses Manifest mit Ihrer [Unterschrift](#) zu unterstützen.

Unterstützende Organisationen

Actrices Argentinas
Censat Agua Viva-Amigos de la Tierra Kolumbien
Verbrauchervereinigung von Penang
Ökosozialer und Interkultureller Pakt des Südens
Aussterbe-Rebellion Medellín
Fokus auf den globalen Süden
Freunde der Erde Malaysia
Globale Gerechtigkeit jetzt
Global Tapestry of Alternatives
Greenpeace
Sozioambientale Gruppe Lotos
Stiftung Gesundheit von Mutter Erde
Peoples Response Netzwerk
Seminario permanente Re-Evolución de la Salud
Netzwerk Dritte Welt
War on Want
WoMin

Einzelunterzeichner (Institutionen nur zur Identifizierung)

Alberto Acosta (Ecuador)
Volahery Andriamanantensaso, CRAAD-OI (Madagaskar)
Alhafiz Atsari, EKOMARIN (Indonesien)

Haris Azhar (Indonesien)
Gerry Arances, Zentrum für Energie, Ökologie und Entwicklung (Philippinen)
Tatiana Roa Avendaño, Censat Agua Viva-Amigos de la Tierra (Kolumbien)
Nnimmo Bassey, Stiftung Gesundheit von Mutter Erde (Nigeria)
Karina Batthyany, CLACSO (Uruguay)
Walden Bello, Laban ng Masa (Philippinen)
Lucio Cuenca Berger, Latinoamerikanisches Observatorium für Umweltkonflikte (Chile)
Patrick Bond, Universität von Johannesburg (Südafrika)
Mirta Susana Busnelli, Actrices Argentinas (Argentinien)
Fiona Dove, Transnationales Institut (Niederlande/Südafrika)
Desmond D'Sa, South Durban Community Environmental Alliance (Südafrika)
Jose De Echave, CooperAccion (Peru)
Arturo Escobar, UNC Chapel Hill (USA/Kolumbien)
Ashish Kothari, Global Tapestry of Alternatives (Indien)
Makoma Lekalakala, Earthlife Africa (Südafrika)
Alex Lenferna, Climate Justice Coalition (Südafrika)
Xochitl Leyva, Ciesas Sureste (Mexiko)
Thuli Makama, Oil Change International (Swasiland)
Marilyn Machado Mosquera, Kaugro ri Changaina (Kolumbien)
Kavita Naidu, Progressive International (Fidschi/Australien)
Asad Rehman, War on Want (Großbritannien)
Oscar Rivas, Partido Ecologista Verde (Paraguay)
Fernando Russo, CTA (Argentinien)
Yeb Sano (Philippinen)
Rocío Silva-Santisteban, Komitee Ana Tallada (Peru)
Gustavo Castro Soto, Otros Mundos Chiapas (Mexiko)
Maristella Svampa, Ökosozialer und Interkultureller Pakt des Südens (Argentinien)
Pablo Vommaro, UBA/CLACSO (Argentinien)
Noble Wadzah, Oilwatch (Ghana)
Chima Williams, Freunde der Earth (Nigeria)
Ivonne Yanez, Accion Ecologica (Ecuador)
Raúl Zibechi, Brecha (Uruguay)

<https://fpif.org/manifesto-for-an-ecosocial-energy-transition-from-the-peoples-of-the-south/>

Eduardo Gudynas Lateinamerika und die ökologische Krise

[Amerika 21](#) - Es deutet alles darauf hin, dass schon sechs der neun Belastungsgrenzen der Erde verletzt worden sind. Tatsächlich kommen zum Klimawandel noch der Verlust an Vielfalt bei lebender Arten, die Störungen in den biochemischen Abläufen, die Veränderungen beim Süßwasser, die Veränderungen bei der Nutzung der Landflächen und eine Flut von synthetisierten, in der Natur nicht vorkommenden Substanzen hinzu. Der einzige Erfolg war bisher die Abwendung der Zerstörung der Ozonschicht. [...] Man schätzt, dass alle Schwellenwerte bis 2030 verletzt werden. [...]

Verflechtungen

Die Grenzen zwischen den Ländern verschwimmen; das was in einer weit entfernten Region der Erde passiert, betrifft letztlich auch uns. Das ist augenscheinlich beim Klimawandel, denn die von China und den USA – den beiden Hauptverantwortlichen für den Treibhauseffekt – ausgestoßenen Gase führen zu Veränderungen, die andere Länder schwer treffen, von den kürzlichen verheerenden Überschwemmungen in Pakistan bis zur Dürre in Brasilien.

Die Dynamiken der Naturzerstörung zur Gewinnung von Rohstoffen sind auch global. China ist heute der größte Importeur von Rohstoffen aus ganz Lateinamerika. Die globa-

le Nachfrage und die chinesische Vermittlung haben die Fördermenge im Bergbau und beim Erdöl sowie die Landwirtschaftsproduktion in Lateinamerika vervielfacht, um sie nach China und andere asiatische Länder zu exportieren. [...] Wir befinden uns in einer ganz anderen Welt als der, die sich die alte Politik vorgestellt hat, jene, die die USA oder die europäischen Mächte kritisierte. Was in Brüssel oder Washington entschieden wird, ist weiterhin wichtig, aber noch wichtiger sind die Beschlüsse des jüngsten Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas.

Wir sehen uns ungleichen Beziehungen gegenüber – sowohl im Ökonomischen als auch im Ökologischen. Wir exportieren Rohstoffe – in einigen Ländern sind das Bodenschätze und in anderen Lebensmittel aus der Landwirtschaft – vergleichsweise billig, weil die Lateinamerikaner die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten für die Verschlechterung tragen, die dies in jedem Land produziert. Das Beharren von Regierungen auf Freihandelsabkommen, insbesondere mit China und anderen asiatischen Ländern, werden diese ökonomischen und ökologischen Asymmetrien nicht umkehren sondern sie noch weiter verstärken. Auf kontinentaler Ebene hat die Politik einer Regierung direkte Auswirkungen auf die Nachbarländer. Die Abholzung des Amazonaswaldes, die Jair Bolsonaro während seiner

Präsidentschaft in Brasilien beförderte, zerstört nicht nur eines der wertvollsten Reservoirs an Artenvielfalt auf der Erde, sondern verändert auch die hydrologischen Abläufe und die Klimadynamik in Südamerika. Etwas Ähnliches geschieht auch durch die Unfähigkeit der Regierung in Bolivien, Brände oder Abholzungen in den dortigen Wäldern zu verhindern.

Das wirkt sich letztlich auf alle Länder im Einzugsgebiet des Rio de la Plata aus, möglicherweise durch die Veränderung der Niederschläge, und diese Auswirkungen dehnen sich noch weiter gen Süden aus. Zugleich leiten alle Länder in diesem riesigen Einzugsgebiet – dem zweitgrößten in Lateinamerika – verschiedenartigste Giftstoffe, von Agrochemikalien über Bergbauabfälle bis hin zu den Abwässern aus den Kloaken der großen Städte in ihre Flüsse ein und gefährden so die Mündungsgewässer des Río de la Plata. Man kann der Geographie nicht entfliehen und die konventionelle Politik versteht das immer noch nicht. Wir sind mit einer Krise konfrontiert, in der die politischen Grenzen nicht existieren und diese Besonderheit weiterhin zu ignorieren, verschleiert nur das mangelnde Interesse an einer Lösung zur Bewältigung der Krise.

Zivilisatorischer Kollaps

Die ökologische Krise wird uns nach Auffassung der Vereinten Nationen in einen Kollaps der Zivilisation führen. Das ist kein übertriebener Alarmismus, denn diese Warnung wird aus anderen Bereichen und Perspektiven wiederholt. Es ist so, dass die Störungen in wesentlichen Prozessen und Abläufen wie der Versorgung mit Nahrungsmitteln oder Trinkwasser soziale Proteste entfesseln werden, Migrationswellen und möglicherweise Zusammenstöße zwischen Ländern. Das erklärt den harten Kampf, der in den Reihen der unternehmerischen politischen Eliten im Gang ist. Dabei stehen sich diejenigen, die die konventionellen kapitalistischen Strategien beibehalten wollen, und jene gegenüber, die versuchen, diese Strategien zu reformieren, um genau diesen Kollaps zu vermeiden.

Ein Beispiel sind die Aufrufe seitens des Wirtschaftsforums von Davos zu einem "Neubeginn" oder "reset" des Kapitalismus, die Eingriffe des Staates in die Märkte ebenso verteidigen wie den ernsthaften Kampf gegen den Klimawandel, die Streichung der Subventionen für die Kohlenstoffe oder die Auferlegung höherer Steuern für die Reichsten. Sie tun das nicht aus Solidarität: die Protagonisten begreifen, dass es mit den konventionellen Praktiken zu sozialen Verwerfungen kommen wird, die nicht nur ihre Geschäfte sondern auch ihr eigenes Überleben unmöglich machen werden.

Die Linken hingegen schaffen es noch nicht, substantielle Alternativen zu entwickeln, weshalb sie in den Debatten über verschiedene Varianten des Kapitalismus stecken bleiben.

Im Unterschied dazu werden besonders in Südamerika Möglichkeiten des Wandels postuliert und erprobt, zusam-

mengefasst unter dem Begriff Buen Vivir (Gutes, würdiges Leben), die darauf abzielen, die Verbindung zur Natur wiederherzustellen und dabei die Lebensqualität für die Menschen zu sichern. Im globalen Norden gibt es nichts Vergleichbares. Die Aufgabe unserer lateinamerikanischen Politik besteht darin, diese Diskussionen aufzunehmen, den Blick mehr auf unseren Kontinent und auf unser angestammtes Gebiet zu richten.

Unter dieser Sichtweise sammeln sich viele andere Alternativen, einige lokal und begrenzt, die es ermöglichen, unser ökologisches Erbe zu bewahren und gleichzeitig die Lebensqualität zu sichern. Einige werden seit langem praktiziert, sie sind kraftvoll und haben ein großes Potential. Das gilt etwa für die organische Landwirtschaft (Anbau und Viehzucht), denn sie hängt nicht von Agrochemikalien ab, hält die Plagen biologisch unter Kontrolle, regeneriert die Böden, erfordert mehr Arbeitskraft und liefert gesündere Lebensmittel.

Es sind Optionen, die ihrerseits wirtschaftlich tragfähig sind und in bestimmten Fällen erhebliche Exportströme ermöglichen. Diese und andere Beispiele zeigen, dass es nicht an machbaren Alternativen mangelt, sondern dass wir im Gegenteil von diesen umringt sind. Aber in fast allen Fällen werden sie von der konventionellen "Entwicklungspolitik" (desarrollismo) negiert oder bekämpft.

Gleichzeitig ist klar, dass die notwendigen Veränderungen zur Heilung der Erde nicht nur über neue Technologien oder andere Ansätze in der Entwicklungspolitik führen, sondern über die Wiedererlangung anderer Sensibilitäten und Verantwortlichkeiten. In diesem Bestreben hat Lateinamerika ebenfalls Neuerungen zu bieten wie die Anerkennung der Rechte der Natur, die auf unterschiedliche Art und Weise schon in Ecuador und Kolumbien angenommen worden sind, und die Antworten geben auf Veränderungen in der Ethik und der Gefühlswelt: Es geht darum, zu verstehen, dass die Umwelt und das Leben nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden können und dass es um Gerechtigkeit sowohl zwischen Menschen als auch mit der Natur geht.

Chile:

Verheerende Waldbrände erschüttern das Land

Amerika 21 - Wissenschaftler:innen gehen seit Jahren davon aus, dass die klimatischen Bedingungen in Chile durch die globale Erwärmung extremer und damit anfälliger für Brände werden, weil die Temperaturen steigen und die Niederschläge abnehmen.

Auch Präsident Gabriel Boric äußert sich besorgt und sagt: "In den letzten Jahren hat unser Land die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen. Wir werden zu einem der brandgefährdetsten Gebiete der Welt".

Als Reaktion auf diese Vorhersagen **fordern viele eine Regulierung der forstwirtschaftlichen Monokulturen**, die in Chile, dem zweitgrößten Zelluloseproduzenten Lateinamerikas, über drei Millionen Hektar Land einnehmen und die massive Ausbreitung von Bränden begünstigen.

Erklärung "Solidarität, Gleichheit, Kooperation und nachhaltiger Handel: eine Alternative zum EU-Mercosur Abkommen" <http://s2bnetwork.org>

Analysen über EU-Mercosur: attac.de, [powershift](http://powershift.org)

Abbiegen - Aussteigen - Umsteigen - Desertieren

Rede von acht Absolvent*innen bei der Abschlussfeier der AgroParisTech am 10. Mai 2022.

Sie weigern sich nach eigenen Angaben "zerstörerische Jobs" auszuüben, und rufen ihre Kommilitonen dazu auf, sich den Umweltkämpfen anzuschließen.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=SUOVOC2Kd50> (mit deutschen Untertiteln)

Die Absolventen des Jahres 2022 sind heute nach drei oder vier Jahren an der AgroParisTech ein letztes Mal zusammengekommen. Viele von uns wollen nicht so tun, als fühlen sie sich stolz und geehrt, diesen Abschluss am Ende einer Ausbildung zu erhalten, die insgesamt dazu führt, dass man sich an den laufenden sozialen und ökologischen Verwüstungen beteiligt.

Wir sehen uns nicht als „Talente für einen nachhaltigen Planeten“.

Wir nehmen die ökologischen und sozialen Verwüstungen nicht als „Fragestellungen“ oder „Herausforderungen“, für die wir als Ingenieur*innen nun Lösungen finden sollen. Wir glauben nicht, dass wir „jede Landwirtschaft“ brauchen. Wir sehen vielmehr, dass die industrielle Landwirtschaft auf der ganzen Welt einen Krieg gegen Lebewesen und Bauernschaften führt.

Wir sehen Wissenschaft und Technik nicht als neutral und unpolitisch an.

Wir denken, dass technische Innovationen oder Start-up-Unternehmen nichts anderes als den Kapitalismus retten werden.

Wir glauben weder an „nachhaltige Entwicklung“ noch an „grünes Wachstum“ oder „ökologischen Übergang“ – ein Ausdruck, der impliziert, dass die Gesellschaft nachhaltig werden könne, ohne sich von der herrschenden Gesellschaftsordnung zu befreien.



AgroParisTech bildet jedes Jahr hunderte Studierende für die verschiedensten Arbeiten in der Industrie aus: Pflanzen im Labor für multinationale Konzerne manipulieren, die die Unterjochung von Landwirtinnen und Landwirten verstärken; Fertiggerichte entwickeln – und dann Chemotherapien zur Behandlung der verursachten Krankheiten; neue Labels für ein gutes Gewissen erfinden, die es Managern ermöglichen, sich für heldenhaft zu halten, indem sie besser essen als die anderen; so genannte grüne Energien entwickeln, die es ermöglichen, die Digitalisierung der Gesellschaft zu beschleunigen, während sie am anderen Ende der Welt die Umwelt verschmutzen und ausbeuten; Berichte zur Unternehmensverantwortung [CSR = Corporate Social Responsibility] verfassen, die umso länger und grotesker sind, je

skandalöser die vertuschten Verbrechen sind; oder eben Frösche und Schmetterlinge zählen, damit die Betonierer sie legal verschwinden lassen können.

Diese Jobs sind zerstörerisch, und sie zu wählen bedeutet Schaden anzurichten, der durch das Bedienen der Interessen einiger weniger entsteht.

Es waren jedoch genau diese Berufsmöglichkeiten, die uns während unseres gesamten Studiums an der AgroParisTech vorgestellt wurden. Von den Absolventen, die diese Berufe eher als Teil der Probleme denn als Teil der Lösungen betrachten und sich deshalb für das Desertieren entschieden haben, wurde uns hingegen nie berichtet.

Wir wenden uns an diejenigen, die zweifeln, egal, ob dieser Zweifel alltäglich oder flüchtig ist.

An euch, die einen Job angenommen haben, weil „man eine erste Erfahrung braucht“.

An euch, deren Angehörige mit an der Erhaltung des kapitalistischen Systems arbeiten, und die ihr die Last ihrer Blicke auf eure Berufswahl spürt.

An euch, die ihr hinter einem Schreibtisch sitzt, aus dem Fenster schaut und von Freiraum und Freiheit träumt.

An euch, die ihr jedes Wochenende den TGV nehmt, auf der Suche nach einem nicht auffindbaren Wohlbefinden.

An euch, die ihr ein Unbehagen aufsteigen fühlt, ohne es genau benennen zu können, die ihr diese Welt oft für verrückt haltet, die ihr etwas tun wollt, ohne so recht zu wissen, was; oder die ihr gehofft habt, „die Dinge von innen heraus zu ändern“, und jetzt schon nicht mehr daran glaubt. Wir möchten euch sagen, dass ihr nicht die Einzigen seid, die finden, dass etwas nicht stimmt. Denn es stimmt wirklich etwas nicht.

Auch wir haben gezweifelt, und manchmal zweifeln wir immer noch.

Und wir weigern uns, diesem System zu dienen, wir haben beschlossen, andere Wege zu suchen, unseren eigenen Lebensentwurf aufzubauen.

Wie hat das angefangen?

Wir trafen Menschen, die kämpften, und folgten ihnen. Sie zeigten uns die Kehrseite der Projekte, die wir als Ingenieure hätten durchführen können. Ich denke an Christina und Emmanuel, die sehen, wie der Beton über ihr Land auf dem Plateau de Saclay gegossen wird. Ich denke an dieses ausgetrocknete Loch, eine sehr lächerliche Entschädigung für einen Teich voller Molche. Oder an Nico, der von seinem Hochhaus aus sieht, wie die Gärten seiner Kindheit für den Bau eines Ökoviertels niedergewalzt werden.

Hier und da haben wir Menschen getroffen, die andere Lebensweisen ausprobieren, die sich Wissen und Know-how wieder aneignen, um nicht mehr von den Monopolen umweltverschmutzender Industrien abhängig zu sein.

Menschen, die verstehen, wie sie auf ihrem Stückchen Erde leben können, ohne es zu überstrapazieren. Die aktiv gegen schädliche Projekte kämpfen. Die im Alltag eine menschennahe, dekoloniale und feministische Ökologie praktizieren.

Die wieder Zeit für ein gutes Leben finden und füreinander sorgen. All diese Begegnungen haben uns inspiriert, unsere eigenen Wege zu zu gehen.

... Ich lebe seit zwei Jahren auf der ZaD von Notre-Dames-Landes, wo ich unter anderem in der kollektiven Landwirtschaft tätig bin und Lebensmittel anbaue.

... Ich baue eine Bienenzucht und Imkerei in der Dauphiné auf.

... Ich habe mich der Bewegung „Les Soulèvements de la terre“ angeschlossen, um gegen die Aneignung von Agrarland und dessen Betonierung in ganz Frankreich zu kämpfen.

... Ich lebe in den Bergen, habe einen saisonalen Job und beginne mit dem Zeichnen.

... Wir lassen uns als Kollektiv im Tarn auf einem Terre-de-Liens-Bauernhof nieder, zusammen mit einem Bäcker, Brauern und Obstbauern.

... Ich engagiere mich gegen die Atomkraft in der Nähe von Bure.

... Ich bilde mich heute weiter, um mich morgen niederzulassen und mit meinen Händen zu arbeiten.

Wir halten diese Lebensweisen für mehr als notwendig und wissen, dass sie uns stärker und glücklicher machen werden.

Habt ihr Angst davor, einen Schritt zur Seite zu machen, weil er in eurem Lebenslauf „nicht gut aussehen“ würde? Angst, euch von eurer Familie und eurem sozialen Netz zu entfernen?

Angst, die Anerkennung zu verlieren, die euch sonst eine Karriere als Agraringenieur einbringen würde?

Aber welches Leben wollen wir? Einen zynischen Chef? Ein Gehalt, das es uns möglich macht, in einen Flieger zu steigen? Einen dreißigjährigen Kredit für ein Häuschen? Nicht einmal fünf Wochen im Jahr, um in einer „außergewöhnlichen Unterkunft“ ein bisschen durchzuatmen?

Ein SUV mit E-Antrieb, ein Fairphone und eine Treuekarte im Bioladen?

Und dann ... ein Burnout mit 40 Jahren?

Lasst uns nicht unsere Zeit verschwenden. Und vor allem, lassen wir die Energie, die irgendwo in uns brodeln, nicht ungenutzt. Desertieren wir, bevor wir durch finanzielle Verpflichtungen in die Enge getrieben werden.

Warten wir nicht darauf, dass unsere Kinder uns um Geld bitten, um im Metaverse shoppen zu gehen, weil wir nicht genug Zeit hatten, sie von etwas anderem träumen zu lassen.

Warten wir nicht darauf, dass wir zu nichts anderem mehr fähig sind als zu einer Pseudoumschulung auf denselben Job, der nur grün angestrichen ist.

Warten wir nicht auf den zwölften IPCC-Bericht, der zeigen wird, dass Staaten und multinationale Konzerne noch nie etwas anderes getan haben, als die Probleme zu verschärfen, und der seine letzte Hoffnung auf Volksaufstände und Revolten setzen wird.

Ihr könnt jetzt abbiegen. Eine Ausbildung zum -Bauern beginnen. Einige Monate auf einem Hof der WWOOF-Bewegung verbringen. Auf eine Baustelle in einer ZAD oder anderswo gehen. Euch für die einsetzen, die Hilfe benötigen, euch in einer selbstverwalteten Fahrradwerkstatt engagieren

oder euch für ein Wochenende dem Widerstand der „Soulèvements de la terre“ anschließen.

So kann es beginnen.

Es liegt an euch, eure Abbiegung zu finden.

Weitere Erklärungen **bei Abschlussfeiern der „Grandes Ecoles“**

Indignons-nous : [Discours de la remise de diplômes de l'ESSEC, 2022](#)

„Abbiegen heißt nicht wegfliehen“ (Juni 2022), [ENSAT](#)

Ecole Polytechnique: Technologie wird nicht ausreichen - ökologische und soziale Notlage - [Rede am 24. Juni 2022](#) bei der Abschlussfeier des Jahrgangs 2015

Die jungen Absolventinnen und Absolventen der Polytechnique rufen im Kontext des generationsübergreifenden Engagements (Centrale Nantes, AgroParisTech, HEC, Sciences Po, ENSAT) dazu auf, sich vom Mythos des „grünen Wachstums“ zu lösen und sich mit allen Mitteln – sei es im Staat, in Unternehmen oder durch die Entwicklung alternativer Organisationen – gegen den Zusammenbruch des Lebens zu engagieren. Sie prangern die klimapolitische Unbeweglichkeit der Institution an, deren Vorstand von den Interessen großer Industrieunternehmen durchdrungen ist: TotalEnergies, Société Générale, Air France, BlaBlacar. Eine Öffnung für NGOs und die Zivilgesellschaft im weiteren Sinne ist mehr als notwendig, ebenso wie eine größere Transparenz des Verwaltungsrats.

Die glücklichen Deserteure

<https://desertheureuses.noblogs.org/>

Wir möchten uns an alle Ingenieure, Techniker und Forscher wenden, an alle Menschen, die an den Auswirkungen ihrer Tätigkeit und ihrer wichtigen Rolle in der Industrie zweifeln, sie hinterfragen und kritisieren.

Desertieren bedeutet für uns, sich die Mittel dafür zu verschaffen, Abstand zu gewinnen, sich zu treffen und Erfahrungen auszutauschen, damit wir angesichts der Ungeheimheiten dieser Welt nicht mehr allein sind.

Desertieren bedeutet für uns nicht nur, dass jeder Einzelne alles hinter sich lässt: Die Désert'heureuses wollen diesen Akt kollektiv und politisch gestalten. Ihn wünschenswert und zugänglicher machen, indem sie Möglichkeiten aufzeigen, sich in die „Welt da draußen“ zu begeben. Die Wege zu erkunden, aus den Sackgassen, die uns Unternehmen und Industrien bieten, herauszukommen, andere Arten zu handeln, zu existieren und uns zu entfalten.

Wir wollen eine Brücke sein zwischen der „Welt der Ingenieure“ und der Welt der Kämpfe und Orte, die sich dem Zugriff des Marktes entziehen und in denen gegenseitige Hilfe, Solidarität, das Bewusstsein, aufeinander angewiesen sein, und gemeinsame Orientierung gepflegt werden. Denn nur indem wir uns ihnen anschlossen, konnten wir die vielfältigen Möglichkeiten erahnen, außerhalb der kapitalistischen Logik zu leben und sich zu organisieren.

[Bericht über ein Treffen von 80 „Deserteuren“](#)

Karte der lokalen Kämpfe: [lutteslocales](#)

Fahrradwerkstätten: <http://www.heureux-cyclage.org/>

Nachhaltiger demokratischer Sozialismus oder highway to climate hell?

Diskussionsveranstaltung am 07.02.2023

Am 07.02.2023 stellte **Prof. Klaus Dörre** seine provokanten Thesen im Bremer DGB-Haus vor. In einem vollem Tivoli-Saal diskutierten Prof. Klaus Dörre, Ernesto Harder (DGB) und Margareta Steinrücke (attac) unter der Moderation von Inge Danielzik über die Utopie einer nachhaltigen Revolution für eine lebenswerte Welt.

Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena und Autor des Buches **"Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution"**, Berlin 2021.

Mit diesem Buch verfolgt er keinen geringeren Anspruch als zu belegen, dass wir den Erhalt des Planeten als für uns bewohnbar mit dem herrschenden kapitalistischen System nicht mehr gewährleisten können. Die Alternative wäre ein nachhaltiger demokratischer Sozialismus. Doch wie würde dieser aussehen und welche Ansätze existieren dafür bereits in unserem heutigen Wirtschafts- und Rechtssystem?

Die ausführlichen Folien zum Vortrag stellen wir hier zum Download bereit.

[07.02.2023 Bremen Sozialismus DGB attac.pdf \(PDF, 2 MB\)](#)

Renate Dillmann

Räumung in Lützerath: Grüne Erfolge, wohin man schaut

Die Sache, um die es geht, ist ein Stück kapitalistischer Alltagspolitik: die per Gesetz verfügte Räumung eines Dorfs für den Braunkohletagebau. Gleichzeitig ist sie ein Beispiel dafür, wie dieser Alltag unter grüner Herrschaft funktioniert. [...]

Eine grüne Ministerin

Mona Neubaur ist die erste grüne NRW-Landesministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. [...]; der „Kohledeal“ vom Oktober 2022 sieht vor, dass das bis 2030 weiter gehen und dafür ein weiteres Dorf, Lützerath, geräumt und abgebaggert wird, weil sich gerade hier die Kohle sehr rentabel gewinnen lässt.[1] Nach Auskunft der Regierenden ist das „rechtsstaatlich“ final beschlossen und deshalb umzusetzen, auch wenn eine neue Studie des DIW zu dem Ergebnis gekommen ist, dass es dafür weder „eine energiepolitische noch eine klimapolitische Rechtfertigung gibt“. So weit, so normal: Man bestellt sich Gutachten, benutzt die passenden, ignoriert die unpassenden...

Weil Mona Neubaur aber eine Grüne ist, schafft sie es, die 280 Millionen Tonnen fossiler Brennstoffe, die bis 2030 aus der rheinischen Landschaft gebaggert und anschliessend verstromt werden sollen, im Sinne höherer Werte umzudeuten. Ihre Empfehlung an Klimaschützer lautet, die Sache so zu sehen: Man habe hier nicht 280 Millionen Tonnen mehr Braunkohle vor sich, die in den nächsten Jahren verheizt werden und entsprechende CO₂-Emissionen verursachen, sondern 280 Millionen Tonnen weniger als ursprünglich mal geplant und deshalb ist das, was da in den nächsten Jahren an Baggern und Verheizen passiert, ein – Zitat Neubaur in der „Welt“ – „grosser klimapolitischer Erfolg und auch ein Erfolg der Klimaschutzbewegung.“ [...]

Wer jetzt noch keine Einsicht zeigt und verstockt auf irgendeinem Schnee von gestern besteht, kann nach so viel vorbildlicher PR keine weitere Unterredung erwarten: „Am 12. Januar besetzten Aktivisten das Grünen-Büro in Düsseldorf. Sie wollten ein Gespräch mit NRW--Wirtschaftsministerin Mona Neubaur über ihr Versprechen, dass Lützerath bestehen bleibe, erzwingen. Neubaur erschien nicht, dafür in den frühen Morgenstunden am 13. Januar ein grosses Polizeiaufgebot, das das Büro kurzerhand räumte.“ (Terz, Düsseldorf Stadtzeitung, Februar Ausgabe) [...]



Ein grüner Polizeichef

Federführend beim Einsatz der Polizei in Lützerath ist Dirk Weinspach, Aachener Polizeipräsident und ebenfalls Grüner. Auch er ist im Herzen selbstverständlich ein Klimaschützer, und zwar einer mit grossen Sorgen. Zitat: „Zuallererst ist es mir wichtig festzuhalten, dass ich grosse Achtung vor dem Einsatz derer habe, die sich an dieser Petition beteiligt haben, vor den über 32.000 Unterstützerinnen und Unterstützern und allen, die sich im Klimaschutz engagieren.[...]“

Da aber nicht die Polizei, sondern die zuständigen Behörden die Entscheidungen treffen, muss jetzt eben – wir können es uns schon denken: leider, leider, leider und mit viel „Achtung vor dem Einsatz“ der Klimaschützer! – geräumt werden. [...]

Zehn bis fünfzehn bürgerkriegsmässig ausgerüstete Hundertschaften aus 14 Bundesländern räumen dann seit dem Morgen des 11.1. im Schichtbetrieb 24/7 das Dorf. Die Polizei setzt offenbar auf eine riesige zahlenmässige Überlegenheit, mit der die Besetzer nicht gerechnet haben. [...] Die Leute, die sich im Dorf aufhalten, werden vor die Wahl gestellt, aufzugeben oder eine Anzeige wegen Landfriedensbruch zu kassieren; wer sich weigert, hat darüber hinaus erst mal mit unmittelbarer Gewaltanwendung durch die massiv ausgerüsteten Polizisten zu rechnen.

Das sieht dann für Dirk Weinspach so aus (Tagesthemen vom 11.1.23): „Überwiegend ist es friedlich verlaufen, über den Tagesverlauf. Darüber bin ich froh und was mich be-

sonders befriedigt, dass über 200 Besetzerinnen und Besetzer das Angebot genutzt haben, hier freiwillig und ohne polizeiliche Massnahmen den Einsatzraum zu verlassen.“ Der Mann hat Humor. „Friedlich“ und „freiwillig“ – das ist wirklich spassig angesichts der polizeilichen Machtdemonstration, die er hat auffahren lassen. [...]

Am Samstag verdirbt die Demonstration mit mehr als 35.000 Teilnehmern [...] die tolle Bilanz ein wenig. Das macht aber nichts, weil sich daran gleich wieder die gute alte Debatte über die schreckliche „Gewalt“ aufziehen lässt. Damit ist natürlich nicht die Staatsgewalt mit ihren Hundertschaften samt schwerem Gerät gemeint, sondern die „gewaltbereiten Protestierer“, die es gewagt haben, von der vorgeschriebenen Route abzuweichen. Sie „mussten“ mit Polizeiknüppel und Pfefferspray von weiteren Straftaten abgehalten und auch vor Unfällen „an der Abbruchkante“ geschützt werden – in ihrem eigenen Interesse natürlich!

Fazit: Die Staatsgewalt in Grün hat in Lützerath demonstriert, dass sie „es“ kann. Den etwas heiklen Fall dieses „Symbols“ der Klimabewegung, an dem diese zeigen will, wie wenig ernst es Deutschland mit seiner Klimapolitik meint, hat das grüne Duo geschmeidig bewältigt – und das vermutlich durchaus besser als es andere (bei der Klima-Bewegung verhasste) Figuren aus dem liberalen Lager oder von der Christenpartei gekonnt hätten. [...]

Auszüge aus [untergrund-blattle.ch](https://www.undergrund-blattle.ch)

Kritische Aktionäre: Die Räumung von Lützerath: 35.000 Menschen bei Großdemo

Nichtregierungsorganisationen fordern Moratorium für den Ort am Rande des Tagebaus Garzweiler und kritisieren Polizeigewalt / Widerstand in der Region hält auch nach Zerstörung von Lützerath an – [Bericht](#)

Aktuelle Infos unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de>

Die Politik hat den Ernst der Lage nicht begriffen

Gemeinsame Erklärung von Wissenschaftlern, Autoren, Politikern, Klimaaktivisten und Bürgerrechtlern zur gewaltsamen Räumung von Lützerath

[...] Lützerath ist ein Beleg dafür, wie wenig ernst die Politik den Klimaschutz und ihre eigenen Gesetze nimmt. Am 24. Juni 2021 wurde ein neues Bundesklimaschutzgesetz verabschiedet. Zweck dieses Gesetzes ist „die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben zu gewährleisten. Grundlage bildet die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris aufgrund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Danach soll der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden, um die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels so gering wie möglich zu halten.“ (Bundes-Klimaschutzgesetz, Gesetze und Verordnungen, BMUV, 2021).

Der „Expertenrat für Klimafragen“ dessen Mitglieder von der Bundesregierung ernannt werden [stellt fest](#), dass eine „sehr große Lücke“ zu den Zielen des Klimaschutzgesetzes besteht, dessen erlaubte Restemissionen sogar auf mindestens 2 Grad Erderwärmung hinauslaufen würden. Doch auch diese ungenügenden Verpflichtungen werden nicht eingehalten.

[...] Eine brandaktuelle Studie namhafter Klimawissenschaftler mit dem Titel „Klima-Endspiel“ (2022) verweist auf die bisherige Vernachlässigung und Unterschätzung von Kippunkten im Klima- und Erdsystem und auf eine bisher viel zu optimistische Einschätzung von Risiken. Eine schnelle Erderwärmung von 3 Grad gefährdet möglicherweise bereits das Überleben der Menschheit (siehe: Klimakrise: Was passiert bei drei Grad Erderwärmung?, [Spektrum der Wissenschaften](#)).[...] **Die 1,5-Grad-Grenze verläuft vor Lützerath**

Wir zeigen uns solidarisch mit den Aktivist:innen vor Ort und unterstützen ihre Forderungen. Unser noch verfügbares

CO2-Budget erlaubt keine weitere Verschwendung. [...] Insbesondere die Wissenschaftler*innen dürfen sich nicht hinter komplizierten Modellen und Forschungsprojekten verschanzen, sondern müssen viel offensiver die Gesellschaft und die Politik über die drohenden Gefahren aufklären und sich dafür Verbündete in Medien und in der Zivilgesellschaft suchen. Eine Pressemitteilung reicht nicht zur Verbreitung der Wahrheit! [...]

Es gibt keine Energiekrise, sondern eine lebensgefährliche Energie- und Ressourcenverschwendung

Wir fordern die Überwindung der Zwangswachstumsgesellschaft und ihrer unverantwortlichen Klima- und Verkehrspolitik durch geeignete, konsequente ordnungspolitische Maßnahmen, d.h. auch durch Verbote (z.B. von Kurzstreckenflügen und von Autowerbung), durch die Streichung und Umlenkung von fossilen Subventionen, den consequenten Ausbau und die Subventionierung von ÖPNV und Zugverkehr, ein Tempolimit auf Autobahnen und warum nicht, durch ein wechselndes Fahrverbot in Abhängigkeit von der Endziffer des Nummernschildes, wie es die Internationale Energieagentur (IEA) vorschlägt? E-Autos sind keine Lösung der Klimakrise und nicht klimafreundlich, - schon wegen dem CO2- Rucksack ihrer Batterien. Der motorisierte Individualverkehr müsste insgesamt bald ein weitestgehendes Ende finden und wieder Raum geben für die Menschen und die Natur. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien müssen vor allem Energie, Rohstoffe und Transporte eingespart werden, - es muss also endlich der Übergang zu einer regional orientierten, naturverträglichen, klimaneutralen und lebensdienlichen Wirtschaftsweise in Angriff genommen werden.[...] Seien wir ungehorsam, – aus wissenschaftlicher Einsicht und aus Liebe zu allem Lebendigen bleibt uns nichts anderes übrig.

[Lunapark21](#)

4. Sitzung des RWE-Tribunals am 11. und 12. März 2023
im großen Saal der [Alten Feuerwache, Melchiorstraße 3, 50670 Köln](#) <https://www.rwe-tribunal.org/>

“End Fossil“-Besetzungen



(Auszüge) Ab dem **2. Mai** 2023 werden in Deutschland erneut dutzende Schulen und Unis besetzt! Wir sind Schüler*innen und Studierende, aber wir wollen die **gesamte Gesellschaft** inspirieren mit uns jetzt zu handeln! Wir werden nicht aufgeben, bis die **fossile Ära zu Ende ist!** Unser Ziel ist es die fossile Wirtschaft zu beenden. In Deutschland gibt es **folgende konkrete Forderungen an die Politik:**

1. Keine Profite mit Energieproduktion! Wie unsere Energieversorgung sichergestellt wird, muss demokratisch und nicht profitorientiert geregelt werden. Deswegen fordern wir sofort eine Übergewinnsteuer für alle Energieträger. Langfristig muss die Energieproduktion vergesellschaftet werden.

2. Verkehrswende für alle! Der Verkehrssektor macht 18,2% der jährlichen deutschen Treibhausgasemissionen

aus. Um dies zu ändern, brauchen wir einen regelmäßigen für alle erreichbaren ÖPNV. Auch ein massiver Ausbau des überregionalen Schienennetzes ist längst überfällig. Damit der ÖPNV auch von allen genutzt werden kann, braucht es ein 9€-Ticket. Langfristig sollte ein ticketloser, kostenloser ÖPNV angestrebt werden.

3. Wir schließen uns den Forderungen von *Lützi bleibt!*, *Debt for Climate* und *Genug ist Genug* an.

4. Zusätzlich gibt es von vielen Besetzungen lokale Forderungen. [...]

Die fossile Industrie ist der Grundpfeiler unseres Systems. Wenn wir diese zerschlagen, ebnet das einen für alle gut verkraftbaren Weg zur Klimaneutralität. [...] **Wir werden Besetzungen als Mittel nutzen, um für unsere Gegenwart und Zukunft zu kämpfen. Dies ist nur durch ein schnelles Ende von fossilen Brennstoffen möglich.**

Zu Besetzen heißt, das alltägliche Leben zu stören und Normalität zu stören heißt, laut und klar zu sagen, dass unser Haus am brennen ist. **Wir werden Besetzungen machen, um das Ende von Fossilien zu fordern.** [...] Unser Ziel ist nichts geringeres: **Wir fangen als Studierende an, aber wir wollen, dass die gesamte Gesellschaft für Klimagerechtigkeit aktiv wird.** (...) [...] <https://endfossil.de/>

Gerd Bock, RG Attac Bremen Das Klima-Buch von Greta Thunberg

Englische Originalausgabe 2022, deutsche Erstausgabe 2022, S. Fischer Verlag - 487 Seiten, viele Farbfotos und farbige Schaubilder.

5 Abschnitte, jeweils von Greta Thunberg eingeleitet.

1. Wie das Klima funktioniert.
 2. Wie unser Planet verändert wird
 3. Die Folgen für uns
 4. Was wir dagegen unternommen haben
 5. Was wir jetzt tun müssen
- Diesen Themen sind zwischen 6 und 27 Beiträge gewidmet.

Über dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und dessen immer gefährlichere Eskalation droht die Klimakatastrophe aus dem Blick zu geraten. Dieser Krieg und der wachsende Konflikt zwischen den USA und China um die weltweite Führung erscheinen irrsinnig in einer Situation, wo das Überleben der Menschheit auf dem Spiel steht.

Die Größe der Gefahr führt das Klima-Buch von Greta Thunberg eindringlich vor Augen durch kompetente Beiträge von Wissenschaftlern und Aktivisten, Farbfotos und farbige Schaubilder. Die Texte zeigen, wie Politik diese oder jene

meist unzureichende Maßnahme ankündigt, ohne sie konsequent umzusetzen. Unkenntnis und Verharmlosung in den meisten unserer Medien orchestrieren diese Tatenlosigkeit, die sich als angemessene Klimapolitik ausgibt.

In ihrem Artikel „Hier ziehen wir die Grenze“ bebildert Greta Thunberg den ganzen Irrsinn, den Betrug und Selbstbetrug der gegenwärtigen „Klimapolitik“ auf unvergessliche Weise:

„Unsere sogenannten Führungskräfte glauben immer noch, sie könnten mit der Physik und den Naturgesetzen verhandeln. Sie sprechen mit Blumen und Wäldern in der Sprache von US-Dollars und kurzfristiger Wirtschaftspolitik. Sie halten ihre Vierteljahresbilanzen hoch, um Wildtiere zu beeindrucken. Sie lesen den Meereswellen Börsenberichte vor wie Narren.“

Viele Artikel machen deutlich, dass der reiche Norden, bzw. die Industrieländer zwar die größten Klimakiller sind, aber die schlimmsten Auswirkungen den globalen Süden treffen. Und da wo im Süden die Natur zerstört wird – durch Abholzung, Bergbau etc. - die Rohstoffe in die Industrieländer wandern.

Ein besonders wichtiges Problem wird im Buch zwar angesprochen, aber nur unbefriedigend behandelt:

Ist Nachhaltigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems unter seinem Wachstumszwang überhaupt möglich?

Nur zwei Wissenschaftler (Ökonomen) versuchen eine Antwort, Ein Ja mit Einschränkungen: Eine ökonomische Entwicklung „in allen Dimensionen“ sei möglich, wenn zugleich die Probleme des Klimawandels angegangen würden. (Nicholas Stern, S.337)

Ein vorsichtiges Nein, mit Vorschlägen, welche Sektoren erweitert und welche zurückgebaut werden sollten. (Jason Hickel, S.341ff)

Worum hier vergeblich gerungen wird, erscheint mir als das eigentliche Problem:

Ist die Klimakatastrophe im Kapitalismus überhaupt zu bewältigen?

Dass der globale Süden in punkto Wohlstand (Nahrungssicherheit, Gesundheit, Bildung, Arbeit etc.) so benachteiligt wurde und wird, verlangt geradezu einen Systemwechsel.

Globaler Klimastreik am 3. März 2023

<https://fridaysforfuture.de/>

Attac Österreich

Die EU-Kommission will raus aus dem Energiecharta-Vertrag

Die EU-Kommission vollzieht eine 180-Grad-Wendung: Nachdem sie jahrelang am klimaschädlichen Energiecharta-Vertrag (ECT)* festgehalten hatte, will sie nun offiziell den Ausstieg der EU-Staaten. Sie hat damit endlich die politische Realität akzeptiert: Der ECT findet unter den EU-Staaten keine Zustimmung mehr, weil er Klimaschutzmaßnahmen und die dringend notwendige Energiewende behindert. Das ist ein riesiger Erfolg für Attac und die europäische Zivilgesellschaft, die seit Jahren in vielen EU-Staaten gegen den Vertrag kämpft!

Voraussetzung für einen koordinierten Ausstieg der EU ist nun eine qualifizierte Mehrheit unter den EU-Staaten. Diese ist zum Greifen nahe. (1)

Die österreichische Regierung prüft seit vergangenem November den Ausstieg aus dem Vertrag – bisher jedoch ohne Entscheidung. Es ist höchste Zeit, dass sich Österreich jetzt jenen EU-Ländern anschließt, die bereits aus dem Vertrag ausgestiegen sind. Nur so kommen wir einem koordinierten EU-Austritt näher!

Fordere die Regierung zum Ausstieg aus dem ECT auf.

Warum ein Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag besser als eine "Reform" und deshalb unumgänglich ist, erklären internationale Jurist*innen detailliert in diesem Kommentar im Standard (an dessen Veröffentlichung Attac beteiligt war).

* Der ECT ist ein Vertrag zwischen 53 Staaten inklusive der EU. Er ermöglicht es fossilen Konzernen, Staaten vor privaten Schiedsgerichten für neue Gesetze zum Klimaschutz auf Schadensersatz zu verklagen, wenn diese ihre Profite bedrohen. (2)

(1) Deutschland hat im vergangenen November seinen Ausstieg aus dem ECT-Vertrag angekündigt. Auch Italien, Polen, Spanien, die Niederlande, Frankreich, Slowenien und Luxemburg haben den Ausstieg aus dem Vertrag angekündigt oder vollzogen. Laut Attac vorliegenden Informationen sind neben Österreich auch Belgien, Portugal, Irland, Dänemark, Griechenland, Tschechien, Bulgarien und Lettland bereit einen Ausstieg zu vollziehen. ([attac DE](#))

(2) Beispiele dafür sind Konzernklagen gegen den Kohleausstieg der Niederlande, gegen ein Frackingverbot in Slowenien oder gegen das Verbot einer Ölplattform in Italien. ([attac DE](#))

Attac Österreich zur Energiepolitik

EU-Industrie-Plan: Klimaschädliche Handelspolitik statt klimasozialer Globalisierung

Die EU hat am 1. Februar mit dem **Green Deal Industrial Plan** ihre Antwort auf die neue US-amerikanische Industriepolitik (*Inflation Reduction Act*) präsentiert. (*In den USA werden gezielt „grüne“ Investitionen gefördert - auch um diese Produktion aus China zurückholen oder aufbauen.*) Kritiker sprechen davon, dass die EU-Förderungen zur Spielwiese für Konzernlobbyisten werden könnten: "Schon jetzt fließt das Geld überwiegend an Großkonzerne, verteilt nach einem weitgehend intransparenten Entscheidungsverfahren."

Eine zentrale Rolle bei den EU-Plänen spielt zudem der rasche Abschluss neuer Handelsabkommen, etwa mit Chile, Mexiko oder EU-Mercosur. Diese sollen europäischen Konzernen Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten sichern. Doch damit wird die EU weder die Pariser Klimaziele noch die Biodiversitätsziele erreichen können. Eine klimasoziale Transformation der Wirtschaft würde eine drastische Reduktion der Welthandelsströme und eine der Stärkung europäischer Wirtschaftskreisläufe bedeuten. Dabei müssen Produktion, Konsum, Energie- und Ressourcenverbrauch in Europa drastisch sinken und mit einer Mobilitäts-, Agrar- und Energiewende einhergehen.

Mit ihrer neoliberalen Handelsagenda zementiert die EU hingegen eine klimaschädliche Wirtschaftsweise im Sinne von Wachstum und Profitlogik ein. Der Green Deal Industrial Plan ist kein Schritt zu einer dringend nötigen klimasozialen Globalisierung. ([Attac.at](#))

Öl- und Gaskonzerne mit immer neuen Rekordprofiten

Während Menschen darum kämpfen, sich Energie und grundlegende Güter leisten zu können, verkünden **Öl- und**

Gaskonzerne immer neue Rekordprofite. Allein folgende 7 Konzerne haben im Jahr 2022 mehr Profit gemacht als die gesamte Wirtschaftsleistung von rund 70 Ländern zusammen: Saudi Aramco erwartet etwa 150 Mrd. \$, Exxon 56 Mrd. \$, BP rund 55 Mrd. \$, Shell 40 Mrd. \$, Chevron 36 Mrd. \$, Total 25 Mrd. \$, (...) OMV 5,2 Mrd. €.

Jahrelang haben die Öl- und Gaskonzerne in der Klimakrise gelogen und betrogen, um dieses kaputtgespartes Energiesystem aufrechtzuerhalten. Und die gesamte Branche will in den kommenden Jahren weiter expandieren. Exxon, Chevron und Co. haben vor allem eine Reihe von Ländern im globalen Süden im Visier. Auch BP will Investitionen in Öl und Gas erhöhen. Diese unfassbaren Profite jetzt sofort etwa mit einer wirksamen Übergewinnsteuer - oder noch besser generell progressiven Konzernsteuern - stärker zu besteuern, ist dringend nötig.

Doch wir müssen das Problem an der Wurzel bekämpfen. Unser Energiesystem muss völlig neu organisiert werden. Es muss demokratisch und öffentlich am Gemeinwohl - und nicht an Profiten - ausgerichtet sein. Daher müssen wir das Energie-Casino schließen und die gescheiterte Liberalisierung der Energiemärkte beenden! Mehr dazu in unseren kommenden Newslettern ...

Videomitschnitt der Diskussion "Public Power"

Die aktuelle Krise zeigt, dass der europäische Energiemarkt nicht auf Versorgungssicherheit, sondern auf Profitmaximierung ausgerichtet ist. Mini-Korrekturen werden daher langfristig nicht genügen, um eine gerechte und ökologische Energieversorgung zu garantieren. Doch wo ansetzen? Diese Fragen diskutierten wir am 27. Jänner 2023 mit internationalen Expert*innen. Hier der Video-Mitschnitt

Attac Deutschland: Axel Troost wird uns fehlen



Wir sind tief betroffen vom Tod unseres Attac-Mitglieds und Mitstreiters Axel Troost.

Axel war ein unideologischer Linker, der unsere Diskussion um eine gerechtere Welt und den notwendigen sozial-ökologischen Umbau mit seinem großen ökonomischen Sachverstand bereichert hat. Axel war engagiert und interessiert, kritisch und solidarisch, zugewandt und humorvoll.

Axel hat sich als Vorstandsmitglied des Instituts für Solidarische Moderne unter dem Motto „Wir sind alle Attac“ intensiv für den Erhalt der Gemeinnützigkeit von Attac eingesetzt.

Im Herbst 2022 haben wir bei der gemeinsamen Vorbereitung der Vergesell-

schafungskonferenz in Berlin zum letzten Mal sein warmherziges und verbindliches Engagement erlebt und geschätzt. Axel, du wirst uns und der gesamten emanzipatorischen Linken fehlen.

[Attac DE](#)

Axel Troost koordinierte vier Jahrzehnte das **alternative Wirtschaftsmemorandum**

Rudolf Hickel, Nachruf auf den wissenschaftlich fundierten linken Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit

Erdbeben in Iran und Syrien: Wir – die SiG-Redaktion – drücken den Opfern dieser Katastrophe und allen ihnen nah stehenden Menschen unser Mitgefühl aus.

In einer Welt, wo immer wieder Feindschaften und Konflikte angezettelt werden, sind die Aktionen praktischer Solidarität ermutigende Lichtblicke: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“

Wir möchten auf eine sehr informative Internetseite aufmerksam machen: <https://anfdeutsch.com>

Gemeinsames Statement von Außenministern zur Lage im Nahen Osten, 14.02.2023

"Wir, die Außenministerinnen und -minister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, sind zutiefst beunruhigt über die Ankündigung der israelischen Regierung, annähernd 10.000 Siedlungseinheiten zu genehmigen, sowie einen Prozess zur Normalisierung von neun Außenposten einzuleiten, die bislang nach israelischem Recht als illegal galten. Wir lehnen diese einseitigen Maßnahmen entschieden ab, die lediglich dazu geeignet sind, die Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern zu verschärfen und die Bemühungen um die Aushandlung einer Zweistaatenlösung zu untergraben.

Wir setzen uns weiterhin für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten ein, der das Er-

gebnis unmittelbarer Verhandlungen zwischen den beiden Parteien sein muss. Israelis und Palästinenser verdienen es, in Frieden zu leben und gleichermaßen in den Genuss von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu kommen. Wir bekräftigen unser Eintreten dafür, Israelis und Palästinensern dabei zu helfen, die Vision eines vollständig in den Nahen Osten integrierten Staates Israel zu verwirklichen, der Seite an Seite mit einem souveränen, lebensfähigen Staat Palästina zusammenlebt. Wir werden die Entwicklungen vor Ort, die Auswirkungen auf die Realisierbarkeit der Zweistaatenlösung und die Stabilität in der Region insgesamt haben, weiterhin aufmerksam verfolgen."

www.auswaertiges-amt.de

#KeinHandel Mit Siedlungen

Wir fordern ein EU-Gesetz, das dem Handel mit illegalen Siedlungen ein für alle Mal ein Ende setzt.

Europäische Bürgerinitiative – vor dem 20.2.2023 unterschreiben!

<https://stopsettlements.org/german/>

Zur Situation der Palästinenser

aber auch zur geringen Bereitschaft von Regierungen, sich für die Rechte der Palästinenser einzusetzen:

Artikel von **Norman Paech** und weitere Informationen in [SiG 148](#)

UN-Organisation:

<https://ochaopt.org/>

Attac-Radios

radio%attac Österreich: <https://www.radioattac.at/>

Vor 20 Jahren, am **13. Februar 2003**, ging radio%attac zu ersten Mal auf Sendung. Seitdem sendete radio%attac über 1000 halbstündige Radiosendungen zu den negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und Alternativen.

Denn eine andere Welt ist möglich! .radio%attac sendet auf: [Radio ORANGE](#) Wien / [RADIO HELSINKI](#) Graz / [radiofabrik](#) Salzburg / [Freies Radio Salzammergut](#) / [Radio Unerhört](#) Marburg / [PROTON](#), Das freie Radio Vorarlberg / [radio AGORA](#) Kärnten – Lust selbst Radio zu machen und aktiv zu werden? Kontakt: radio@attac.at

Attac-Radios in Deutschland

Attac-Radio bei Radio Lora **München**

Attac-Radio im Freien Radio **Kassel**

Attac-Radio **Halle** im Radio Corax

Attac **Wuppertal**, Audiopodcast

Attac **Wiesbaden** in Radio Rheinwelle

<https://lora924.de/tag/attac/>

<https://www.attac-netzwerk.de/kassel/attac-radio-kassel>

<https://www.attac-netzwerk.de/halle/radio-attac/>

<https://www.attac-wtal.de/audiopodcast/>

<https://www.radio-rheinwelle.de/index.php?id=attac>